

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 11 vom 13. März 1981

15. Jahrgang

1 DM

Hunderttausende Metaller bekunden machtvoll ihre Kampfbereitschaft

Schluß jetzt mit dem Verhandeln! Urabstimmung!

Nur volle Durchsetzung der Forderungen sichert Reallöhne

Allein am Donnerstag und Freitag vergangener Woche waren Hunderttausende dem Aufruf der IG Metall zum Warnstreik gefolgt. Die Millionen Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben der Metallindustrie fühlen sich stark genug, um den Angriff der Kapitalisten auf die Reallöhne voll und ganz abzuwehren. Dazu taugt allerdings keine Taktik der Nadelstiche sondern nur ein offensiv geführter Lohnkampf: Notwendig wäre der unbefristete Vollstreik im gesamten Tarifgebiet.

Am Donnerstag waren es rund 120.000 Beschäftigte der Metallindustrie, die im gesamten Bundesgebiet und in Westberlin vorübergehend in den Ausstand traten. Am Freitag beteiligten sich sogar mindestens 200.000 Beschäftigte an den Warnstreiks, wobei am Freitag der Schwerpunkt in der Automobilindustrie lag.

Allein in den sechs inländischen Werken des VW-Konzerns traten am Freitag vormittag ca. 120.000 Beschäftigte vorübergehend in den Ausstand. Dabei war auch eine starke Beteiligung der Angestellten an den Streikaktionen zu verzeichnen. Am Abend traten dann in den VW-Werken (außer in Emden) auch die Kollegen der Spätschicht in den Warnstreik.

In Sindelfingen legten bei Daimler-Benz rund 12.000 Kol-

legen die Arbeit nieder und zogen in einem machtvollen Protestmarsch zur Stadtmitte. Zu Demonstrationen streikender Belegschaften kam es auch in vielen anderen Städten.

Mit ihrer Kampfbereitschaft haben die Kolleginnen und Kollegen machtvoll ihre Kampfbereitschaft bekundet. Ohne Zweifel würden die Metaller mit enormer Geschlossenheit in den Kampf treten, wenn die IGM-Führung sie aufrufen würde, durch einen einheitlichen, unbefristeten Vollstreik den Angriff der Unternehmer auf die Reallöhne konsequent zurückzuschlagen.

Stattdessen signalisiert die IGM-Führung ihre Bereitschaft über das Ausmaß einer Reallohnsenkung zu schwachen. Anders läßt sich die Rückkehr an den Verhandlungstisch nicht

interpretieren. Zudem hat die IGM am vergangenen Freitag für die 25.000 Beschäftigten im Tankanlagenbau einen Tarifbeschluß von fünf Prozent zugestimmt. Fünf Prozent bedeuten einen erheblichen Abbau der Reallöhne, denn was dabei als Lohnerhöhung netto herauskommt, liegt weit unter der für 1981 zu erwarteten Teuerungsrate von mindestens 5,5 Prozent.

In den Betrieben hat sich die Kritik an der abwieglischen Nadelstichtaktik verstärkt. Die Forderung nach Urabstimmung wurde teilweise auch auf den Streikdemonstrationen unübersehbar erhoben. Noch besteht die Möglichkeit für die Metaller, durch nachdrückliche Meinungsbekundungen die IGM-Führung zu zwingen, die notwendigen Schritte für einen konsequenten Lohnkampf einzuleiten. Ein geschlossener Vollstreik Hunderttausender Metaller wäre eine Lektion für die Unternehmer, die sie nicht so schnell vergessen würden!

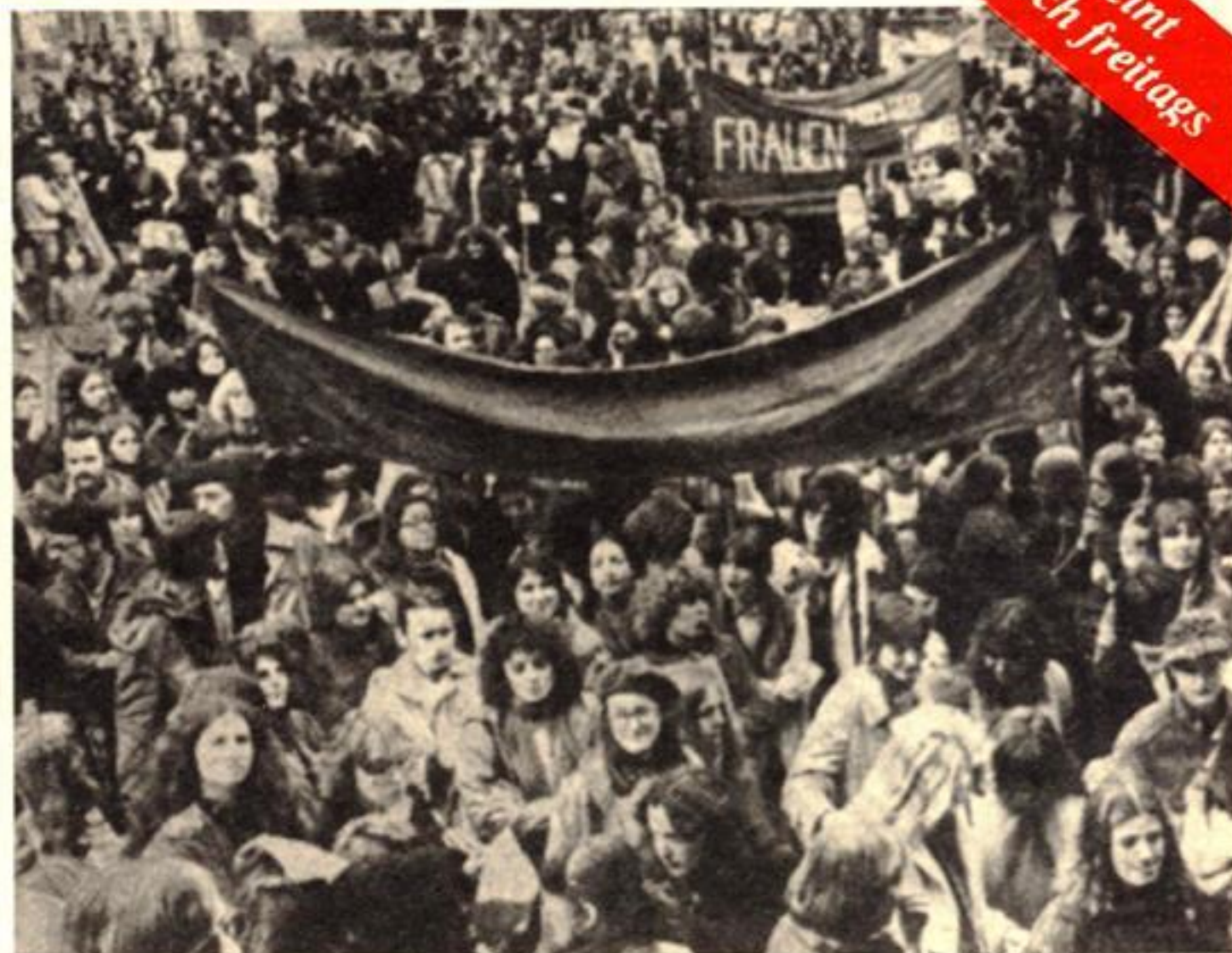
Strauß schlägt zurück

Massenverhaftungen in Nürnberg

NÜRNBERG. — In einer beispiellosen Aktion von Polizei und Justiz wurden in Nürnberg 141 Jugendliche im Anschluß an eine Demonstration verhaftet und ins Gefängnis geworfen. Nach einer Demonstration in der Nacht zum Freitag, bei der auch einige Scheiben zu Bruch gegangen waren, hatte die Polizei ein Jugendzentrum umstellt, in das sich einige der Demonstranten zurückgezogen hatten.

Die Besucher des Zentrums wurden dazu überredet, sich ohne Widerstand der Polizei zu stellen. Und dann schlug der bayrische Staatsapparat zu. 141 Jugendliche — egal ob sie an der Demonstration teilgenommen hatten oder nicht — wurden sofort verhaftet und auf Gefängnisse im ganzen Land verteilt.

CSU-Boß Strauß hatte in der letzten Zeit immer wieder, vor allem im Zusammenhang mit Brokdorf und den Hausbesetzungen, gegen die Demonstrationen und gegen die „laschen“ SPD-Politiker gehetzt. Auch die Nürnberger Jugendlichen beei-



Frauendemonstration trotz Verbot. In Frankfurt versammelten sich anlässlich des Internationalen Frauentages am letzten Sonnabend etwa tausend deutsche und ausländische Frauen zu einer Friedensdemonstration. Mit der Begründung, es müßten „Ausschreitungen anarchistischer Gruppen“ befürchtet werden, hatte der Magistrat die Demonstration verboten. Die Frauen jedoch ließen sich weder durch dieses Verbot noch durch ein provokatives Polizeiaufgebot von mehreren Hundertschaften beirren. (Berichte zum Frauentag auf Seite 9).

Bundestagsdelegation in der Türkei

Lobende Worte für die faschistische Junta

Vor dem Terror die Augen verschlossen

ANKARA. — Zu einem skandalösen Ergebnis hat die Reise einer fünfköpfigen Delegation des Bundestages in die Türkei geführt. Die fünf Abgeordneten, die nach eigenem Bekunden Menschenrechtsverletzungen der Junta untersuchen wollten, erklärten sich mit den Zuständen in der Türkei zufrieden.

Von einer systematischen Folter könne keine Rede sein, sagten sie auf einer Pressekonferenz in Ankara. Wie sie zu einer solchen Behauptung kommen können, ist äußerst merkwürdig. Denn sie haben in der Türkei nur eine Haftanstalt besucht, die selbst im Fernsehen als „Vorzeigefängnis“ bezeichnet wurde und in der keine politischen Gefangenen eingekerkert sind. Daß sie überhaupt dieses von der Junta für ausländische Besucher präparierte Gefängnis besuchen durften, werteten die Abgeordneten auch noch als „Ausdruck einer Bereitschaft, mit uns über Menschenrechtsfragen in der Türkei zu diskutieren.“

Auf der gleichen Pressekonferenz erklärte die Delegation außerdem, sie werde sich nach ihrer Rückkehr für eine Fortsetzung der Wirtschafts- und Militärhilfe an die Junta einsetzen. Die faschistischen Militärs und ihre Hintermänner können sich freuen. Den Widerstand gegen die Türkei-Hilfe in der Bundesrepublik aber wird auch diese offenkundige Unterstützungsaktion für die Junta nicht schwächen können. Der Delegation gehörten an: die CDU-Abgeordneten Mertes und Ingeborg Hoffmann, die SPD-Abgeordneten Karsten Voigt und Peter Corterier und Helga Schuchardt (FDP).

Diese Woche

Distanz zu den USA

Bei einer Meinungsumfrage sprach sich eine deutliche Mehrheit dafür aus, daß Bonn auf Distanz zum Kurs von Reagan gehen soll. Seite 2.

Warnstreiks

Berichte über die Warnstreiks in der Metallindustrie, Artikel zur Tarifbewegung und Kommentar zu den Angriffen der Kapitalisten auf das Streikrecht auf den Seiten 3 und 4.

Apel will mehr Geld

Die Rüstungsprogramme für Tornado und Leopard 2 sollen in vollem Umfang durchgezogen werden — der Rüstungshaushalt wird noch mehr Geld verschlingen. Das ist ein Ergebnis der Klausurtagung im Bonner Kriegsministerium. Seite 6.

Frauentag

Berichte über den diesjährigen Internationalen Frauentag auf Seite 9.

Polizeiterror

Mit brutaler Gewalt ging die Polizei gegen Hausbesetzer in Freiburg und Nürnberg vor. Die Antwort: Massendemonstrationen in beiden Städten. Seite 12.

Demonstration



gegen die türkische Militärjunta und die Bonner Türkei-Hilfe. Samstag, 14. März, 11.30 Uhr, Frankfurt, Paulsplatz



Polizeiaktion gegen das Nürnberger Jugendzentrum „Komm“

Kommentar der Woche

Als der Moskauer Parteitag beendet war, die Delegierten und Gäste schon die Heimreise angetreten hatten, wurde es ernst. Breschnew, Suslow und Co. bestellten die polnische Delegation zum Rapport. Was dann Ende letzter Woche über dieses Treffen in einem gemeinsamen Kommuniqué jeder sonst übliche Hinweis auf eine herzliche Atmosphäre der Gespräche oder auf eine Übereinstimmung der Ansichten fehlen würde, war von vornherein klar. Schon der Parteitag selbst hatte deutlich gemacht, daß die Kremlherren auch der neuen polnischen Führung unter Kania mit unverhohlenem Mißtrauen gegenüberstehen.

Breschnews Ultimatum an Polen

Jetzt aber verlangte Moskau zum ersten Mal öffentlich von den Warschauer Vasallen, „den Lauf der Ereignisse umzukehren und die Gefahren zu beseitigen, die über den sozialistischen Errungenschaften des polnischen Volkes hängen“. Den Lauf der Ereignisse umkehren. Damit sagen Breschnew und seine Leute nicht nur: Bis hierher und nicht weiter. Sie verlangen ausdrücklich einen Kurs der harten Konfrontation. Sie verlangen, daß alle Zugeständnisse, die der polnischen Führung seit den großen Streiks im letzten Sommer abgerungen wurden, wieder rückgängig gemacht werden.

Alarmierend ist dabei die Tatsache, daß die Kremlherren davon ausgehen, daß Kania und seine Leute nicht imstande sein werden, diesen Moskauer Befehl gegen das polnische Volk durchzusetzen. In dem Kommuniqué ist die früher immer wieder gebrauchte Formel vom sowjetischen Vertrauen darauf, daß die polnische Partei die Probleme selbst lösen könnte, nicht mehr zu finden.

Stattdessen werden die „Anarchie und Unordnung“ in Polen zu einer Bedrohung des gesamten „sozialistischen Lagers“ erklärt. Und es wird herausgestellt, daß die Verteidigung der „sozialistischen Ordnung“ nicht nur die Sache des polnischen Staates, sondern die „des ganzen sozialistischen Bündnisses“ ist. „Die sowjetischen Führer erklärten“, so heißt es in dem Kommuniqué, „daß die UdSSR und die anderen Bruderländer dem sozialistischen Polen alle notwendige Unterstützung gegeben haben und geben werden in ihren Anstrengungen, die Situation in Polen grundlegend zu verbessern.“

Kein Zweifel: Die sowjetischen Sozialimperialisten wollen nicht mehr länger zusehen. So deutlich und so offen haben sie noch nie mit ihrer „brüderlichen Hilfe“ (spricht: Intervention) gedroht. Wenn sie in dem Kommuniqué zum ersten Mal öffentlich auch von einer politischen und nicht nur wirtschaftlichen Krise in Polen sprechen, dann ist das eine weitere Bestätigung dafür, daß sie dem polnischen Staats- und Parteiapparat eine wirkungsvolle Durchsetzung ihrer Herrschaftsinteressen nicht mehr zutrauen.

Tatsächlich erlebt dieser Apparat nun schon seit Monaten einen kontinuierlichen Machtverfall. An dieser Tatsache hat auch das sich auf Hochtouren drehende Personenkarussell an der Spitze von Partei und Staat nichts ändern können. Die Zeiten, wo die polnischen Werktätigen dadurch besänftigt werden konnten, daß ein Parteiboss in die Wüste geschickt und durch einen neuen Mann mit neuen Versprechungen ersetzt wurde, sind endgültig vorbei. Die Werktätigen in Polen haben längst erkannt, daß sie dem Regime durch konsequenten Kampf soziale und politische Rechte abringen können. Eine „Umkehrung der Ereignisse“ werden sie nicht hinnehmen.

Zugleich haben die Kampfverfolge der Werktätigen und der Machtverfall des Warschauer Regimes reaktionäre Kräfte auf den Plan gerufen — in erster Linie den katholischen Klerus —, die diese Situation für die Stärkung ihrer eigenen Position ausnutzen. Diese Kräfte, die sich bei den Werktätigen anzubiedern verstehen, mit deren Interessen aber nicht das geringste gemein haben, arbeiten auf eine Eingliederung Polens in das westliche imperialistische Lager hin.

Beides, der anhaltende Kampf der Werktätigen wie auch das Wühlen der reaktionären prowestlichen Kräfte, erschüttert die sowjetische Kontrolle über Polen. Die Kremlführer haben in ihren ultimativen Forderungen an Kania jetzt klargemacht, daß sie diese Kontrolle uneingeschränkt wieder herstellen wollen. Schon gibt es Berichte über geplante Militärmanöver des Warschauer Pakts in Polen. In dieser bedrohlichen Situation brauchen die polnischen Werktätigen unsere Solidarität nötiger denn je.

Detlef Schneider

Nach der Brokdorf-Demonstration

CDU will härteres Vorgehen gegen Demonstranten

Nach der großen Brokdorf-Demonstration und angesichts der Hausbesetzungen in mehreren Städten hat die CDU/CSU ihre Kampagne für einen weiteren Abbau des Demonstrationsrechts und für ein härteres Vorgehen der Staatsorgane gegen die Protestbewegung verschärft. Koalitionspolitiker, die gegenwärtig eine „weiche Welle“ einschlagen, werden als „Sicherheitsrisiko“ beschimpft.

Die Marschrichtung für die Kampagne gab der gescheiterte Kanzlerkandidat Strauß persönlich an. In einem Telegramm an die am Einsatz in der Wilster Marsch beteiligten bayrischen Polizisten hetzte er: „Sie haben bei der Abwehr brutaler revolutionärer terroristischer Gewalt Leben und Gesundheit für die Sicherheit und das Recht aller Bürger eingesetzt und damit Vorbildliches geleistet zum Schutz unserer freiheitlichen Rechtsordnung.“

Dem CSU-Boss steht also wieder einmal der Schaum vorm Mund. Man merkt es dem wüsten Geklaff des Franz Josef Strauß an, wie sehr ihn und seinesgleichen die Tatsache getroffen hat, daß trotz ihrer wochenlang zuvor betriebenen Hetze und vor allem trotz des Verbots der Demonstration 100.000 Menschen nach Brokdorf gekommen sind und sich das Recht auf die Straße nicht haben nehmen lassen. Während die Führer der Koalitionsparteien angesichts des großen Erfolges der Brokdorf-Demonstration die Tatsache des illegalen Charakters dieser Demonstration am liebsten vergessen machen möchten und Glückwünsche für den „friedlichen Charakter“ des Aufmarsches nach allen Seiten hin austeilen,

verlangen Strauß und seine Leute ein rücksichtsloses Aufräumen mit den „Rechtsbrechern“ und „terroristischen Gewalttätigen.“



Hubschrauberangriff auf Demonstranten vor Brokdorf

Der bayrische Innenminister Tandler etwa forderte im „Bayernkurier“: „Es muß endlich Schluß gemacht werden mit dem Verfall einer Rechtsordnung — gefährdet von SPD/FDP-Politikern und Amtsträgern, die — wie in Berlin geschehen — Hausbesetzer in ihre Parteivorstände holen und gerichtliche Beschlüsse nicht mehr polizeilich vollziehen wollen.“

Der Weg in ein Ausnahmerecht für die auf der Straße Stärkeren muß aufhören.“ Tandler kündigte an, daß er auf der nächsten Innenministerkonferenz auf eine weitere Verschärfung des Demonstrationsrechts dringen wird.

Die hier angesprochenen Vorgänge in Westberlin verdeutlichen die Klemme, in der die Koalitionsparteien gegenwärtig stecken. Auf der einen Seite wollen sie ihre reaktionäre, gegen die Interessen der Werk-

So hatte in Westberlin der Justizminister Meyer (FDP) den Jungdemokraten Rüdiger Pieper, der sich an einer Hausbesetzung beteiligt hatte, zur Wahl in den Landesvorstand der FDP vorgeschlagen. Die Westberliner CDU reagierte darauf prompt mit einem Mißtrauensantrag gegen Meyer im Abgeordnetenhaus. Wer mit Rechtsverletzern sympathisierte, so der CDU/Fraktionsvorsitzende Diepgen, werde zum Sicherheitsrisiko.

Ein weiteres Angriffsobjekt der Westberliner Strauß-Partei ist der SPD-Innensenator Dahrendorf. Auf seine Anordnung hin weigert sich die Polizei, von der Staatsanwaltschaft ausgestellte Durchsuchungsbefehle in besetzten Häusern zu vollstrecken. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand. Der gerade erst mühsam „erneuerte“ Senat weiß sehr genau, daß ein polizeiliches Vorgehen gegen die inzwischen über hundert besetzten Häuser wie eine brennende Lunte an einem Pulverfaß wirken würde. Dabei fürchtet er weniger die übliche „Randal“ mit einigen eingeworfenen Scheiben und geplünderten Geschäften, sondern vielmehr die Massenbewegung, von der die Hausbesetzer unterstützt werden und die bis in die SPD und FDP hineinreicht.

Solche Rücksichten will die CDU nicht nehmen. Für sie ist nach den Worten des Exkanzlerkandidaten jeder organisierte Protest nur „brutale revolutionäre terroristische Gewalt“. Und die soll mit dem vollen Einsatz des staatlichen Gewaltapparats gebrochen werden.

Meinungsumfrage zum Verhältnis Bonn-Washington

Mehrheit für Distanz zu Reagan

Jusos und Judos gegen Atomraketen

HAMBURG. — Der „Spiegel“ veröffentlichte in der vergangenen Woche die Ergebnisse einer von ihm beim Emnid-Institut in Auftrag gegebenen Meinungsumfrage. Daraus geht unter anderem hervor, daß die Bonner Politik der bedingungslosen Gefolgschaft gegenüber Washington von einer starken Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wird.

Auf die Frage, ob sich die Bundesregierung einem harten Kurs der Reagan-Leute gegen die Sowjetunion anpassen oder ob sie eher auf Distanz gehen soll, sprachen sich nur 38 Prozent für ein Anpassen aus. 60 Prozent dagegen waren für Distanz zu Washington. Ein bemerkenswertes Ergebnis angesichts der Tatsache, daß die große Mehrheit der Massenmedien schon seit Monaten mit einem propagandistischen Trommelfeuer Stimmung für eine größere „Solidarität mit unseren amerikanischen Freunden“ zu machen sucht.

Bei den SPD-Wählern sprachen sich sogar 77 Prozent für mehr Distanz zu Washington aus. Und die Aufschlüsselung des Umfrageergebnisses nach den verschiedenen Altersgruppen ergab in keiner Gruppe eine Mehrheit für einen Kurs der Anpassung an Reagan. Dagegen forderten 73 Prozent der 18- bis 24-jährigen und immerhin noch 69 Prozent der 25- bis 34-jährigen eine größere Distanz der Bonner Politik zu Washington.

In diesen Zahlen spiegelt sich noch einmal das Wahlergebnis vom letzten Oktober wi-

der. Strauß war nicht zuletzt daran gescheitert, daß vor allem sein Kurs der offenen Kriegshetze und Scharfmacherei, mit der er sich als der treueste Vasall Washingtons präsentierte, bei den Werktätigen auf breite Ablehnung stieß. Schmidt hatte das sehr wohl erkannt und in der Endphase des Wahlkampfes immer stärker die Fragen von Krieg und Frieden in den Vordergrund gestellt, wobei er sich einige kritische Töne gegenüber Carter leistete und seine Koalition als Garant des Friedens in Europa herausputzte.

Nun ist es jedoch eine Tatsache, daß die Schmidt-Regierung den von ihr geweckten Erwartungen in keiner Weise entspricht. Von der Distanz zum Reagan'schen Kriegskurs, wie sie 77 Prozent der SPD-Wähler fordern, ist nicht das geringste zu merken. Der Kanzler hat vielmehr gleich nach seiner ersten Begegnung mit Reagan ausdrücklich die völlige Übereinstimmung der Ansichten betont. Schmidt und Genscher sind in das Geschrei der Reagan-Leute über die angeblich erdrückende militärische Überlegenheit der Sowjetunion eingefallen, um

den NATO-Raketenbeschluß durchzuziehen, der Militärhaushalt ist gemäß den amerikanischen Forderungen aufgestockt worden usw.

Angesichts dieser Umfrageergebnisse wird deutlich, daß es ein Hohn ist, wenn sich die Bonner Regierung bei ihrem Pro-Reagan-Kurs auf eine angebliche Übereinstimmung mit der Bevölkerung beruft und die Kritiker dieses Kurses als kleine Minderheit hinstellen will. Der „Spiegel“ bemühte sich, den in seiner Umfrage deutlich gewordenen Widerspruch zur sogenannten Sicherheitspolitik der Bundesregierung zu entschärfen, indem er schrieb: „Trügerisch wäre es, bei der auf Distanz bedachten Mehrheit der Bundesrepublik einen neutralistischen oder gar einen anti-amerikanischen Standpunkt zu vermuten.“

Immerhin aber haben sich im vergangenen Frühjahr bei einer vom Bundeskanzleramt in Auftrag gegebenen Meinungsumfrage 45 Prozent der Befragten dafür ausgesprochen, daß die „militärische Neutralität der Bundesrepublik und der DDR“ eine geeignete Möglichkeit der Friedenssicherung sei. Gewiß, darin drückt sich noch nicht eine volle Unterstützung der Neutralitätspolitik aus, wie sie in unserem Friedensplan vorgeschlagen wird. Dazu sind die Illusionen in den „militärischen Schutz der USA“ noch zu groß, zu dem bei der erwähnten Umfrage des Kanzleramts immerhin 70 Pro-

zent keine Alternative sehen.

Es zeigt sich aber doch eine breite Stimmung für ein Abrücken vom amerikanischen Kriegskurs, wenn es auch über die politischen Konsequenzen noch große Unklarheiten gibt. Unsere Aufgabe wird es sein, einerseits auf diesem fruchtbaren Boden die Propaganda für unseren Friedensplan verstärkt zu entfalten und zu zeigen, daß es zum Anpassungskurs der Bundesregierung an die amerikanische Politik nur eine wirkliche Alternative gibt: den Austritt aus der NATO und die Neutralität der Bundesrepublik.

Auf der anderen Seite ist es natürlich auch notwendig, Aktionen gegen die konkreten Auswirkungen des Bonner Kurses, etwa gegen die Stationierung der amerikanischen Atomraketen, zu verstärken. Daß es für solche Aktionen eine breite aktive Basis bis in die Koalitionsparteien hinein gibt, hat sich in den letzten Tagen erneut gezeigt. Die Jungliberalen erneuerten auf ihrem Kongreß die eindeutige Absage an den NATO-Raketenbeschluß. Der Bundesvorstand der Jungsozialisten veröffentlichte ein Arbeitspapier zur Friedenspolitik, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, gegenüber der NATO den Verzicht auf die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen zu erklären. Der Juso-Vorsitzende Willi Piecyk kündigte an, seiner Organisation werde der Stationierung „allen Widerstand“ entgegengesetzt.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Hunderttausende legten die Arbeit nieder

Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will! Die Bedeutung, die in dieser alten Losung der Arbeiterbewegung steckt, haben die Warnstreiks der Metaller in der vergangenen Woche ahnen lassen. Zweierlei ist deutlich geworden: Zum ersten die hohe Kampfbereitschaft in den Betrieben und zum zweiten die ungeheure Kraft, die die Arbeiterklasse entfalten könnte, wenn sie vereint in Aktion treten würde.

120 000 legten allein in den Werken des VW-Konzerns die Arbeit nieder. Wann hat es das zuletzt gegeben? Was wäre, wenn diese 120 000 nicht nur für ein oder zwei Stunden sondern unbefristet in den Ausstand träten? Was, wenn dies in der gesamten Metallindustrie geschehen würde? Allein der Gedanke treibt den Unternehmern die Angstschauder über den Rücken!

„Das können wir nicht machen, damit würden wir finanziell ausbluten, das würde die Streikkasse der IG Metall ruinieren“. So hören wir sie jammern, die Loderer, Janßen und Co.

Lüge! Mehr als zweieinhalb Millionen Mitglieder zahlen Monat für Monat Zigmillionen und Jahr für Jahr Milliarden an Mitgliedsbeiträgen! Wozu denn? Wo sind sie eigentlich geblieben, diese Milliarden?

Der Hase liegt woanders im Pfeffer. Ein einheitlicher Streik der Metaller wäre ein Schlag von ungeheurer Wucht gegen die Herrschenden, gegen die Profithäie von Banken und Konzernen. Das wäre ein politischer Angriff der Arbeiterklasse gegen das Krisenprogramm des Kapitals, mit dem der Arbeiterschaft und den Werktätigen alle Lasten der Wirtschaftskrise aufgebürdet werden sollen.

Millionen Arbeiter und Angestellte würden die Erfahrung machen, daß sie selbst keineswegs ohnmächtig, und daß „die da oben“ nicht allmächtig sind. So mancher würde sehen: durch Klassenkampf können die Arbeiter die bestehenden Verhältnisse ändern und selbst zu einer Macht werden.

Vor einer solchen Entwicklung jedoch graut es nicht nur den Konzern- und Bankherren sondern auch ihren Lakaien im DGB-Apparat.

Warnstreik bei Still (Hamburg)

Arbeiterkorrespondenz

Kollegen fordern Urabstimmung

Am 5. März fand auch bei Still ein Warnstreik statt. Es beteiligten sich ca. 1 000 Kollegen, das sind zwei Drittel der Belegschaft. Die Aktion begann kurz nach neun und dauerte bis gegen halb zwölf.

In den Tagen der Vorbereitung war die Stimmung sehr zwiespältig, so daß wir schon Bedenken hatten. Unter den Kollegen wird die „neue Beweglichkeit“ der IGM vielfach als Ausweichmanöver betrachtet. Diskussionen wie: „Wozu zahlen wir eigentlich Beitrag?“ oder „Wir haben schon beim ersten Warnstreik zugesetzt, jetzt reicht's allmählich“ usw. kamen auf.

Daher war die von der Vertrauenskörper-Leitung eingeschlagene Taktik sehr hilfreich, um trotzdem noch ziemlich viele Kollegen zu mobilisieren: Wir zogen in zwei Zügen durch die Werkshallen und konnten dadurch auch Unentschlossene mitziehen.

Draußen auf der Straße stieg dann die Stimmung, als man die große Masse der Kollegen überblicken konnte. Die Mehrzahl der Kollegen hat sicherlich schon lange nicht mehr oder überhaupt noch nie an einer Demonstration teilgenommen.

Das Haupttransparent lautete: „Jetzt brechen wir das Lohndiktat!“ Es wurde auch ein Transparent mitgeführt, das auf Initiative der RGO-Betriebsgruppe entstanden war: „2,5% — eine Provokation! Wir fordern: Urabstimmung für mehr Lohn! 7,7% — mindestens 125 DM“.

Der Zug führte dann durch

Bosch / Reutlingen

Frühschicht demonstrierte

ARBEITERKORRESPONDENZ. — Am Freitag, den 6. März führten wir bei Bosch einen Warnstreik durch.

An diesem Tag war eine Betriebsversammlung vorgesehen. Die Frühschicht traf sich nach der Vesperpause um 9.15 Uhr am Tor 2, wo ein Demonstrationstrupp formiert wurde.

Wir marschierten aber nicht auf direktem Weg zur Versammlungshalle, sondern nahmen einen Umweg, der am Gebäude des VMI (Verband der Metallindustrie in Südwürttemberg-Hohenzollern) vorbeiführte. Die müssen wohl Wind gekriegt haben, denn die Türen dort waren vorsorglich verriegelt worden!

Wir waren ca. 1 000 Kollegen. Eine unserer Parolen lautete: „Wenn der VMI auf Kampfpfad macht, schlagen wir ihn, daß es kracht!“

das Industriegebiet Billbrook zum Einkaufszentrum Billstedt (ca. ein Kilometer) auf den Marktplatz. Dort gab es eine kurze Kundgebung. Danach den gleichen Weg zurück. Auf Drängen des Vertrauenskörpers hatte die Ortsverwaltung noch ein Flugblatt für die Bevölkerung gedruckt, das unterwegs verteilt wurde.



Insgesamt sehen die meisten Kollegen diese Aktion als positiv an und freuen sich über die relativ geschlossene Teilnahme. Aber es wird auch ziemlich viel Kritik geübt. Enttäuschung herrscht darüber, daß Still in Hamburg der einzige bestreikte Betrieb an diesem Tag war und daß die Demonstration größtenteils in menschenarmer Gegend verlief und so kurz war.

Während der Demonstration wurden die von der IGM ausgegebenen Rufparolen prak-

tisch von den Kollegen nicht aufgenommen. Das ist allerdings auch kein Wunder: „Verhandeln hat uns nichts gebracht — jetzt wird mit Warnstreiks ernst gemacht!“ hieß zum Beispiel eine. Da spürte man richtig die Verarschung drin: unter „Ernst machen“ versteht man schließlich etwas anderes!

Unsere Einschätzung: Die ganze Warnstreikerei ist so angelegt, daß möglichst wenig Kollegen die tatsächliche Kampfkraft der Arbeiterklasse spüren können. Immer nur ein Betrieb an einem Tag, alles auf halber Flamme.

Eine Fortführung dieser Taktik wird auf Dauer die Kollegen spalten. Der nächste Schritt müßte auf jeden Fall Urabstimmung und Streik sein. Diese Stimmung herrschte auch heute Nachmittag im Betrieb vor. Kollegen haben deshalb sofort eine Unterschriftensammlung begonnen mit der Forderung nach Urabstimmung.

Gesamtmetall wirft IGM „Instandbesetzer-Mentalität“ vor

Hemmungslose Angriffe auf das Streikrecht

DÜSSELDORF. — Im Rahmen des gegenwärtigen Tarifkampfes hat der Unternehmensverband Gesamtmetall begonnen, die IG Metall in unverschämter Weise zu beschimpfen. Zugleich greift Gesamtmetall radikaler als je zuvor das Streikrecht an. Der gewerkschaftliche Kampf gegen den Reallohnabbau soll als rechtswidrig abgestempelt werden.

In verschiedenen besonders reaktionären Tageszeitungen wie dem „Handelsblatt“ oder der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ) profilierte sich besonders der Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, Dieter Kirchner, als Scharfmacher und Wortführer der Hetze gegen den gerechten Kampf der Metaller.

„Wilde Streiks“, „Warnstreik-Organ“, „Balkanisierung des Arbeitskampfes“ — das ist nur eine Auswahl der Beschimpfungen, die Kirchner in der Presse vom Stapel ließ, als die IGM-Führung ankündigte, daß sie nach Ablauf der Friedenspflicht zu Warnstreiks in der Metallindustrie gegen das



VW / Salzgitter



KWU / Westberlin



Still / Hamburg

Lothndiktat von Gesamtmetall aufrufen werde.

Aber Kirchner beließ es nicht bei Schimpfworten. Er warf der IG Metall wegen der angekündigten gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen „Instandbesetzer-Mentalität“ vor. Das zielt darauf ab, den gewerkschaftlichen Widerstand gegen das Lohndiktat der Unternehmer in die Sphäre strafbarer Handlungen zu rücken und zu kriminalisieren.

In einem im „Handelsblatt“ vom 26. Februar veröffentlichten längeren Artikel versucht Kirchner dann auch eine rechtliche Beweisführung dahingehend zu konstruieren, daß

Streiks zur Durchsetzung von Tarifforderungen auch nach dem Ablauf der Friedenspflicht keineswegs automatisch erlaubt seien.

Kirchner hantiert mit der sogenannten „ultima-ratio-Sperre“, nach der ein „Erzwingungsstreik“ nur dann zulässig sei, wenn alle anderen Möglichkeiten, zu einer Einigung zu kommen, restlos erschöpft seien. Bevor eine Schlichtung stattgefunden hat, könne jedoch von dieser Voraussetzung keine Rede sein.

Man muß sich darüber klar sein, daß von diesem Standpunkt aus das Streikrecht nur noch eine leere Phrase ist. Das „ultima-ratio-Prinzip“ erklärt den Streik, der in Wahrheit das einzige Machtmittel der Arbeiterklasse gegenüber den Kapitalisten darstellt, zu einem „letzten Mittel“, zu dem die Arbeiter bzw. ihre Gewerkschaft nicht etwa dann greifen können, wenn sie es selbst für notwendig

und angebracht halten, sondern nur dann, wenn die angeblich unabhängigen Gerichte es ihnen erlauben.

Von dieser rechtlichen Kastrierung des Streikrechtes zu seiner direkten und unverhüllten Beseitigung ist es dann kein weiter Weg mehr. Deshalb wäre es die unbedingte Pflicht der DGB-Führung, derartige Angriffe der Unternehmensverbände und der bürgerlichen Justiz auf das Streikrecht kompromißlos und in jeder Hinsicht zurückzuweisen und zu bekämpfen.

Die Gewerkschaftsführer jedoch stellen sich blind und taub (siehe auch den Kommentar auf Seite 4). Es ist deshalb umso notwendiger, daß die Kollegen im Betrieb und an der Gewerkschaftsbasis den dreisten Angriffen der Herren von Gesamtmetall die gebührende Antwort erteilen. Das Streikrecht verteidigt man am besten dadurch, daß man es sich nimmt!

Die Senkung unseres Lebensstandards verhindern!

Weniger als 8 Prozent bedeuten Reallohnabbau

Zahlen und Argumente zur Lohnrunde

Würden die Metallunternehmer sich mit ihrem unverschämten 3-Prozent-Angebot durchsetzen, dann würde erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik unser Lebensstandard empfindlich nach unten gedrückt. Aber auch die DGB-Bonzen muten uns — trotz gegenteiliger Äußerungen — bewußt eine Reallohnsenkung zu. So hat die Führung der IG Bau-Steine-Erden den Bauarbeitern bereits einen Tarifaabschluß von nur 4 Prozent aufs Auge gedrückt. Und die IGM-Führung peilt einen Abschluß an, der sich um die 5-Prozent-Marke bewegt. Daß auch ein Tarifaabschluß von fünf bis sechs Prozent die Reallohne noch um einige Prozent sinken lassen würde, wollen die Loderer und Janßen zwar nicht zugeben. Sie wissen aber, daß der Arbeiter sehr wohl rechnen kann und ihnen ihre Milchmädchenrechnungen nicht abnimmt. Auch die Vetter und Loderer propagieren — wenn auch nicht so offen und plump wie die Unternehmerverbände — das Märchen von der „Notwendigkeit“ eines Lohnverzichts und von den Opfern, die „wir alle“ aus „wirtschaftlicher Vernunft“ zu bringen hätten.

Was bleibt bei 8 Prozent unterm Strich?

In einem Flugblatt des Vertrauensleutkörpers der IG Metall bei den Hamburger Gabelstaplerwerken Still wird darauf hingewiesen, daß 2,5 Prozent Bruttolohnhöhung für einen Durchschnittsverdiener eine „Lohnsteigerung“ von netto ca. 30 Mark pro Monat bringen würden. Daß damit unser Lebensstandard sinken würde, liegt auf der Hand, denn 30 Mark reichen noch nicht einmal aus, um allein die steigenden Benzinpreise auch nur annähernd aufzufangen.

Was aber käme beispielsweise bei einer Lohnerhöhung um 5,5 Prozent unterm Strich in Mark und Pfennig für einen normal verdienenden Arbeiter heraus?

Nehmen wir als Beispiel einen Arbeiter der Steuerklasse III/1 mit einem Stundenlohn von 14,05 DM. Bei 173 Monatsstunden beträgt sein Bruttolohn 2430,65 DM. Da sich seine Abzüge auf 677,93 DM monatlich belaufen, erhält er netto jedoch nur 1752,72 DM monatlich. Durch eine Lohnerhöhung um 5,5 Prozent erhöht sich sein Stundenlohn nun auf 14,81 DM. Damit steigt sein Brutto-Monatslohn um 133,20 DM auf 2563,85 DM. Aber auch die

steigenden Abzüge beträgt die Steigerung netto lediglich 97,52 DM, womit sein Netto-Monatslohn auf 1832,24 DM gegenüber vorher 1752,72 DM gestiegen ist. Wenn wir nun annehmen, daß die Preissteigerungsrate in diesem Jahr bei 5,5 Prozent liegt (das ist sehr niedrig angesetzt, weil sogar die offizielle Preissteigerungsrate zur Zeit höher ist), dann hat der Kollege einen Mehraufwand von monatlich 100,76 DM zu verkraften. Das bedeutet, daß sein monatlicher Reallohn um 21,24 DM gesunken ist.

Würde nun die Lohnerhöhung nicht 5,5 Prozent sondern 8 Prozent ausmachen, womit der Stundenlohn unseres Arbeiters auf 15,17 DM steigen würde, so würde sein monatlicher Verdienst um 121,56 DM netto steigen. Berechnet auf seinen erhöhten monatlichen Nettolohn fallen für ihn jedoch auch die Preissteigerungen dementsprechend stärker ins Gewicht, nämlich mit 103,08 DM monatlich. Damit verbleibt ihm eine monatliche Reallohnsteigerung um ganze 18,48 DM.

Die realen Lebenshaltungskosten steigen stärker

Das statistische Bundesamt gibt die Teuerungsrate für den Ja-

nuar 1981 mit 5,8 Prozent an. Daß jedoch Arbeiterhaushalte von den steigenden Lebenshaltungskosten stärker betroffen werden, als sich an dieser Zahl ablesen läßt, zeigt sich an den Angaben, die das Bundesamt zu den einzelnen Posten macht. Es wurden teurer:

Strom um 9,8 Prozent, Kohle um 14,5 Prozent, Kraftstoff um 16,7 Prozent und Gas um 22,4 Prozent. Die Bundesbahnleistungen wurden um 11,8 Prozent teurer, die Friseurpreise stiegen beim Herrenfasonschnitt um 10,6 Prozent und bei Dauerwellen um 9,0 Prozent. Auch bei wichtigen Lebensmitteln sind teilweise horrenden Preissteigerungen zu verzeichnen, so bei Frischgemüse um 30,9 Prozent und bei Kartoffeln um 20,5 Prozent.

Und in den kommenden Monaten wollen uns die Preistreiber, sowohl die privaten wie auch der Staat, noch unverschämter in die Taschen greifen. So soll ab 1. April die Mineralölsteuer erhöht werden, was unter anderem bei Benzin Preiserhöhungen um 8 Pfennig pro Liter befürchten läßt. Bundesbahn-Chef Wolfgang Vaerst hat vor kurzem eine „dynamische Preispolitik“ angekündigt, womit gemeint ist, daß die Fahrpreise künftig gleich mehrmals im Jahr erhöht werden sollen. Überall werden auch die Tarife für Nahverkehrsmittel drastisch erhöht. Nach Aussage des HUK-Verbands-Chefs Heinz

Sievers sollen bis Jahresmitte die Beiträge für die Kfz-Teil- und Vollkaskoversicherungen um mindestens sieben bis acht Prozent teurer werden. Die Ruhrkohle AG kündigte an, daß sie ihre Preise in den nächsten Monaten um 6,5 Prozent erhöhen wird.

Wenn auch das Ausmaß der Preislawine in diesem Jahr jetzt noch nicht genau absehbar ist, so ist doch davon auszugehen, daß sich die reale Lebenshaltung, wie sie für Arbeiterhaushalte wirksam ist, um weit mehr als 5,5 Prozent verteuern wird. Wenn in obigem Rechenexempel also bei einer Lohnerhöhung von 8 Prozent noch eine leichte Erhöhung des Reallohns herauskam, so ist zu befürchten, daß sie in der Praxis noch nicht einmal ausreicht, um den jetzigen Stand der Reallohne zu halten.

Stoppt Lohnverzicht die Inflation?

Die Unternehmerpropaganda will uns weismachen, ein Tarifaabschluß, der die Steigerung der Arbeitsproduktivität (die gegenwärtig bei ca. 3 Prozent liegt) nicht überschreitet, würde den Preisauftrieb stoppen. Daher sei eine solche „produktivitätsorientierte Lohnpolitik“ der einzig vernünftige Weg, die Reallohne zu sichern. Das ist die alte Mär von der Lohn-Preis-



Auch die Belegschaft von Orenstein und Koppel in Dortmund streikte in der letzten Woche für 8 Prozent mehr Lohn.

Spirale in neuer Form. Die Wirklichkeit zeigt allerdings, daß diese Propaganda nur den Zweck hat, den Arbeitern das Fell über die Ohren zu ziehen. So waren im Jahr 1979 die tariflichen Löhne und Gehälter um durchschnittlich 4,9 Prozent angehoben worden. Gleichzeitig ist die Arbeitsproduktivität pro Beschäftigtem um 4,1 Prozent gestiegen. Im Nachhinein entsprachen also die damaligen Tarifaabschlüsse ungefähr der „neuen Lohnformel“ der Unternehmer. Tatsächlich aber erhöhte sich der Preisanstieg, der 1978 bei „nur“ 2,7 Prozent lag, im Jahr 1979 auf 5,5 Prozent. Es zeigt sich also, daß die niedrigen Lohnerhöhungen, die den Produktivitätsanstieg nur minimal überschritten hatten, keineswegs zur Preisberuhigung beigetragen haben. Der Preisanstieg hat sich im Gegenteil gerade seit 1979 sprunghaft beschleunigt!

Macht Lohnverzicht die Arbeitsplätze sicherer?

Das Gegenteil kommt der Wahrheit näher: Lohnverzicht schwächt die Massenkaukraft

und untergräbt damit den Absatzmarkt für Konsumgüter. Die 1979 eingetretene Verstärkung des Preisauftriebs wurde durch die Lohnabschlüsse nicht aufgefangen. Dadurch kam es 1980 zu einem leichten Sinken der Reallohne (sogar das Bundeswirtschaftsministerium mußte kürzlich auf Anfrage eines Bundestagsabgeordneten zugestehen, daß 1980 die Netto-Reallohne um 0,6 Prozent gesunken sind). Gleichzeitig stiegen aber die Unternehmergewinne 1979 und auch noch 1980 massiv an. Im ersten Halbjahr 1980 immerhin noch um knapp 9 Prozent. Nach der Logik der Unternehmerpropaganda hätte in der Konsequenz die Arbeitsplätze also seit dem vergangenen Jahr erheblich sicherer werden müssen. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Die Schwächung der Massenkaukraft hat zur Auslösung des jetzigen Konjunkturerinbruchs und zum Anwachsen der Arbeitslosenrate auf 1,3 Millionen erheblich beigetragen.

Das einzige, was Lohnverzicht wirklich sichert, sind die Unternehmerprofite. Für die Gewerkschaften darf es deshalb nur eine Richtschnur ihrer Lohnpolitik geben: den Unternehmern so hohe Tarifaabschlüsse wie nur möglich abzutrotzen.

Der Gewerkschaftskommentar

Die vom Gesetz vorgeschriebene Friedenspflicht, die bereits eine massive Beschränkung des Streikrechts darstellt, erlischt zu dem Zeitpunkt, da die Laufzeit eines gekündigten Tarifvertrages beendet ist. Durch das von der IGM-Führung mit dem Unternehmerverband für den Bereich der metallverarbeitenden Industrie freiwillig eingegangene Schlichtungsabkommen verlängert sich diese gesetzliche Friedenspflicht automatisch noch um einen Monat. Diese verlängerte Friedenspflicht ist am 28. Februar ausgelaufen.

Ausverkauf des Streikrechts

Von daher gibt es für die IG Metall seit dem 1. März keine rechtlichen Beschränkungen mehr, die sie davon abhalten könnte unverzüglich ihre Mitglieder in allen Bezirken (außer in Bayern, wo der Tarifvertrag erste Ende Februar ausgelaufen ist) zur Urabstimmung an die Urnen zu rufen. Angesichts der unnachgiebigen Haltung von Gesamtmetall und in Anbetracht der auf zentraler Ebene gesteuerten lohnpolitischen Offensive der Kapitalisten wäre dies auch die einzig richtige Konsequenz.

Denn es liegt auf der Hand, daß der Angriff der Unternehmerverbände auf unsere Reallohne in dieser Tarifrunde nur unter Aufbietung der gesamten gewerkschaftlichen Kraft und durch einen möglichst einheitlichen, massiven und geschlossenen Vollstreik gestoppt werden kann.

Was aber tut die IGM-Führung? Unter dem fadenscheinigen Vorwand, man lasse sich von Gesamtmetall „nicht zu etwas zwingen, was wir noch gar nicht für angemessen halten“, setzt sie dem konzentrierten Angriff des Kapitals unter dem Schlagwort „neue Beweglichkeit“ die Taktik der Nadelstiche entgegen und ruft lediglich zu Warnstreiks auf.

die zudem noch empfindliche finanzielle Lasten für die Kollegen bringen, weil dafür keine Streikunterstützung bezahlt wird.

In der jetzigen Phase des Tarifkonfliktes heißt dies nichts anderes als Schwächung, Zersplitterung und Demobilisierung der IG Metall und Untergrabung der Kampfbereitschaft in den Betrieben. Bewußt will man durch diese Taktik an der gewerkschaftlichen Basis Gefühle der Ohnmacht und Unterlegenheit gegenüber dem alle seine Machtmittel ausspielenden, zentralisierten vorgehenden Unternehmerlager erzeugen.

Mindestens genauso verhängnisvoll ist ein zweiter Aspekt in der Taktik der IGM-Führung. In sehr zweideutiger Art leistet sie einer in den Massenmedien inszenierten „Debatte“ Vorschub, die den Zweck hat, mehr oder weniger offen die Rechtmäßigkeit von Streiks auch nach dem Ende der Friedenspflicht in Frage zu stellen oder gar zu verneinen.

Schlagwort in dieser „Debatte“ ist das sogenannte „ultima-ratio-Prinzip“, demzufolge ein „Erzwingungsstreik“ nur als „letztes Mittel“ zulässig sein soll, wenn sich alle anderen Möglichkeiten, zu einem „vernünftigen und tragfähigen“ (sprich faulen) Kompromiß zu gelangen, erschöpft hätten. Von daher wäre dann zumindest ein unbefristeter Streik, das heißt ein „Erzwingungsstreik“, auch in der gegenwärtigen Phase der Tarifaufeinandersetzung bei Metall noch rechtswidrig, weil erst nach dem Scheitern eines Schlichtungsverfahrens das „ultima-ratio-Prinzip“ erfüllt ist.

Dieser von den Unternehmern verfochtene Standpunkt ist ein massiver Angriff auf das ohnedies schon stark beschnittene und ausgehöhlt Streikrecht. Seitens des DGB müßte er schärfstens und kompromißlos zurückgewiesen werden. Aber nichts dergleichen geschieht. Im Gegenteil. Die IGM-Führung läßt sich sogar noch eine Diskussion darüber aufzwingen, ob die im Rahmen der sogenannten

„neuen Beweglichkeit“ geführten Warnstreiks möglicherweise auch schon rechtswidrig sind, weil sie — so Gesamtmetall — nicht mehr als „Demonstrationsstreiks“ gelten können, sondern bereits die Funktion eines „Erzwingungsstreiks“ annehmen.

Das prinzipienlose Schachern der IGM-Bonzen mit dem Streikrecht macht es der Unternehmenseite also möglich, auch die jetzigen Warnstreiks als „rechtlich riskant“ in die „rechtliche Grauzone“ zu rücken. Die Loderer, Janßen und Co. leisten damit de facto Schützenhilfe bei der zynischen Einschüchterungstaktik der Unternehmerverbände, die mit Flugblättern und Plakatanschlägen den Teilnehmern an Warnstreiks mit strafrechtlicher Verfolgung, Schadensersatzklagen und Maßregelung drohen.

Auch in diesem Sinne zielt die sogenannte „neue Beweglichkeit“ auf Demobilisierung und Schwächung der Kampfbereitschaft, auf Untergrabung der gewerkschaftlichen Gegenwehr ab.

Was aber noch schlimmer ist: Die Haltung der Gewerkschaftsbözen begünstigt und fördert auf längere Sicht noch radikalere Angriffe der Kapitalisten auf das Streikrecht, bis hin zu restlosen Beseitigung dessen, was davon noch übrig ist.

Eines sollte man dabei nicht übersehen: Wer, wie die DGB-Bonzen, den „sozialen Frieden“ und die Zusammenarbeit mit dem Kapital zur Richtschnur der Politik der Gewerkschaften macht, kann konsequenterweise auch nicht gegen die „ultima-ratio-Sperre“ und eine konsequente Verteidigung des Streikrechts Stellung beziehen. Von diesem Standpunkt aus ist Streik höchstens ein nicht ganz vermeidbares Übel im Rahmen einer prinzipiell „friedlichen Konfliktlösung“ zwischen Sozialpartnern.

Nach dieser arbeitfeindlichen Logik ist ein uneingeschränktes Streikrecht nicht nur unnötig, sondern geradezu schädlich und gefährlich: eine ständige Bedrohung für den „sozialen Frieden“.

Außerordentlicher DGB-Kongreß in Düsseldorf

Verankerung des Antikommunismus im neuen Grundsatzprogramm?

Vom 12. bis 14. März tagt in Düsseldorf der 4. außerordentliche Bundeskongreß des DGB. Seine Aufgabe ist die Verabschiedung eines neuen Grundsatzprogramms des DGB. Aus den 17 Einzelgewerkschaften und dem Dachverband werden lediglich Spitzenfunktionäre auf dem Kongreß vertreten sein. Der Entwurf für das neue Programm war vor anderthalb Jahren nach längerer Verzögerung vom DGB-Bundesvorstand verabschiedet worden. Er entspricht einem Kompromiß zwischen der Gruppe extrem reaktionärer Antikommunisten, zu der zum Beispiel Hermann Rappe vom IG-Chemie-Hauptvorstand oder der IG-BE-Vorsitzende Adolf Schmidt zu rechnen sind und Vertretern der teilweise eher linksreformistisch orientierten Vorstände der IG Druck und Papier, der Gewerkschaft Holz und Kunststoff und der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen. Einem Kompromiß allerdings, der von einem Vorstoß der antikommunistischen Scharfmacher geprägt ist. Die Absicht dieser Kräfte ist es, den Antikommunismus als gewerkschaftspolitischen Hauptgrundsatz des DGB programmatisch festzuschreiben und die Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen kommunistische und andere

revolutionäre und klassenbewußte Gewerkschafter auch im DGB-Grundsatzprogramm fest zu verankern. Sie wollen die Einbindung des DGB als Ordnungsmacht in das kapitalistische Herrschaftssystem im Grundsatzprogramm wesentlich deutlicher als bisher festlegen bzw. den DGB noch klarer auf die Rolle einer staatstragenden und systemstabilisierenden Institution verpflichten. Alle revolutionären, antikapitalistischen und auf eine sozialistische Umwälzung orientierten Strömungen sollen aus dem Toleranzspektrum ausgeklammert werden. Das zielt letztlich auf eine Spaltung der DGB-Gewerkschaften hin. Gegen die dementsprechenden Passagen, die vor allem in der Präambel des Programmtextes enthalten sind (vgl. RM Nr. 23 vom 6. Juni 1980, S. 4), hat es unter aktiven Gewerkschaftern eine heftige Opposition gegeben, die sich auch in zahlreichen Änderungsanträgen niederschlug. Aber die von der Antragskommission jetzt vorgelegten Änderungsvorschläge lassen trotz einiger Zugeständnisse in Einzelformulierungen den reaktionären Kern der Sache, der dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft Hohn spricht, unverändert.

Rappe eröffnet Offensive der Rechten

„Sie wollen eine ‚Arbeiterereinheit‘ herstellen“

Wenige Tage vor dem Beginn des außerordentlichen Bundeskongresses des DGB in Düsseldorf, hat der stellvertretende Vorsitzende der IG Chemie, Papier, Keramik und DGB-Rechtsaußen, Hermann Rappe eine aggressive Politik gegen jene Funktionäre in Spitzengremien des DGB bzw. seiner Einzelgewerkschaften eröffnet, die bei der antikommunistischen Scharfmacherei nicht mitziehen wollen.

Rappe, der übrigens Bundestagsabgeordneter der SPD ist und sich in jüngster Zeit als Hauptinitiator bei der „Säuberung“ des IG-Chemie-Apparates von oppositionellen Funktionären hervortat, verschickte jetzt ein „Grundsatzreferat zur Situation und zur Entwicklung der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit in der IG Chemie“ an Journalisten und Vorstände anderer DGB-Gewerkschaften.

Rappe benutzt dieses Referat als Mittel, um indirekt scharfe Angriffe gegen jene Spitzenfunktionäre einiger DGB-Gewerkschaften zu führen, die sich gegen die von den Unternehmerverbänden und Vertretern der äußersten politischen Reaktion wie Strauß, Stoiber, Gerhard Löwenthal usw. angeführte Hetzkampagne über eine „kommunistische Unterwanderung“ des DGB verwahrt hatten.

So geifert Rappe etwa dagegen, daß Detlef Hensche vom Hauptvorstand der IG Druck und Papier dagegen polemisierte, daß man die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung „in

eine gewerkschaftliche und eine kommunistische Forderung auseinanderdividiert“.

Diese Unterscheidung sei durchaus notwendig, schreibt Rappe. Denn für Kommunisten sei der Kampf um Arbeitszeitverkürzung „eine Aktionsmöglichkeit in der Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus als System“. Eine Kampagne für Arbeitszeitverkürzung eröffne die Möglichkeit, Teile der Mitgliedschaft oder zumindest der Funktionäre „bewußtseinsmäßig von diesem System zu lösen“.

Weiter schreibt Rappe, während die meisten Gewerkschaftsmitglieder ihre Forderungen auf dem Verhandlungswege durchsetzen wollten und dem Streik dabei nur eine untergeordnete Hilfsfunktion zuordnen würden, hätten die Kommunisten anderes im Sinne:

„Sie wollen eine ‚Arbeiterereinheit‘, ‚Aktionseinheit‘ — und wie das alles heißt — herstellen, sie wollen die Massen vereinen und in Konflikt mit der bestehenden Ordnung bringen.“

Rappe will das verhindern. Ausgangspunkt für Gewerkschaftspolitik ist laut Rappe: „Die Gewerkschaften bekennen sich grundsätzlich zu diesem Staat, sie sind Teil dieses Staates und versuchen, innerhalb dieses Gesellschaftssystems ihre Forderungen durchzusetzen“.

Dabei — so betont Rappe — hätten die Gewerkschaften immer auch die Rahmenbedingungen für die Durchsetzung ihrer Forderungen zu beachten.

Mit einem Rückgriff auf den 17. Juni 1953 glaubt Rappe wohl einen genügenden antikommunistischen Emotionsgehalt mobilisiert zu haben, um dann auch noch folgendes vom Stapel lassen zu können: „...ist die schlaue Diskussion über das Hintertürchen im Grundsatzprogramm, daß es auch den Kommunisten erlaubt sein soll, als eine Traditionsströmung des DGB aufzutreten, einfach erbärmlich.“

„Entscheidungshilfen“ des DGB-Bundesvorstandes

Spalter lassen die Maske fallen

Mit einem als „Entscheidungshilfe“ bezeichneten Ausrichtungspapier will der DGB-Bundesvorstand die Delegierten des außerordentlichen Kongresses in Düsseldorf davor schützen „von der richtigen Linie abzuweichen“ und Anträge zu unterstützen, die sich gegen die Verfälschung oder besser: Beseitigung des Gedankens der Einheitsgewerkschaft aus dem Grundsatzprogramm richten. Im folgenden einige Zitate daraus.

„Die DKP-orientierten Kräfte im DGB kämpfen mit erheblichem publizistischem Aufwand dagegen, daß die politischen Richtungen

(...), die durch die Einheitsgewerkschaft in eine gemeinsame Organisation zusammengeführt wurden, ausdrücklich erwähnt werden. Dieser Kampf wird in der nicht unberechtigten Befürchtung geführt, daß die Hervorhebung der politischen Richtungen, insbesondere der freiheitlich-sozialistischen Richtung, (...) eine Ausgrenzung des theoretischen Politikansatzes und der praktischen Gewerkschaftspolitik der Kommunisten, die mit einer eigenständigen und unabhängigen Willensbildung in der Einheitsgewerkschaft nichts am Hut haben, bedeutet. Diese Befürchtung wird noch durch die Feststellung in demselben Absatz unterstrichen, daß weltanschauliche und politische Ideologien, die die Gewerkschaften für ihre Zwecke mißbrauchen wollen, mit dem Ge-

Wer will die Gewerkschaften mißbrauchen?

Ausgerechnet die reaktionären Statthalter der arbeiterfeindlichen SPD-Führung, die Kumpane von Helmut Schmidt und Co., werfen uns Kommunisten vor, wir wollten die Gewerkschaften „für unsere Zwecke mißbrauchen“! Ausgerechnet diese Bonzen, die mit den Konzernherren gegen die Arbeiter zusammenarbeiten! Ausgerechnet diejenigen, die den DGB zum Transmissionsriemen sozialliberaler Regierungspolitik degradieren und dazu die Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen mit allen Mitteln sabotieren!

Worin besteht laut Hermann Rappe, dem stellvertretenden IG-Chemie-Vorsitzenden, der uns unterstellte „Mißbrauch der Gewerkschaften“? Darin, daß wir „eine Arbeiterereinheit“ herstellen wollen; darin, daß wir „die Massen vereinen und in Konflikt mit der bestehenden Ordnung“ bringen wollen.

Sehr richtig, Herr Antikommunist! Ganz im Gegensatz zu berufsmäßigen Spaltern ihres Schlags setzen Kommunisten ihre ganze Kraft ein, um die Arbeiterereinheit herzustellen. Was den „Konflikt mit der bestehenden Ordnung“ betrifft, so existiert dieser allerdings unabhängig von unserem Willen: Er ist eine objektive Realität. Was drückt sich in dem Millionenheer von Arbeitslosen denn

anderes aus, als der Gegensatz zwischen den elementaren Interessen des arbeitenden Volkes und dem kapitalistischen Profitsystem?

Unfreiwillig gesteht Rappe selbst ein, daß konsequenter gewerkschaftlicher Kampf unweigerlich den Konflikt der Arbeiterklasse mit dem kapitalistischen System und „unserem“ Staat der Monopole verschärft. Warum sonst sollte der Kampf für Arbeitszeitverkürzung „Aktionsmöglichkeiten in der Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus als System“ erzeugen?

Um die staatsbehaltende und systemstabilisierende Aufgabe zu gewährleisten, die Rappe den Gewerkschaften aufzwingen will, legt er großen Wert auf die Forderung, daß die gesellschaftlichen „Rahmenbedingungen“ beachtet werden müßten. Im Klartext: Ja keine Forderungen durchsetzen, die das Kapital am Nerv seiner Interessen treffen!

Rappe hält sich an diesen Grundsatz. Mit Säuberungskampagnen sorgt er dafür, daß die IG Chemie nicht dagegen verstößt. Und leider gelang es ihm und seinen Komplizen bislang auch einen Kampf der IG Chemie für die 35-Stunden-Woche zu verhindern.

Das ist die „Unabhängigkeit“ der Gewerkschaften, die diese Bonzen meinen.

danken der Einheitsgewerkschaft unvereinbar sind.“

„Die IG Druck und Papier, die GEW und der Landesbezirk Hessen möchten die Einheitsgewerkschaft aus den gemeinsamen Erfahrungen der Arbeitnehmer im Kampf gegen den Faschismus, nach den Verfolgungen der Nazi-Zeit und dem Leid in Konzentrationslagern und Zuchthäusern entstanden wissen. So wichtig diese Erfahrungen waren, sie verkürzen die historische Wahrheit und reichen nicht aus, um die Wurzeln der Einheitsgewerkschaft zu beschreiben, die bis in das Kaiserreich zurückreichen und eine viel breitere programmatische Grundlage haben. Dies zu betonen ist deswegen wichtig, weil mit diesen Anträgen ja offensichtlich die Absicht verfolgt wird, den Antifaschismus, der bis heute der bevorzugte ideologische Kitt für die Einheitsfrontpolitik der Kommunisten geblieben ist, zum Ursprung und bestimmenden Merkmal der Einheitsgewerkschaft hochzustilisieren.“

„Wesentlich differenzierter ist der Antrag der HBV zu betrachten: Auf den ersten Blick scheinen eine Reihe von Formulierungsvorschlägen plausibel zu sein. Bei näherem Hinsehen wird aber erkennbar, daß es dem Antragsteller darum geht, das

eigentliche Problem — die Beschreibung der historischen Wurzeln, des theoretisch-programmatischen Ansatzes und die damit gesetzten Grenzen des politischen Spektrums der Einheitsgewerkschaft — hinwegzudefinieren.“

„Der Gebrauch des Begriffes ‚freigewerkschaftlich‘ zur Kennzeichnung der Gewerkschaften im DGB (der in dem HBV-Antrag gegeben ist — RM) wird noch problematischer, wenn man berücksichtigt, daß er anknüpfend an die Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten im ADGB historisch in zunehmendem Maße von der kommunistischen Gewerkschaftspolitik vereinnahmt wurde. [...] Vor allem auf Initiative von Kommunisten unter Beteiligung einzelner Sozialdemokraten bildeten sich im Widerstand gegen den Nationalsozialismus sogenannte ‚freigewerkschaftliche Gruppen‘. Diese forderten ein Einheitsfrontabkommen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten sowie den gemeinsamen Wiederaufbau der ‚freien Gewerkschaften‘. Im Widerstand wurden die Aktivitäten dieser ‚wirklich freien Gewerkschaften‘ in eine offizielle Richtlinie für die kommunistische Gewerkschaftsarbeit aufgenommen.“

Karmann (Osnabrück): Persönlichkeitswahl

Kollegen aus fünf Nationen zogen am gleichen Strang

ARBEITERKORRESPONDENZ. — Bei der Firma Karmann in Osnabrück, einem Betrieb der Automobilindustrie mit gut 6000 Beschäftigten, wird es in diesem Jahr im Arbeiterbereich Persönlichkeitswahl geben.

Ende des vergangenen Jahres war der Betriebsratsvorsitzende auf einer Betriebsversammlung für Persönlichkeitswahl eingetreten. Bei der letzten Wahl vor drei Jahren, hatte es Listenwahl gegeben. Neben der IGM-Liste hatten damals noch drei weitere Listen zur Wahl gestanden: eine von türkischen Kollegen, eine von portugiesischen Kollegen und noch eine Liste von Kollegen aus einem Betriebsbereich, dem Fuhrpark.

Jetzt war also echte Persönlichkeitswahl mit einer Kandida-

tenliste in alphabetischer Reihenfolge angeboten. Trotzdem war es bis zum Listen-Abgabeschluß vor zwei Wochen ganz unsicher, ob es wirklich zu der von der großen Mehrheit der Kollegen gewünschten Persönlichkeitswahl kommen würde.

Schon Ende vergangenen Jahres begannen der Anführer einer Gruppe von Grauen Wölfen bei Karmann damit an einer eigenen Liste zu basteln. Er hatte sich dabei allerdings bei verschiedenen türkischen Kollegen eine Abfuhr geholt.

Es gibt viele Anhaltspunkte dafür, daß es gute Beziehungen zwischen den Grauen Wölfen und wenigstens einem deutschen Betriebsratsmitglied bei Karmann gibt. Jedenfalls begann der Türke sofort nach Aushängung des Wahlausschreibens damit, die Propaganda für seine Liste zu entfalten. Vermutlich hatte er sich die Unterschriften schon vorher zusammengekauft — im Blanko-Scheck-Verfahren.

Auf der Liste kandidierte außer ihm selbst noch ein Türke und zwei Pakistani. Sie trommelten fleißig: „Mohammedaner wählen nur Mohammedaner, und keine Christen und Kommunisten“.



Desweiteren kamen auch aus anderen Bereichen immer wieder Gerüchte, daß zumindest einer oder zwei Kollegen weitere Listen aufstellen wollten. Kollegen berichten, daß die Motive dieser Leute recht unklar seien, daß in erster Linie wohl karrieristische Motive dabei mitspielen.

In dieser Situation setzten sich nun Kollegen von Karmann aus insgesamt fünf Nationen zusammen. Sie beschlossen für den Fall, daß die Persönlichkeitswahl kaputtgemacht würde, eine Reserveliste zu bilden, die das Kennwort „Solidarität“ tragen sollte. Wenn schon Listenwahl, dann wenigstens eine echte klassenkämpferische Alternative zur IGM-Liste — das

war das Motiv für diese Initiative.

Elf Kollegen, Deutsche, Kollegen aus der Türkei, aus Spanien, Portugal und Pakistan erklärten sich bereit, auf der Reserveliste „Solidarität“ zu kandidieren. Es wurde ein Programm verabschiedet und eine Unterschriftenliste vorbereitet, die den ausdrücklichen Vorbehalt enthielt, daß die Liste „Solidarität“ auf keinen Fall als erste eingereicht wird.

Um nicht Auslöser für andere Listen zu sein, begannen die Kollegen von „Solidarität“ erst einen Tag vor Listen-Abgabeschluß mit dem Sammeln der Stützungsunterschriften. Und bereits bis zur Mitte der Spätschicht konnten 270 Unterschriften gesammelt werden!

Am nächsten Morgen um 9.00 Uhr war Listen-Abgabeschluß. Bis dahin war keine Liste abgegeben worden. Der Listenführer der Grauen-Wölfe-Liste hatte zwar schon Tage

vorher versucht, seine Liste abzugeben. Er konnte jedoch vom Wahlausschuß dazu bewegt werden, es nicht zu tun und eine Erklärung zu unterschreiben, daß er seine Liste nicht als erster werfen würde.

Angesichts der vielen Diskussionen, die es im Betrieb in den letzten Wochen um die Frage Listen- oder Persönlichkeitswahl gegeben hatte, wäre ein Listenstifter völlig isoliert worden. Bis zum Listen-Abgabeschluß wurde daher nur eine Liste abgegeben: die gemeinsame Liste aller Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge.

Nicht wenigen „Altbetriebsräten mit Pensionshoffnung“ geht schon seit Wochen die große Muffe. Plötzlich wird man am Arbeitsplatz von solchen Betriebsräten auch mal wieder „freundlich“ begrüßt, die sich sonst monatelang nicht haben blicken lassen. Wie dem auch sei: Auch bei Karmann gilt, daß Wahltag Zahltag ist!

18. NATO-„Wehrkundetagung“

Reagan fordert bedingungslose Gefolgschaft

MÜNCHEN. — Auf der 18. „Wehrkundetagung“ haben die Amerikaner klargestellt, was sie von ihren Verbündeten erwarten: eine gehorsame Gefolgschaft und eine weitere Erhöhung ihrer Rüstungsausgaben. Die jährliche dreiprozentige Steigerung, wie sie auch von der Bundesrepublik vorgenommen wird, ist für sie höchstens eine „Grundlage“ — so sagte der stellvertretende US-Kriegsminister Carlucci.

Mit allen Mitteln versuchten alle Redner auf der Tagung, die enge Bindung an die USA als Voraussetzung der Friedenssicherung zu verkaufen. Der ehemalige Generalinspektor der Bundeswehr, Ulrich de Maiziere, behauptete wörtlich:

Apel will Grundwehrdienst verlängern

MÜNCHEN. — „Wir werden wahrscheinlich nicht um eine Verlängerung des Grundwehrdienstes herumkommen.“ Das verkündete Kriegsminister Apel auf der NATO-„Wehrkundetagung“ am 21.2. Er sorgte sich um die Kriegsfähigkeit der westdeutschen Armee.

Personalangel in der Bundeswehr bereitet ihm Sorge. Wie er hervorhob, fehlen ihm auch längerdienende Soldaten. Einen genauen Maßnahmenkatalog legte Apel auf der Wehrkundetagung noch nicht vor, die Ausweitung des Grundwehrdienstes ist aber beschlossene Sache; „soviel ist heute schon klar“, sagte er.

Ein weiterer Angriff auf die Jugend, ein weiteres Zeichen für die Kriegsvorbereitungen des westdeutschen Imperialismus. Dieser Plan muß auf entschiedenen Widerstand stoßen! **Keine Verlängerung des Grundwehrdienstes!**

„Antiamerikanismus ist friedensbedrohend“.

Diese Beteuerungen sind auf begründete Sorgen zurückzuführen, die die Politiker in Bezug auf ihre Glaubwürdigkeit in den Augen der Bevölkerung in allen Staaten haben. De Maiziere forderte für die Bundesrepublik vier Punkte, die unbedingt erfüllt werden müssen: Erstens müsse die Jugend davon überzeugt werden, daß es eine „militärische, politische und geistige“ Bedrohung durch den Warschauer Pakt gebe. Zweitens müsse verdeutlicht werden, daß die „Vorbereitungen zur Verteidigung“ nicht zum Krieg führten, sondern ihn verhinderten. Drittens müsse erklärt werden, daß diese Zielsetzung der Verhütung eines Krieges auch die Chance zum Erfolg habe (Motto: „Weder rot noch tot“), und viertens müsse eben klargestellt werden, daß das nur mit den USA möglich sei. Das ist der ganze Katalog von Lügen, den man besonders der Jugend verkaufen will. An uns liegt es, dafür zu sorgen, daß aus diesem schmutzigen Geschäft nichts wird!

Und auch der US-Kongressmann Beard dürfte sich entschieden getäuscht haben, wenn er meint, in Amerika bestünde dieses Problem mit der Jugend nicht: Dort steht angeblich die „gesamte Jugend“ geschlossen hinter Reagan und seiner neuen „ehrlichen Politik“. Das dem nicht so ist, kann man heute in den USA täglich sehen, z. B. bei den vielzähligen und eindrucksvollen Demonstrationen, mit denen gerade Jugendliche ihre Solidarität mit dem Volk von El Salvador bekunden.

Die SPD-Politiker mochten die harten Töne der Amis nicht alle übernehmen, sie redeten auch von der Notwendigkeit der Entspannung usw. Ehmke sprach sich gar gegen eine Invasion in El Salvador aus, weil zu befürchten sei, daß die Jugend dann den Unterschied zwischen diesem Akt und der Besetzung Afghanistans nicht mehr verstehen würde. Wie wahr! Senator Tower allerdings bezeichnete diese Äußerungen schlicht als „naiv“.

Dabei machen die Taten der Regierung in Bonn deutlich, daß sie bereit ist, sich dem Konfrontationskurs Washingtons zu fügen. Das zeigt auch die Reaktion auf Breshnews jüngstes Angebot einer Rüstungspause und neuer Verhandlungen, die mehr oder minder deutlich ausgeschlagen wurde. Nicht, daß die Abrüstungsverhandlungen mit der UdSSR wirklich zur Abrüstung beitrügen; das Gegenteil beweist die Erfahrung aller bisherigen Gesprächsrunden. Aber die Bonner Regierung verdeutlichte doch, daß es mit dem angeblichen „Doppelcharakter des Nachrüstungsbeschlusses“ nicht weit her ist. Sie ist zur Stationierung der US-Raketen entschlossen.

Ungeteilten Beifall fanden die Reagan-Leute im übrigen bei den anwesenden Politikern der CDU/CSU. Die Wehrkunde-Tagung war somit im wesentlichen eine Veranstaltung, auf der die USA ihre Verbündeten „eingeordnet“ haben. Allen Kriegsgegnern führt sie die Notwendigkeit entschlossenen Widerstandes nur noch deutlicher vor Augen.

Die Wehrkunde-Tagung war somit im wesentlichen eine Veranstaltung, auf der die USA ihre Verbündeten „eingeordnet“ haben. Allen Kriegsgegnern führt sie die Notwendigkeit entschlossenen Widerstandes nur noch deutlicher vor Augen.

Bundeswehr-Klausurtagung:

Bonn hält am „Tornado“ fest

BONN. — Die Bundeswehr-Klausurtagung mit Kriegsminister Apel ist beendet. Wirklich fest steht danach nur eines: Die Projekte „Tornado“ und „Leopard II“ werden durchgezogen, trotz aller Finanzierungsschwierigkeiten.

„Unabhängbare Voraussetzung für die Abwehrkraft der deutschen Streitkräfte“ sind angeblich die Vollendung des „Tornado“ und der Bau der „Leopard“-Panzer. Na also. Und mit den angeblichen Einsparungen bei Luftwaffe und Marine, die die dadurch entstehenden Kosten auffangen sollen, ist es wirklich nicht weit her. Die Marine soll zwei Fregatten nicht bekommen, diesesich „wünscht“. Fertig in der Planung waren sie sowieso noch nicht, es wird also kein fest verplantes Geld gespart. Und vielleicht werden die Fregatten in nächster Zeit dennoch gebaut — wenn die USA ihrer Forderung Nachdruck verleihen, die Bundeswehr solle ihren „Aktionsradius erweitern“, um die Amis zu „entlasten“, ihnen den Einsatz in der Golfregion und im nördlichen Eismeer zu erleichtern. Schon hört man auch aus Bonn, diesen Forderungen werde „auf Dauer nicht

auszuweichen sein“. Dasselbe gilt im wesentlichen auch für die Luftabwehr-Rakete „Roland“, der veraltete Systeme ersetzen soll.

auszuweichen sein“.

Dasselbe gilt im wesentlichen auch für die Luftabwehr-Rakete „Roland“, der veraltete Systeme ersetzen soll.

Eine „Nachforderung“ an den Bundestag ist somit schon abzusehen. Das läßt das Schlimmste erwarten. Vor der Klausurtagung sagte Apel ganz offen: „(Wir) müssen dem Steuerzahler sagen, Verteidigung, Sicherheit, Friedenssicherung durch die Bundeswehr, durch die NATO, muß auch mehr Geld kosten.“

Wir sagen nein zu Apels Plänen. Wir fordern: Raus aus der NATO! Schluß mit dem Bau neuer Angriffswaffen, Verschrottung aller bestehenden!

Bremer Verwaltungsgericht:

Wer Auto fährt, darf den Kriegsdienst nicht verweigern Grundrechte außer Kraft gesetzt

BREMEN. — Autofahrer können den Kriegsdienst nicht verweigern — zu dieser unerhörten Entscheidung kam die 2. Kammer des Bremer Verwaltungsgerichts. Damit wurde die Klage eines 23jährigen Biologiestudenten auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer abschlägig beschieden. Revision wurde nicht zugelassen.

Mit einem Auto kann man schließlich auch Menschen töten, befand das Gericht, und da der Student nicht auf seinen Führerschein verzichten wollte, obwohl ihn nach seinen eigenen Worten auch die Verwicklung in einen für einen anderen Menschen tödlichen Unfall in unerträgliche Gewissensnot stürzen würde, wies es seine Klage zurück. Einen Unterschied zwischen der Möglichkeit eines solchen Unfalls und der Zwangsläufigkeit der Tötung anderer Menschen im Kriegsfall ließ das Gericht nicht gelten.

Mit einem Federstrich will hier ein Gericht ein Grundrecht, das in der westdeutschen Verfassung verankert ist, vom Tisch wischen. Ein Vorgang, der den Vergleich zum Vorgehen der faschistischen Richter im „Dritten Reich“ aufdrängt. Der Prozeß-

vertreter des Studenten wird Beschwerde einlegen. **Dieser Spruch muß zu Fall gebracht werden!**

Dieser Vorgang wirft gleichzeitig ein bezeichnendes Licht auf die Unhaltbarkeit der gerichtlichen „Gewissensprüfung“. Hier sitzen doch Menschen über das Gewissen anderer zu Gericht, die ihr eigenes Gewissen längst den Kriegszielen dieses (oder eines früheren) deutschen Staates verkauft haben. Diese Prüfungen müssen

weg! Das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung muß verteidigt werden. Dabei geht es nicht an, die Abschaffung der Gewissensprüfung zu einer Verlängerung des Zivildienstes zu nutzen, wie das in maßgeblichen Kreisen aller Bundestagsparteien geplant wird. Es sind Zeiten bis zu 24 Monaten im Gespräch.

Wir Kommunisten halten bekanntermaßen nichts von der Kriegsdienstverweigerung als Mittel der ernsthaften Schwächung der imperialistischen Armee. Pazifismus wird den Gewaltapparat der Herrschenden nicht aufhalten oder niederzwingen. Die Brechung der Macht der Imperialisten wird eine gewaltsame Sache werden, auf die sich die Arbeiterklasse dementsprechend vorbereiten muß.

Dennoch sprechen wir entschieden dem Staat das Recht ab, die Entscheidung über das Verhalten der Jugendlichen zu treffen.

Demonstration gegen Raketenbasis Waldheide

**Samstag, 14.3. in Heilbronn
Beginn: 11.00 Uhr, Kaiser-Wilhelm-Platz**

Friedenskampf in den USA

Aus der Arbeit der KPUSA / ML

Vor einer besonders verantwortungsvollen und schwierigen Aufgabe im Friedenskampf stehen die amerikanischen Kriegsgegner, stehen unsere amerikanischen Genossen von der KPUSA/ML. Der US-Imperialismus geht mit äußerster Brutalität gegen alle Gegner seines Kriegsprogramms vor, er schreckt dabei vor Blutvergießen und Morden nicht zurück. Das haben die Kriegsgegner in der USA zur Zeit des Indochinakrieges bereits erlebt. Aber dieser Kampf hat niemals aufgehört, und er verstärkt sich jetzt, nachdem Reagan Präsident geworden ist und Haig, Spezialist für Völkermord, das Außenministerium übernommen hat.

UNITE!

Fight Police Terror
Through Self-Defense!

Wir drucken im folgenden Auszüge aus einem Artikel von Barry Weissberg ab, der in der Zeitung „Unite!“ von der KPUSA/ML veröffentlicht wurde. Barry Weissberg ist Vorsitzender unserer amerikanischen Bruderpartei. Er erläutert in seinem Artikel die Grundsätze des Friedenskampfes der amerikanischen Kommunisten.

Die im Artikel angesprochene Organisation CARD ist das Komitee gegen Registrierung und Wehrpflicht (Comitee Against Registration and Draft).

Die Antikriegsbewegung aufbauen — CARD unterstützen.

Die KPUSA/ML unterstützt die Arbeit des CARD und seine vier Hauptforderungen:

Schluß mit den Registrierungen.

Keine Wehrpflicht.

Keine US-Intervention.

Arbeitsplätze, Frieden, Gerechtigkeit, nicht Krieg.

Diese Forderungen sind wichtig, weil sie den Zusammenhang herstellen zwischen dem Kampf gegen die Wehrpflicht und der aggressiven Rolle des US-Imperialismus weltweit.

Aber der Kampf gegen die Wehrpflicht stellt nur einen Zweig des weitreichenden Kampfes gegen die steigende Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges dar. Damit diese Bewegung wächst und erstarkt, muß man den Kampf gegen die Wehrpflicht nicht in erster Linie mit der Frage einer „Vergewaltigung der Grundprinzipien der Freiheit“ verbinden, sondern mit der Erkenntnis des vollständig reaktionären Charakters des US-Imperialismus, und damit der Notwendig-

keit, die Auflösung der stehenden Armee zu fordern.

Der eigentliche Kern der imperialistischen Herrschaft ist die Garantie der Freiheit der Reichen und der Ausbeutung und Unterdrückung der Armen und der werktätigen Bevölkerung. Die Wehrpflicht stellt nur ein Mittel des US-Imperialismus dar, um den Fortbestand der stehenden Armee zu sichern. Es sind die bewaffneten Streitkräfte als Ganzes, die das Leben und das Wohlbefinden der Menschen in der Welt bedrohen.

Darüberhinaus hängen all die unzähligen Kämpfe gegen die Wehrpflicht, neue Waffensysteme, Bürgerkriegsübungen in den Universitäten, Unterdrückung und Rassismus beim Militär, die Verwicklung der USA in NATO und NORAD usw. eng zusammen. Der heutige Kampf zur Unterstützung des Volkes von El Salvador, zur Unterstützung der Unabhängigkeit von Puerto Rico und Micronesien —, das alles sind Bestandteile der breiten antiimperialistischen Bewegung.

Schließlich muß der Antikriegskampf sowohl gegen den US-Imperialismus als auch gegen den sowjetischen Sozialimperialismus gerichtet sein, die zusammen die größte Bedro-

hung für den Frieden und den Wohlstand der Völker darstellen. Sei es die US-Intervention in El Salvador oder die sowjetische Aggression gegen Afghanistan, sei es die chinesische Intervention in Vietnam oder seien es die kubanischen Söldner in Afrika — beide imperialistischen Supermächte und ihre Blöcke müssen gleichermaßen bekämpft werden.

Welche Richtung sollte der Antikriegskampf heutzutage einschlagen?

Bevor ein imperialistischer Krieg ausbricht, liegt bei uns die Verantwortung, die Menschen um drei zentrale Forderungen zu organisieren. Die erste ist der Widerstand gegen die Wehrpflicht und das Recht, sich zu weigern, bei irgendeiner militärischen Aggression oder Intervention der USA in der Heimat oder in anderen Ländern mitzukämpfen. Zweitens kämpfen wir für die größtmögliche Ausweitung demokratischer Verhältnisse innerhalb der Truppe für das eingezogene Personal. Wir kämpfen zum Beispiel für das Recht, sich beim Militär zu organisieren und eine Gewerkschaft der Einberufenen aufzubauen. Drittens erheben wir die Forderung nach der Auflösung der stehenden Armee des imperialistischen Staates.

Gleichzeitig ist es unsere Aufgabe, uns auf die Fortsetzung des Kampfes gegen den US-Imperialismus vorzubereiten, falls ein imperialistischer Krieg ausbricht. Dabei müssen wir gegen jeden Ruf nach „na-

tionaler Verteidigung“ den Widerstand organisieren und dafür sorgen, den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg im eigenen Land umzuwandeln.

In Ergänzung dazu muß der Kampf gegen den imperialistischen Krieg folgende Forderungen beinhalten:

Unabhängigkeit für Puerto Rico, die Jungferninseln und Micronesien.

Schluß mit den ungleichen und ungerechten Abkommen zwischen den USA und anderen Ländern.

Sofortiger Abzug aller US-Streitkräfte und Militärberater von ausländischem Boden.

Rückzug der USA aus allen militärischen Blöcken und Vereinigungen, wie NATO und NORAD.

Einleitung von Reparationszahlungen an alle Länder, Nationen und Völker, die durch den US-Imperialismus Schaden erlitten haben.

Bei diesen nachdrücklichen Bemühungen, eine breite antiimperialistische Bewegung zu mobilisieren und zu organisieren, richten wir unser Hauptaugenmerk auf die Aufklärung und Organisation der arbeitenden Menschen in den Fabriken, Gewerkschaften, Farmen und Gemeinden. Aber zur gleichen Zeit suchen wir die breitestmögliche Aktionseinheit mit all denen, die an allen Kampffronten Widerstand gegen die aggressive Rolle des US-Imperialismus leisten und die gegen den imperialistischen Krieg sind. Es gibt heute nicht irgendein einziges

politisches oder organisatorisches Zentrum in dieser Bewegung. Dies kann nur hervorgehen aus dem Kampf für die Aktionseinheit auf einer prinzipienfesten, dauerhaften, nicht sektiererischen Grundlage.

Kämpfen wir gegen Krieg und Faschismus.

Der Kurs des US-Imperialismus auf einen neuen Weltkrieg ist eng verbunden mit der wachsenden faschistischen Bedrohung im Lande. Wir unterstützen die Arbeit solcher Organisationen wie CARD, die gegen die Wehrpflicht kämpfen. Aber wir sehen auch, daß ein erfolgreicher Kampf gegen die Gefahr eines imperialistischen Krieges ebenso den Kampf gegen die faschistische Gefahr im Lande erfordert. Heutzutage müssen der Kampf gegen den imperialistischen Krieg und gegen faschistische Reaktion Hand in Hand gehen. Sie müssen verbunden werden in der Entwicklung einer breiten Volksfront gegen Krieg und Faschismus.

Die Geschichte hat bewiesen, daß solche eine Bewegung nur durch dauerhafte, fortgesetzte Aufklärungsarbeit und Aktion hergestellt werden kann. Literatur und Erziehung werden gebraucht. Sie sind aber kein Ersatz für die militante Aktion — das haben das Anwachsen und die Entwicklung des Kampfes gegen den Krieg in Vietnam lebendig bewiesen (...). Dieser dauerhafte, beharrliche Kampf wird die Menschen dazu bringen, sich auf unsere Seite zu stellen.“

RA Kaul plädierte im Majdanek-Prozeß

Kein einziger Faschist darf freikommen

Staatsanwälte und Richter begünstigen die Nazis

DÜSSELDORF. — Einen Höhepunkt der Anklageplädoyers im Majdanek-Prozeß stellte der Auftritt von Professor Dr. Friedrich Karl Kaul (DDR) dar, der als Vertreter des Nebenklägers Max Oppenheimer mit der Strafverfolgung von vier Nazi-Verbrechern beauftragt ist.

In seinem Vortrag griff er Versäumnisse der westdeutschen Staatsanwaltschaft bei der Anklageerhebung ebenso an wie Fehler in der Verhandlungsführung und Zugeständnisse gegenüber den Faschisten und ihren gleichgesinnten

In der Tat ist schon die Art der Anklageerhebung durch die Staatsanwaltschaft und die Zulassung der Anklage in der vorgelegten Form durch das Gericht eine Verhöhnung der fast 250 000 Toten von Majdanek.

Majdanek war, wie Kaul darstellte, ein „Massenmordlager“. Seine Zweckbestimmung war den SS-Leuten bekannt. Sie haben sich freiwillig an der Erfüllung dieser Bestimmung beteiligt, sie handelten im Rahmen eines einheitlichen Tagesgeschehens als Mitglieder einer verbrecherischen Vereinigung. Als solche hatte das Urteil im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß die gesamte SS bezeichnet. Kaul weist völlig zu Recht darauf hin: „Die an einem Ort und zur einheitlichen Förderung der verbrecherischen Absichten der nazistischen Staatsführung geleisteten Tatbeiträge der Angeklagten dürfen deshalb unmöglich ... in eine Vielzahl je einzeln strafrechtlich zu wertender Teilstücke ‚zerhackstückt‘ werden.“

Das aber tun sowohl Staatsanwaltschaft als auch Gericht in diesem Prozeß. Man forderte für jeden einzelnen angeklagten Faschisten in jedem einzelnen ihm zur Last gelegten Anklagepunkt detaillierteste Zeugenaus-

sagen. Kaul sagte dazu:

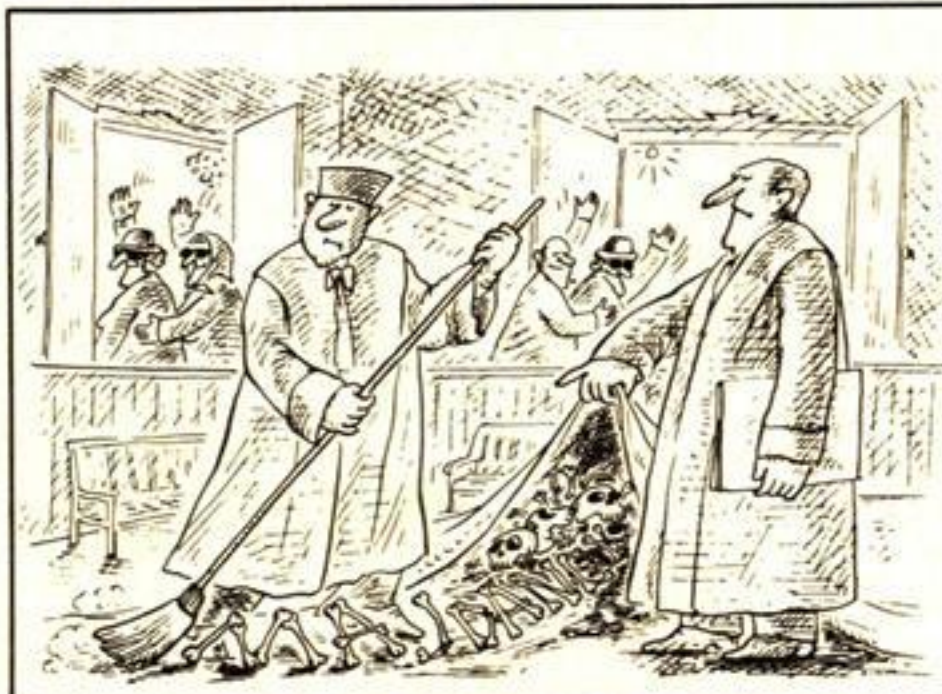
„Dadurch, daß die Staatsanwaltschaft durch die Form der von ihr erhobenen Anklage, die das einheitliche durch den Begriff ‚Majdanek‘ kriminologisch umrissene Deliktgeschehen in einzelne Delikthandlungen auflöste, und dadurch, daß das Gericht die Anklage in dieser zerhackstückten Form im Gegensatz zu den vom BGH aufgestellten und hier zitierten Prinzipien zugelassen hat, wurde die gerichtliche Sühne des verbrecherischen Geschehens nahezu unmöglich gemacht.“

Prozeßverschleppung

Denn zunächst ist eine unmittelbare Folge dieses Verhaltens der nahezu in Elephantiasis ausufernde Umfang der Beweisaufnahme über die fast als gerichtsnotorisch zu bezeichnende Tatsache, daß in Majdanek in bewußter und gewollter Zusammenarbeit der Mitglieder der Lager-SS systematisch, ja geradezu fabrikmäßig gemordet wurde.

Zur Feststellung dieser gerichtsnotorischen Tatsache unternahm das Gericht im Verlauf der über 63 Monate andauernden Beweisaufnahme Reisen in aller Herren Länder von Austra-

Verteidigern, derer sich das Gericht schuldig gemacht hat. Er unterstrich den gemeinschaftlichen Willen aller angeklagten Faschisten, in Majdanek an der Vernichtung von menschlichem Leben in unvorstellbaren Ausmaßen und auf jede erdenkliche Weise mitzuwirken. Für die Angeklagten Villain und Groffmann, für die die Staatsanwaltschaft zehn Jahre Freiheitsstrafe bzw. Freispruch gefordert hatte und denen gegenüber das Gericht schon durchblicken ließ, daß sie beide freigesprochen werden sollen, forderte Kaul lebenslänglichen Freiheitsentzug.



So darf der Majdanek-Prozeß nicht enden!

lien, Israel über Kanada und den USA bis zur Sowjetunion, mit dem Ergebnis, daß — wenn es nach den Anträgen der Staatsanwaltschaft geht — von den ursprünglich 17 Angeklagten acht bestraft werden sollen.

Das Gericht folgte auch nicht der international anerkannten Auffassung, daß die nazistischen Gewaltverbrechen als völkerrechtliche Verbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Sinne des Art. 6 Buchstabe b) und c) des Statuts des Internationalen Militärgerichtshofes vom 8.8.45 angesehen werden müssen und dementsprechend zu behan-

delt sind. Dabei kann es sich leider auf den Bundesgerichtshof stützen.

Unabhängig davon müßten die Nazis nach § 129 StGB — kriminelle Vereinigung — verfolgt und bestraft werden. Auch darauf wies Kaul hin. Aber dieser Paragraf wird in der BRD eigentlich nur gegen demokratische, antifaschistische Menschen angewandt.

„Der Täter als Gehilfe seiner Tat“

Es kam in Düsseldorf wie schon in anderen NS-Prozessen zu einer geradezu perversen Situation. Aus der an sich richtigen Feststellung, daß im Hitlerstaat die „Verbrechensantriebe“ vom Träger der Staatsgewalt selbst ausgingen, wird die „kriminologisch und rechtlich jeder Rechtslogik widersprechende Folgerung“ gezogen, „den Täter zum Gehilfen seiner Tat zu machen und damit die eigenhändig begangene Tat in Bei-

hilfe zu fremder Tat umzufunktionieren ...“ Das führte denn auch zu den milden Strafanträgen der Staatsanwaltschaft.

Und, wie gesagt, das Gericht ließ bereits durchblicken, daß mehrere Freisprüche geplant sind. Unter anderem für Villain, der mitschuldig ist an der Ermordung des Vaters von Max Oppenheimer. Neben der Strafverfolgung gegen Villain und Groffmann betrieb Oppenheimer über Dr. Kaul auch die Strafverfolgung der SS-Verbrecher Konietzky und Reinartz. Ihre Verfahren wurden wegen vorgegebener „Verhandlungsunfähigkeit“ eingestellt; das von Konietzky bereits vor Beginn der Hauptverhandlung.

Fast unglaublich mutet die Liste der von Kaul im Zusammenhang aufgeführten Provokationen an, die das Gericht den Faschisten gestattete. Prozeßverschleppung, Beleidigungen der Nebenkläger und ihrer Anwälte, Beleidigungen selbst des Gerichts, Nazi-Kundgebungen im Gerichtsgebäude, Verhöhnungen und Bedrohungen der als Zeugen aussagenden ehemaligen Verfolgten des Nazi-regimes nahmen die Richter gleichmütig hin und leisteten ihnen Vorschub.

Solche Richter sind mitschuldig für das immer frechere Auftreten der Neonazis in unserem Land, mitschuldig an der mangelnden Aufklärung der Jugend über die Verbrechen der Hitlerdiktatur und damit über die Gefährlichkeit des Faschismus überhaupt. Solche Richter sind eine Schande für unser Land.

Lebenslänglich für die Mörder!

„Das in der Rechtsprechung entwickelte Prinzip der natürlichen Handlungseinheit ... verlangt, daß die freiwillige Eingliederung aller Angeklagten in die bestehende Mordmaschinerie, die Majdanek zum Delikt begriff geprägt hat, strafrechtlich als ein bewußtes und gewolltes Zusammenwirken zu bewerten ist, dessen Zielsetzung die gewaltsame, aus niedrigen Beweggründen heimtückisch und grausam erfolgte Tötung einer Vielzahl von Menschen war.“

Straffreiheit für Verfassungsschutz-Agenten?

HANNOVER. — Wenn es nach dem Willen leitender „Verfassungsschützer“ geht, werden Agenten des staatlichen Spitzeldienstes künftig nicht mehr bestraft werden dürfen, auch wenn sie selber — wie in letzter Zeit häufig nachgewiesen — an der Verübung von Straftaten beteiligt sind oder andere dazu anregen, um sie dann festnehmen zu lassen und sich so die eigene Karriere zu sichern.

Darauf läuft hinaus, was Hans-Peter Mahn, stellvertretender Leiter des niedersächsischen Verfassungsschutzes, nach der Verurteilung des V-Mannes Hans-Dieter Lepzien zu drei Jahren Haft äußerte. Lepzien war Gründer (!) der Braunschweiger Otte-Bande gewesen und hatte an Sprengstoffanschlägen mitgewirkt. Wie Otte war er früherer NPD-Mitglied. Angeblich hat er einen Anschlag mit einer größeren Bombe verhindert. Mahn kündigte Revision an.

Der Verfassungsschutz fürchtet, keine Spitzel mehr zu bekommen, wenn er ihnen in „politischen Notfällen“ nicht hilft. Dabei spielt deren eigene Kriminalität keine Rolle. Auf die Bemerkung des Gerichts in Braunschweig, Lepzien habe „dem Amt vermutlich mehr geschadet als genützt“, entgegnete Mahn: „Hier geht es überhaupt

Die Strafe für die Angeklagten ... kann insofern gemäß § 211 StGB nur in lebenslangem Freiheitsentzug bestehen.“

So beschloß Dr. Kaul sein Plädoyer.

Antifaschisten — aufgepaßt!

Freisprüche für die Massenmörder werden die Antifaschisten nicht unwidersprochen hinnehmen. Darüber sollte sich das Gericht keine Illusionen machen. Die Nazis hatten zu Prozeßbeginn gehofft, das Verfahren werde in aller Stille ablaufen; „In zwei Tagen“, so Nazi-Verteidiger Bock, „sind wir hier unter uns“. Sie haben sich gründlich verrechnet. Die Antifaschisten in Düsseldorf, im gesamten Bundesgebiet und im Ausland haben den Prozeßverlauf aufmerksam verfolgt. Ihre Aufmerksamkeit hat sich jetzt noch erhöht. Sie alle fordern: Lebenslänglich für die Nazi-Mörder!

Meldungen

Richter gegen Berufsverbote

Seine „volle politische Mißbilligung“ hat Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht (CDU) dem Hildesheimer Richter Vultejus ausgesprochen. Vultejus hatte, zusammen mit 700 anderen Personen, auf einer Zeitungsanzeige gegen das drohende Berufsverbot gegen den DKP-Lehrer Matthias Wietzer protestiert. Ihm wird jetzt vorgeworfen, politischen Druck auf die Richter des Landesarbeitsgerichts ausgeübt zu haben, die eine Woche später über die Klage Wietzers auf Einstellung zu entscheiden hatten. Vultejus habe versucht, ihre „Unabhängigkeit einzuschränken“. Das LAG wies Wietzers Klage zurück und bewies so, sicher zu Albrechts voller Zufriedenheit, seine Hörigkeit gegenüber den reaktionären Politikern in unserem Lande. Es gibt nur wenige Richter, die den Mut haben, gegen die antidemokratischen Maßnahmen des Staates, dessen „Diener“ sie sein sollen, aufzubegehren. Alle Achtung, Ulrich Vultejus!

8 Jahre Jugendstrafe

Am 27.2. wurde der ehemalige SS-Sturmmann Josef Schmidt im Frankfurter Auschwitz-Prozeß tatsächlich zu nur acht Jahren Jugendstrafe verurteilt. Schmidt war wegen Mordes und Beihilfe zum Mord angeklagt. Schmidt ist heute 58 Jahre, zur Tatzeit war er 20 Jahre alt. Mehrere Morde wurden hier gar nicht berücksichtigt, wie immer in solchen Fällen „mangels Beweises“; von 190 Aussagen gegen Schmidt wurden 189 verworfen. Auf die Strafe werden sieben Jahre Haft angerechnet, die Schmidt schon in Polen gesessen hat.

Neuer VS-Chef

Neuer Chef des Hamburger Verfassungsschutzes wurde im Februar Christian Lochte (CDU), ein Freund Springers, in dessen Zeitungen er sich oft gegen die „Linksradikalen“ ausgetobt hat. Lochte will eine Propagandakampagne starten, um dem Ruf des VS als „Schnüffelbehörde entgegenzuarbeiten“. Dazu will er u.a. in den Schulen Vorträge halten! Neben „Wehrkunde“ nun auch „Staatstreuekunde“? — Lochte muß eine Abfuhr erteilt werden!

Uli Lux und Gerd Wollschon gefeuert

Säuberungswelle beim WDR

Kampf der Gleichschaltung

Beim WDR läuft die große Säuberungswelle: Nach dem „Radiothek“-Moderator Uli Lux wurde Gerd Wollschon, verantwortlich für den „Folklore Basar“, wegen einer kritischen Äußerung zur Politik von USA und BRD gegenüber El Salvador gefeuert.

Die letzte Sendung der „Radiothek“, die den reaktionären Programmgestaltern wegen ihrer fortschrittlichen Beiträge, wegen ihres Engagements für Probleme der Jugendlichen lange ein Dorn im Auge war, lieferte die Begründung zur fristlosen Kündigung von Ulrich Lux. Ihm wird vorgeworfen, „die sittlichen und religiösen Gefühle der Bevölkerung“ nicht beachten zu haben, wie dies § 4 des WDR-Gesetzes vorschreibt. Herhalten müssen dafür vor allem drei Lieder des Kabarets „Drei Tornados“: das Razzialied (das im letzten Jahr noch voll im ZDF gebracht wurde, als die „Tornados“ den deutschen Kleinkunstpreis erhielten), das Schwarzfahrer-Lied und ein Lied über die „Gottesmutter Maria“.

Aus Solidarität mit Uli Lux verabschiedeten etwa 100 Redakteure des WDR eine Protesterklärung, in der die Rücknahme der Kündigung verlangt wird. Ende März wird im Jugendzentrum in Moers eine Veranstaltung zur „Radiothek“ stattfinden, auf der Lux sprechen wird. Auch die „Drei Tornados“ sind wieder dabei. Näheres werden wir noch berichten.

Und nur einen Tag nach der Verkündung dieser Kündigung

flog nun auch der bekannte Satiriker Gerd Wollschon. Zu seinem Fall wollen wir ihn hier selbst zu Wort kommen lassen. Sein „Offener Brief“ an den verantwortlichen Hörfunkdirektor Jenke bedarf keiner Ergänzung.

„Einen Tag nach der Kündigung von Herrn Lux erhielt ich von einem Ihrer Redakteure telefonisch die Mitteilung, daß meine fällige Moderation des „Folklore Basars“ jetzt anders besetzt sei. Zitat Dr. Reichow: ‚Wir sind gehalten, nur noch musikbezogene Moderationen zu machen.‘ Na, wer hat denn da gehalten?

Sie haben innerhalb weniger Tage drei massive Fehler begangen: Sie haben den verantwortlichen „Radiothek“-Redakteur Lux fristlos entlassen. Sie haben den „Folklore-Basar“-Moderator Wollschon entlassen lassen, und Sie sind als Direktor geblieben. Die ersten beiden Fälle wären vielleicht noch verzeihlich gewesen — beim dritten wird es schmerzhaft. Ich möchte es vorsichtig ausdrücken: Was bilden Sie sich eigentlich ein?

Wir haben Karneval und das Jahr der Behinderten, wir können also offen reden:

Lieber Herr Jenke! In diesem unserem Lande ist die Ausgewogenheit folgenderma-

ßen gestaltet: Es gibt Frauen und Männer, es gibt Alte, ganz Alte, Uralte, Tote, Kinder, Jugendliche, es gibt Juden, Radikale, Sozialisten, Katholiken, es gibt Instandbesetzer, Kernkraftgegner, Polizisten, Geisterfahrer, Kranke, Bedürftige, Obdachlose, und es gibt Sie!

Und jetzt raten Sie mal, wer meistens zu Wort kommt ...

Sehen Sie, da ist schon wieder ein Grund. Nun sind Sie zu allem Nebenfluß auch noch sehr gebildet. Das Wort ‚Akzeptanz‘ soll gebrauchsmustermäßig von Ihnen stammen. Hut ab! Auch das mit der ‚musikbezogenen Moderation‘ — Helm ab! Und dann sage ich als Moderator was zu El Salvador — Kopf ab! ...

Wir sind alle erschüttert, daß Radio Luxemburg, wo Sie hingehören, Sie nicht will. Selbst die Belegschaft im WDR würde Sie ungern erst morgen verlieren. Machen Sie doch um Himmels willen einen Piratensender auf! Ich schenke Ihnen sogar einen Transistorempfänger zum Einstieg! Und eine Platte Ihrer Wahl. Und wenn Sie endlich gehen, stehe ich voll hinter Ihnen. Und dann gibt es kein Zurück mehr.“

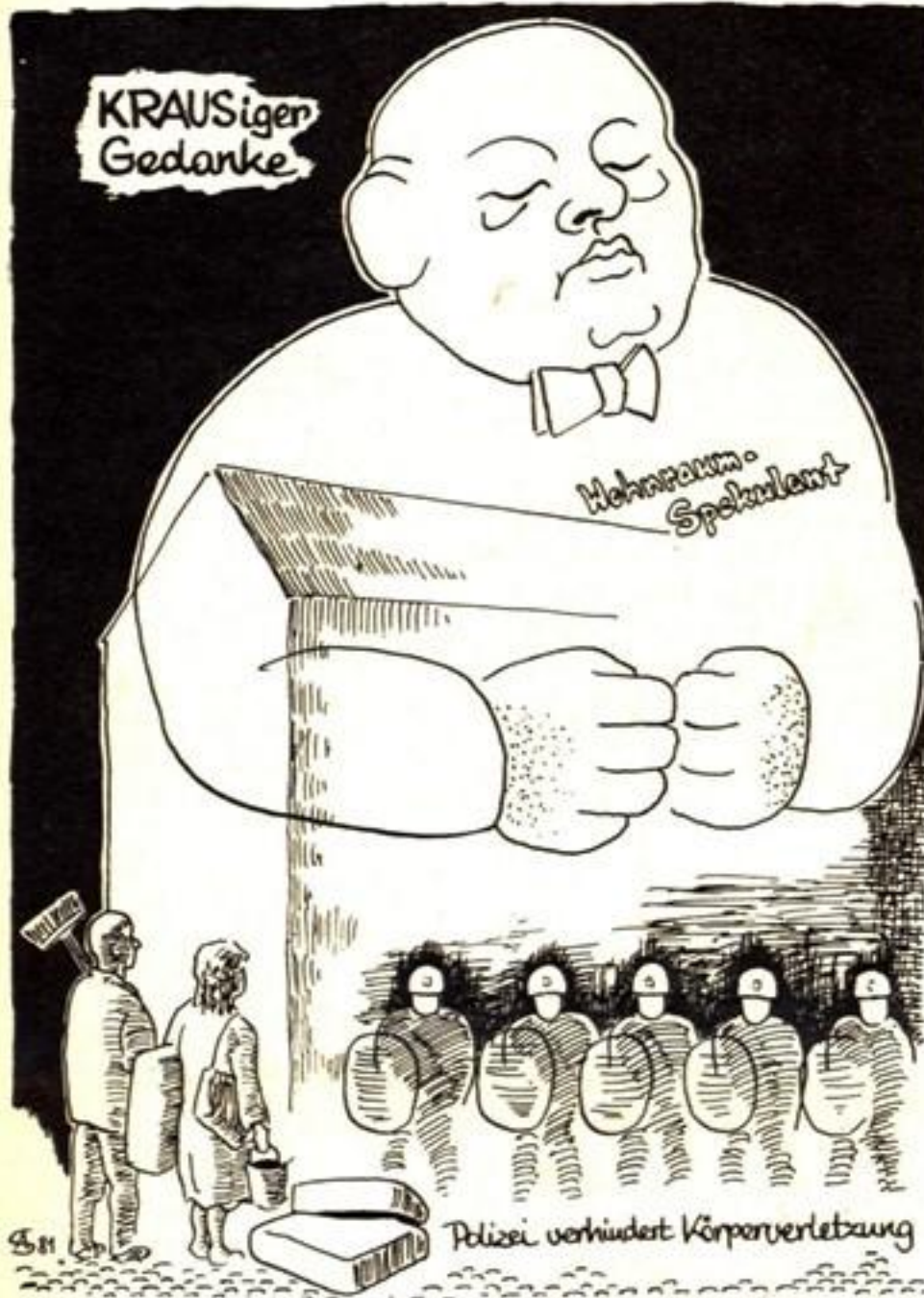
Die gefeuerten Redakteure haben unsere volle Solidarität. Gegen die geplante Gleichschaltung des Rundfunks muß entschieden Front gemacht werden!

Hausbesetzungen wie Körperverletzung behandeln?

Volkskorrespondenz aus Nürnberg

In Nürnberg ist die Polizei in den letzten Tagen zu besonders brutalen Knüppelinsätzen gegen Hausbesetzer und Demonstranten, die die Besetzungen unterstützen und sich gegen die asoziale Wohnungspolitik wenden, übergegangen. Gleichzeitig sucht man nach Möglichkeiten, mit einer verschärften Strafverfolgung gegen den berechtigten Protest vorzugehen. Polizeipräsident Kraus hat auch schon eine Idee: er verlangt vom Parlament, gesetzliche Grundlagen dafür zu schaffen, die Delikte

„Hausfriedensbruch“ und „Sachbeschädigung“ mit dem Delikt „Körperverletzung“ gleichzusetzen. Dann nämlich könnte eine Strafverfolgung auch ohne Strafanzeige durch einen Hauseigentümer eingeleitet werden, wenn ein Haus besetzt wird oder wenn es zu „Demonstrationsschäden“ kommt! Ein Nürnberger Leser des „Roten Morgens“ hat uns dazu die folgende Grafik geschickt: „KRAUSiger Gedanke“.



Die KPD hat ein neues Plakat herausgebracht, mit dem besonders zu Antikriegs-Veranstaltungen aufgerufen werden soll. „Deutschland darf kein Schlachtfeld werden“ — das ist das Motto, unter das unsere Partei ihren Friedensplan gestellt hat, dessen Verbreitung eine sehr wichtige und brandaktuelle Aufgabe ist. Das Plakat trägt rote Schrift auf gelbem Untergrund, der Panzer ist in schwarzer Farbe gedruckt.



Wie aus einem guten ein „schlechter“ Gewerkschafter wird

Arbeiterkorrespondenz aus Lengerich

Ich möchte Euch heute einmal berichten, daß es auch in der IG-DruPa — vielerorts als links bezeichnet — mit der Demokratie mitunter nicht weit her ist.

Es geht hierbei um den Kollegen Ralf Czogalla, der in einem Mittelbetrieb der Druckindustrie eine Ausbildung als Flachdrucker macht. Wegen seiner aktiven gewerkschaftlichen Jugendarbeit wurde er auf der Mitgliederversammlung der örtlichen IG DruPa im Februar 1980 zum Ortsjugendleiter gewählt und ist von daher auch Mitglied im Ortsvorstand der Druckergewerkschaft. Ohne Übertreibung kann man sagen, daß es nicht zuletzt Ralfs Initiative zu verdanken ist, daß in Lengerich eine aktive Jugendgruppe der IG DruPa aufgebaut wurde. Auch zur Betriebsratswahl in diesem Jahr sollte Ralf auf die gemeinsame Liste aller Kandidaten in seinem Betrieb. Keiner der Gewerkschaftsfunktionäre in Lengerich hatte bisher — jedenfalls ist das nicht bekannt geworden — an seiner Gewerkschaftsarbeit etwas ausgesetzt. Aber plötzlich änderte sich alles.

Hatte Ralf sein gewerkschaftliches Interesse und Engagement verloren? Hatte er sich nicht mehr für die Kollegen eingesetzt?

Es war etwas anderes passiert: Ralf hatte ein Flugblatt der KPD als presserechtlich Verantwortlicher unterzeichnet. Es ging dabei um Protestaktionen der Textilarbeiter gegen die Massenentlassungen und Schließungen in Textilbetrieben im Westmünsterland. Unter anderem war in diesem Flugblatt auch eine Kritik am Verhalten der IG-Textil-Führung zum Entlassungskurs der Unternehmer enthalten.

Plötzlich wurde Ralf ein schlechter Gewerkschafter. So wurde ihm mitgeteilt, daß er auf der Liste zur Betriebsratswahl nicht vorgesehen sei. Man suchte Ausflüchte: „Du bist noch zu jung, zu unerfahren, hast nicht die Qualifikation...“ Auf einer kurz darauf durchgeführten Mitgliederversammlung der IG DruPa ließ dann allerdings ein Kollege — der stellvertretende Ortsvorsitzende — sehr zum Entsetzen einiger seiner Vorstandskollegen die

Katze aus dem Sack: „Wir haben Dich — um einmal Klarheit zu reden — einzig und allein wegen deiner politischen Überzeugung nicht auf die Kandidatenliste gesetzt...“

Aus dem Kreisjugendausschuß des DGB (Kreis Steinfurt) wurde Ralf prompt ausgeschlossen, ohne irgendeinen Versuch, mit ihm zu sprechen.

Letzte Woche wurde ihm dann auf der Vorstandssitzung der IG DruPa in Lengerich eröffnet: Eine Zusammenarbeit mit ihm im Ortsvorstand sei nicht mehr tragbar. Außerdem kündigte man ihm an, daß der Ortsvorstand sich an den Hauptvorstand wenden würde, mit dem Antrag, Ralf aus der Gewerkschaft auszuschließen.

Die Kollegen der Jugendgruppe haben sich noch am selben Abend mit Ralf solidarisch erklärt und eine Protestresolution gegen diese undemokratischen Maßnahmen verfaßt. Auch viele Kollegen in Ralfs Betrieb fanden Ralfs Einstellung bei der Aufstellung der Kandidatenliste durch die Vertrauensleute eine Sauerei. Eine spontan organisierte Unterschriftensammlung durch einige Arbeitskollegen erbrachte innerhalb kürzester Zeit 19 Unterschriften für Ralfs Kandidatur (im gewerblichen Bereich arbeiten etwa 100 Kollegen). Der Betriebsratsvorsitzende war auch daraufhin bereit, Ralf auf die Liste zu setzen, was allerdings durch die Mehrheit der Vertrauensleute abgelehnt wurde. Ralf selbst äußerte auch die feste Überzeugung, daß die undemokratischen Beschlüsse gegen ihn überhaupt nicht in der Gewerkschaft am Ort festgelegt wurden, sondern vielmehr im Ortsvorstand der Lengericher SPD. In Lengerich gibt es — wie anderswo auch — eine regelrechte Verfilzung von Gewerkschaft und SPD.

Das Beispiel von Ralf zeigt, daß nach dem letzten Gewerkschaftstag offensichtlich einige Leute in der IG DruPa meinen, die reaktionären Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB auch bei der IG DruPa klammheimlich einführen zu können. Was hat Ralf Schlimmes gemacht? Etwa, daß er sich zum Kommunismus bekennt?

Was in dem Flugblatt stand, liegt im Grunde auf der Linie, die der Vorsitzende der IG DruPa Leonard Mahlein des öfteren auch in der Öffentlichkeit vorgetragen hat: Ralf hat nicht mehr und nicht weniger in seiner bisherigen Arbeit gemacht, was der Vorsitzende seiner Gewerkschaft L. Mahlein auf dem letzten IG-DruPa-Gewerkschaftstag im Oktober 1980 so ausdrückte: „Wir lehnen also eine Politik der ‚Sozialpartnerschaft‘ mit einer solchen hintergründigen Fassade strikt ab. Die Sozialpartnerschaftsideologie geht von der Annahme aus, daß beide Faktoren übereinstimmende Interessen und Ziele hätten. Diese Ideologie leugnet zwar nicht spezifische Arbeitnehmerinteressen, doch wird dem Prinzip der Gewinnanhäufung stets Vorrang eingeräumt. ‚Sozialpartnerschaft‘ bedeutet im Kern die Unterordnung der Interessen der abhängig Beschäftigten unter die Kapitalinteressen, und den Gewerkschaften wird mit der Verpflichtung auf das Gemeinwohl die Rolle einer staatlichen Organisation zugedacht, die ihre Funktion hauptsächlich in der Integration in das herrschende System sieht. Ich meine, diese ‚Gebote der Sozialpartnerschaftsideologie‘ widersprechen

unserem gewerkschaftlichen Auftrag und können deshalb nicht das Leitmotiv unserer Tätigkeit sein. Wir sind nicht bereit, uns unter Berufung auf eine sogenannte Ordnungsfunktion zur ‚Feuerwehr der Unternehmer und ihrer Verbände‘ degradieren zu lassen.“

Ralf würde sich freuen, wenn er von aktiven Kollegen und Gruppen in seiner Gewerkschaft darüber informiert wird, wie sie zu dem undemokratischen Vorgehen gegen ihn auf der Linie der „Unvereinbarkeitsbeschlüsse“ stehen. Ralf ist jedenfalls nicht gewillt, sich aus seiner Gewerkschaft hinausdrängen zu lassen, für die er weiter im gewerkschaftlichen Sinne kämpfen will.

„Diese Einheitsgewerkschaft haben wir aktiv und mit allen Mitteln zu verteidigen; denn sie wurde im gemeinsamen Kampf in den Konzentrationslagern gegen den Faschismus geboren, und sie hat die historischen Traditionen, politischen Richtungen und geistigen Strömungen der Arbeiterbewegung zusammengeführt sowie Christen, Sozialdemokraten und Kommunisten und Parteilose in einer gemeinsamen Organisation vereint.“ (Mahlein)

Einzeldrucke von RM-Artikeln

Um unseren Genossen und Freunden die Arbeit mit dem RM zu erleichtern und vor allem um ihnen Material für die Agitation an die Hand zu geben, werden wir künftig Artikel oder Serien im „Roten Morgen“ zu aktuellen Fragen als Einzeldrucke herausgeben.

Diese Drucke werden im DIN-A-4-Format einen Umfang von mindestens vier Seiten haben und können zum Preis von 50 Pfennig für zehn Stück beim Verlag Roter Morgen bezogen werden. Im RM wird vorher jeweils angekündigt, welche Artikel als Einzeldrucke erscheinen.

Ab sofort können schon die folgenden Drucke bezogen werden: „Wie Faschismus entsteht — und verhindert wird“

Auseinandersetzung mit den auf dem Antifaschistischen Kongreß in Mannheim von Reinhard Kühnl und anderen vorgetragenen Thesen.

„Die neuen Männer in Washington“
„Aus der Geschichte der KPD“

Zusammenstellung der Artikelreihe über die Geschichte unserer Partei. In türkischer Sprache.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr.

☐ für 1 Jahr

☐ für 1/2 Jahr

☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt:

☐ jährlich
DM 60.-

☐ halbjährlich
DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD

☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Bundeswehrkrankenhaus:

Kein Pflegepersonal — Betten stehen leer

Volkskorrespondenz aus Ulm

In Ulm wurde vor circa zwei Jahren ein modernes Bundeswehrkrankenhaus errichtet. Zu dieser Zeit das modernste eingerichtete der BRD. Die Klinik ist mit 620 Planbetten ausgestattet. Sie ist nicht nur für Bundeswehrangehörige, sondern auch für normale Bürger auf Krankenkassenkosten konzipiert.

Bis heute sind jedoch lediglich 260 Betten belegt, davon 120 mit normalen Bürgern. Das liegt nicht daran, daß es in Ulm eine Bettenschwemme gibt — ganz im Gegenteil. Im letzten Jahr kamen ganze 26 Betten neu hinzu. Ganze Abteilungen wie die Psychiatrie sind noch nicht eröffnet. Es fehlt an Ärzten und Pflegekräften, um den vollen Betrieb aufzunehmen. Die Geldmittel hierfür wurden vom

Bund gekürzt.

Im Krankenhaus befinden sich bestmögliche Krankenpflegeeinrichtungen — unbenutzt. Es werden keine Schwestern und Pfleger ausgebildet. (Obwohl in der BRD 38000 fehlen.) Auch hierfür gibt es kein Geld.

Die Finanzmittel für den Bau eines Wohnheims für das Krankenhauspersonal wurden gekürzt, und es wird noch eine Weile dauern, bis es endlich fertiggestellt ist.

Die Gesundheit der Menschen in unserem Land spielt ja für die Herren in Bonn keine Rolle, die denken in anderen Kategorien. Für deren Gesundheit und Geldbeutel spielt nur die Anschaffung von Leopard II und Tornado eine Geige.

Aktionen zum Internationalen Frauentag

Der 71. Internationale Frauentag wurde in vielen Städten Westdeutschlands mit Kundgebungen, Demonstrationen und Veranstaltungen begangen. Diese Aktionen machten deutlich, daß die Bereitschaft der Frauen, öffentlich für ihre gerechten Forderungen zu demonstrieren, gestiegen ist. Es wurde auch nichts mit der vom DGB-Bundesvorstand gewünschten Zurückhaltung: An vielen Orten organisierten Gewerkschaftsgruppen die Aktionen. Dafür hatten sich

Wir bringen hier einige Berichte von Aktivitäten, die uns vor Redaktionsschluß zugehen. Aus Platzgründen mußten wir sie stark kürzen. Zahlreiche Veranstaltungen fanden erst am Abend des 8. März statt — zu

zählt hatte — und es waren wohl noch mehr da! Trotz aller Schikanen wurde der Römer erreicht und die Abschlussskundgebung durchgeführt. Nachdem sich diese Demonstration aufgelöst hatte, verhaftete die Polizei

auch überall die Genossinnen und Genossen unserer Partei eingesetzt.

Im Mittelpunkt aller Aktivitäten standen die Forderungen nach der endgültigen Abschaffung der Frauenleichtlohngruppen in allen Bereichen und das starke Engagement der Frauen im Kampf gegen die Kriegsgefahr. Der Kampf gegen den Krieg ist ein fester Bestandteil der Frauenbewegung auch in der Bundesrepublik.

noch 50 bis 100 Menschen, als das Komitee doch noch eine Demonstration machen wollte!

Bochum. — Etwa 200 Frauen und Männer waren zu der Veranstaltung in die Gaststätte im

DGB-Haus gekommen. Hier hielt Karin Roth vom IGM-Vorstand eine sehr gute Rede. Neben den Leichtlohngruppen nahm auch sie die Kriegsgefahr und das Programm der Reagan-Regierung aufs Korn. Gegen die Diskriminierung der Ausländerinnen und Ausländer wandte sie sich besonders. „Ihr gehört zu uns!“, rief sie den ausländischen Kollegen zu. Sie wies auch darauf hin, daß das Grundübel im Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit zu sehen ist. (Für Gewerkschaftsfunktionäre nicht selbstverständlich!)

NÜRNBERG. — „Frieden und Arbeit für alle“ — das war das Motto des gewerkschaftlichen Aktionstages. Mehrere hundert Menschen sahen in den Räumen des Gewerkschaftshauses ein vielseitiges Programm mit Theatergruppen und Kabarett. Auch hier nahm der Kampf für den Frieden besonders breiten Raum ein. Beteiligt hatten sich alle Frauenausschüsse der Einzelgewerkschaften.



Die Frauendemonstration in Hamburg

spät für diese Ausgabe.

Hamburg. — An einer vom DGB angemeldeten Demonstration am 7. März beteiligten sich etwa 3000 Menschen, von denen ca. 1500 im Gewerkschaftsblock gingen. Die andere Hälfte der Demonstration bestand aus „autonomen“ Frauengruppen. Die Genossen der Partei gingen mit ihren Kollegen aus den Einzelgewerkschaften im Gewerkschaftsblock. Flugblätter zur Demonstration und zum 8. März verteilten unter anderen auch die RGO und die KPD.

FRANKFURT. — Der DGB war nicht zu einer Demonstration bereit. Dennoch gab es eine, die auch von der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) initiiert worden war. Es sollten an diesem Tag zwei Demonstrationen stattfinden; die andere war angemeldet vom Komitee gegen Isolationsfolter. Diese Demonstration wurde verboten, wegen „Unterstützung der RAF“. Und am Freitag nachmittag wurde die Frauendemonstration auch verboten, mit der Begründung, diejenigen, die an der zweiten Demo teilnehmen wollten, würden jetzt diese Aktion ausnutzen, um doch zu demonstrieren! Leider erwiesen sich die Verantwortlichen des ASF als reichlich feige und zogen ihre Beteiligung zurück. Dennoch trafen sich 400 bis 500 Menschen wie geplant um 11.00 Uhr am Grünbergpark und begannen die Demonstration. Aufforderungen der Polizei nach Auflösung des Zuges wurden nicht befolgt. Durch die ganze Innenstadt zogen die Frauen, obwohl sich ihnen immer wieder die Polizisten in den Weg stellten. Auf den Gehwegen und auf der Straße wichen die Demonstrantinnen ihnen immer wieder aus. Die vielen Passanten auf der Zeil waren entsetzt über das massive Polizeiaufgebot und die Behinderung des Zuges. Eine Teilnehmerin berichtete uns, daß sie 20 Mannschaftswagen und zwei Wasserwerfer ge-



Polizeiaufgebot gegen die Hamburger Frauendemonstration



VOLKSFRONT-Frauen bei der Hamburger Demonstration

Vor 110 Jahren wurde Rosa Luxemburg geboren

Am 5. März wäre Rosa Luxemburg 110 Jahre alt geworden. Wir ehren in ihr die Vertreterin des revolutionären Flügels der deutschen Sozialdemokratie, die Mitbegründerin der Kommunistischen Partei Deutschlands. Wir ehren das Andenken der Genossin, die am 15. Januar 1919 von konterrevolutionären Truppen ermordet wurde, die von der SPD-Führung in den Kampf gegen das aufständische deutsche Proletariat geschickt wurden.

Leninisten. So, wie sie nicht gezögert hat, die bolschewistische Revolution zu begrüßen.



Lebendig geblieben ist das Andenken Rosa Luxemburgs auch in der internationalen Frauenbewegung.

Und lebendig bleibt heute noch, was Bert Brecht ausdrückte in seiner

Grabinschrift für Rosa Luxemburg

Hier liegt begraben Rosa Luxemburg Eine Jüdin aus Polen Getötet im Auftrag Deutscher Unterdrücker. Unterdrückte Begrabt eure Zwietracht!

Botschaft der Demokratischen Frauenunion Japans aus Anlaß des 71. Internationalen Frauentags

Anfang März erreichte uns der folgende Brief der Demokratischen Frauenunion Japans, den diese Massenorganisation an revolutionäre und fortschrittliche Frauen und ihre Organisationen in aller Welt gerichtet hat. Er ist ein Zeichen für den internationalistischen Charakter des Frauentages. Auch wir bekunden am 8. März unsere unzerstörbare Solidarität mit den um ihre Rechte kämpfenden Frauen in der ganzen Welt. Dieser Kampf ist Bestandteil des internationalen Klassenkampfes.

An alle Frauen der Welt, die gegen die Diskriminierung und Unterdrückung der Frauen und gegen die Kriegsvorbereitungen der imperialistischen Bourgeoisie kämpfen.

Wir, die japanischen Frauen, begrüßen den 71. Internationalen Frauentag im Zeichen des anwachsenden Kampfes für die Verbesserung der Stellung der Frau, gegen den imperialistischen Krieg.

Aus Anlaß des 71. Internationalen Frauentages übermittelt Euch die Demokratische Frauenunion Japans die Botschaft ihrer flammenden Grüße. Wir sind fest entschlossen, uns mit Eurem Kampf zu solidarisieren und zu vereinen, um unseren Kampf auf ein höheres Niveau zu heben.

Während der japanische Imperialismus mit seinen Kriegsvorbereitungen fortfährt, verstärkt er die umfassende Ausbeutung und Ausplünderung, Diskriminierung und Unterdrückung des japanischen Volkes, besonders der Frauen, und er eskaliert auch die Ausbeutung und Unterdrückung von Völkern und Nationen in anderen Ländern.

Die breiten Massen der japanischen Frauen, mit den werktätigen Frauen an der Spitze, erheben sich in allen Teilen des Landes in verschiedenen frontalen Aktionen, um alle Kriegspläne des japanischen Imperialismus zu vereiteln. Mit diesem Kampf, der sich ständig ausweitert, leisten die Frauen einen bedeutenden Beitrag zur Entwicklung des Antikriegskampfes und der anderen Kämpfe des japanischen Volkes an allen Fronten und auf allen Gebieten, die den japanischen Imperialismus in die Enge treiben.

Wir haben aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges gelernt. Deshalb wissen wir sehr genau, daß der Krieg die Stellung der Frau auf das niedrigste Niveau drückt, daß er das Leben unseres Volkes bedroht und unsere Familie zerstört.

Die Bemühungen zur Verbesserung der Stellung der Frau sind untrennbar verbunden mit dem Kampf zur Verhinderung des Krieges. Unter den heutigen Bedingungen steht das als aktuelle Aufgabe vor uns — die Aufgabe, eine Welt ohne Krieg, Ausbeutung und Elend zu schaffen.

Die demokratische Frauenunion Japans ist entschlossen, die breiten Massen der japanischen Frauen bei der Verstärkung des Kampfes gegen die Kriegsvorbereitung des Imperialismus und der Bourgeoisie zu führen. Sie ist ebenso entschlossen, sich an den gemeinsamen Aktionen der Frauen der Welt gegen die gemeinsamen Feinde zu beteiligen und sie voranzubringen. Das halten wir für die angemessene Art, den 71. Internationalen Frauentag zu feiern.

März 1981

Zentralrat der Demokratischen Frauenunion Japans

26. Parteitag der KPdSU

Breschnews Verhandlungsvorschläge stoßen in Bonn auf Ablehnung

MOSKAU. — Der 26. Kongreß der sowjetischen Partei stand im Zeichen einer Verschärfung der wirtschaftlichen Krise in der Sowjetunion, eines anwachsenden amerikanischen Drucks auf die russische Supermacht und einer nicht zu verschleiern Zerrissenheit des revisionistischen Lagers.

Für die wirtschaftliche Situation der Sowjetunion bezeichnend war die von Breschnew selbst vorgetragene Anregung, das zwanzig Jahre alte Parteiprogramm zu revidieren. In diesem Programm hatten seinerzeit die Chruschtschow-Leute ihren „Gulasch-Kommunismus“ verankert und den sowjetischen Massen das Paradies auf Erden versprochen. So war etwa für den Beginn der achtziger Jahre vorausgesagt worden, daß dann die Sowjetunion den höchsten Lebensstandard auf der Welt haben würde. Man kann sich kaum einen krasser Widerspruch denken als den zwischen diesen Versprechungen und der tatsächlichen sowjetischen Wirklichkeit.

Mit der Änderung des Programms müssen die Moskauer Führer den Bankrott des Revisionismus in der Sowjetunion eingestehen. Und Breschnew war überdies auch gezwungen, in seinem Rechenschaftsbericht einige konkrete Gesichtspunkte der ersten kapitalistischen Krise in der Sowjetunion anzusprechen. So gestand er etwa ein, daß „noch immer Schwierigkeiten in der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln“ bestünden oder daß „Jahr für Jahr die Pläne für die Herstellung vieler Konsumgüter un erfüllt bleiben.“

Die Ursachen solcher Krisenerscheinungen sah der Parteichef natürlich nicht in der Wiederherstellung des Kapitalismus in der Sowjetunion. Vielmehr wurden — wie das in den revisionistischen Ländern so üblich ist — die Massen dafür verantwortlich gemacht: ihre Arbeitsunlust, ihre mangelnde Initiative oder auch ihre Trunksucht, die „ein ernstes Problem bleibt“ (Breschnew). Und so hatte denn der Parteitag auch keine Lösungen anzubieten, als vage Versprechungen, daß es jetzt bald aufwärts gehen wird.

Auch außenpolitisch stehen die Kremlführer gegenwärtig vor großen Problemen. In einem Teil ihres Herrschaftsbereiches sind ihre Machtpositionen ernsthaft erschüttert. Babrak Karmal, der afghanische Statthalter Moskaus, sprach auf dem Parteitag darüber, daß in seinem Land immer noch gekämpft würde (eine Tatsache, die man früher gerne verschwiegen hatte). Ein deutlicher Hinweis darauf, daß es dem sowjetischen Sozialimperialismus bisher nicht gelungen ist, den Widerstand der afghanischen Patrioten zu brechen und das Land in ihrem Sinne zu befrieden.

In bezug auf Polen wurde deutlich, daß die Kremlherren der polnischen revisionistischen Führung mit größtem Mißtrauen gegenüberstehen. Keiner der sowjetischen Parteibosse gebrauchte mehr die Formel, nach der die polnische Partei mit den Problemen in ihrem Land selbst fertig werden könne. Stattdessen stellte Breschnew deutlich die sowjetische Bereitschaft zur brüderlichen Hilfe im Kampf gegen die „polnische Konterrevolution“ heraus. Was nichts anderes heißt, als daß sich

Moskau nach wie vor vorbehalt, in Polen militärisch zu intervenieren, um seine Kontrolle über dieses Land zu sichern.

Auch die Widersprüche zwischen dem Kreml und dem Eurorevisionismus haben sich deutlich vertieft. Zum ersten Mal in der Geschichte war der Generalsekretär der KPI nicht zu einem Parteitag nach Moskau gereist. Auch der Boß der spanischen revisionistischen Partei blieb zu Hause. Und nicht einmal Georges Marchais, der Führer der KPF, war erschienen. Dem Leiter der italienischen Delegation, Pajetta, wurde Redeverbot im Kongreßsaal erteilt. Auch die spanische Delegation — die wegen des Putsches in Madrid vorzeitig abgereist war — hätte nicht vor dem Parteitag reden dürfen. Der Grund in beiden Fällen: Die Reden enthielten Kritik an der sowjetischen Politik gegenüber Afghanistan und Polen.

Während die Parteitagsredner zum Teil heftig auf die „polnischen Konterrevolutionäre“, die Eurorevisionisten und auch die Pekinger Führer einschlugen, wurden die neuen Herren in Washington auffällig schonend behandelt. Den Namen Reagans, der ihn immerhin einen Lügner, Betrüger und Verbrecher genannt hatte, erwähnte

die Vorbereitung zur Stationierung weiterer Systeme in diesem Bereich verzichten, wenn in Westeuropa keine Raketen vom Typ Pershing 2 und Cruise Missiles stationiert würden. (Nach dem NATO-Beschluß von 1979 sollen ab 1983 insgesamt 572 dieser Atomwaffen unter amerikanischer Kontrolle in Westeuropa stationiert werden.)

Breschnews Vorschlag löste in Bonn zunächst unterschiedliche Reaktionen aus. Kanzler Schmidt sagte eine „sorgfältige Prüfung“ zu. Vor dem Parteivorstand der SPD verwies er überdies darauf, daß Breschnew mit seinem Vorstoß eine Anregung von ihm, Schmidt, aufgegriffen hätte. Außenminister Genscher dagegen lehnte das Moratorium sofort kategorisch ab. In einer Sitzung des Bundeskabinetts am vorletzten Mittwoch setzte sich diese Haltung dann voll durch. Auch Schmidt brachte die Ablehnung des Moratoriums offenbar keinen Widerstand entgegen. Denn nach einem Bericht des „Spiegels“ hat sich einzig Justizminister Schmude noch für eine Prüfung der Breschnewschen Vorschläge ausgesprochen.

In einer offiziellen Erklärung der Bundesregierung wurde dann dem Moratorium eine deutliche Absage erteilt, weil es die Überlegenheit der Sowjetunion auf dem Gebiet der Mittelstreckenraketen zementieren würde. Moskau hätte jetzt, so hieß es in der Erklärung, bereits 200 SS-20-Raketen stationiert und verfüge

dürften vor allem darin liegen, daß Moskau angesichts der zahlreichen Probleme in seinem Herrschaftsbereich und angesichts des massiven Drucks der Reagan-Leute Zeit gewinnen möchte. Daß dann „Abrüstungsverhandlungen“, wie sie Breschnew jetzt vorgeschlagen hat, nicht auch zu wirklicher Abrüstung führen, haben die beiden SALT-Runden hinreichend bewiesen, in deren Verlauf beide Supermächte stärker aufgerüstet haben als je zuvor.

Zum anderen hat Breschnew vor allem mit seinem Moratorium auch ein politisches Manöver unternommen, um die Widersprüche zwischen der amerikanischen Supermacht und den europäischen „Partnern“ weiter zu vertiefen. Der oben erwähnte NATO-Beschluß war ja den zum Teil stark widerstrebenden Regierungsparteien in den europäischen NATO-Ländern als „Doppelbeschluß“ verkauft worden. Das heißt: Mit der Zustimmung zur Stationierung der 572 amerikanischen Mittelstreckenraketen war ein Angebot an die Sowjetunion zu Verhandlungen über die eurostrategischen Waffen verbunden; die Stationierung sollte auch nur erfolgen, wenn die Verhandlungen scheitern würden. Besonders die Bundesregierung hatte immer wieder auf den zweiten Teil des „Doppelbeschlusses“ — also die Bereitschaft zur Verhandlungen — verwiesen, wenn es galt, den starken Widerstand innerhalb der SPD gegen den Raketenbeschluß zu dämpfen.



Truppeneinmarsch im Parteitagssaal

Breschnew in seiner mehrstündigen Rede nicht ein einziges Mal. Stattdessen machte er einen Vorstoß für Ost-West-Verhandlungen auf verschiedenen Ebenen. So bekundete Breschnew seine Bereitschaft zu einem baldigen Treffen mit Reagan. Weiter machte er den Vorschlag für eine Konferenz der Staatsebene aller im UN-Sicherheitsrat vertretenen Länder.

Besonders brisant war der Vorschlag, neue „Abrüstungsverhandlungen“ zu beginnen und gleichzeitig mit dem Beginn dieser Verhandlungen ein Moratorium zwischen NATO und Warschauer Pakt in Kraft treten zu lassen, nach dem der jetzt erreichte Stand bei der Bewaffnung mit Mittelstreckenraketen eingefroren werden soll. Demnach würde die Sowjetunion auf

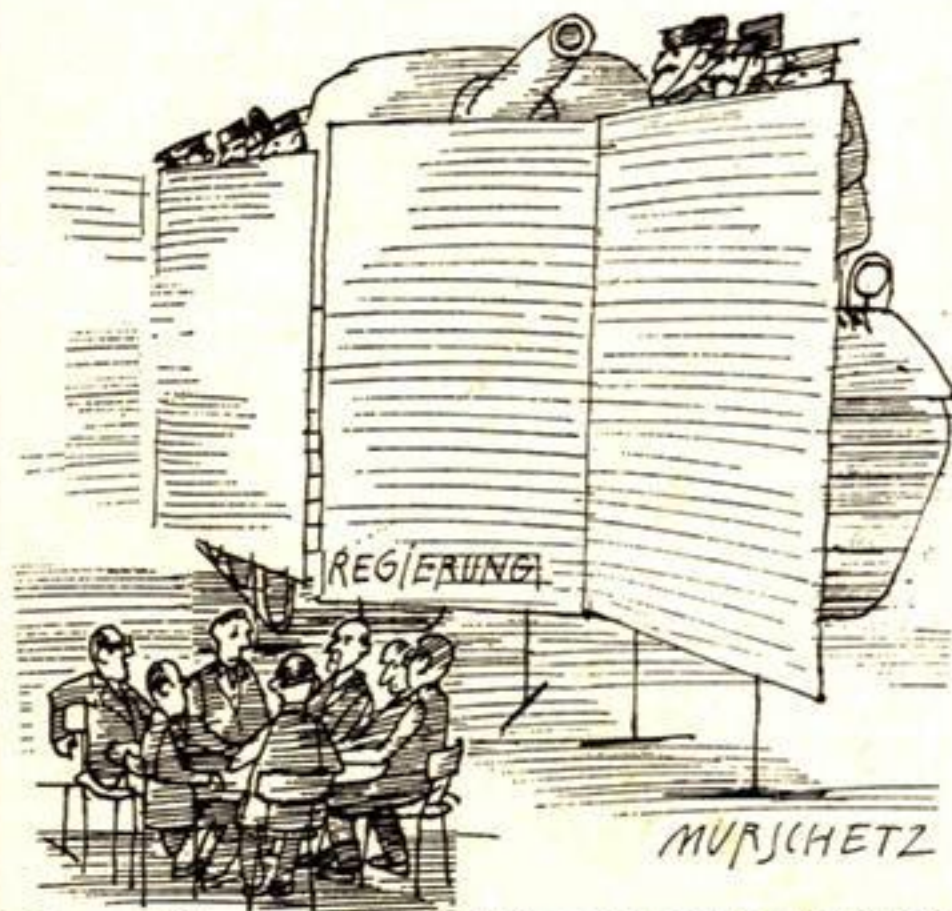
insgesamt über 1050 eurostrategische nukleare Gefechtsköpfe. „Ihnen steht in Westeuropa kein Gegengewicht der NATO gegenüber.“

Dieser Vergleich ist allerdings äußerst fragwürdig. Denn zum einen stammen die Angaben über die sowjetische Stärke bei Mittelstreckenraketen aus dubiosen Geheimdienstberichten. Und zum anderen gibt es tatsächlich ein beträchtliches „Gegengewicht“ auf Seiten der NATO. Sogar das reaktionäre Londoner „Institut für strategische Studien“ rechnete für Westeuropa insgesamt 960 Waffensysteme im Mittelstreckenbereich aus.

Breschnew hat das Moratorium nicht aus Friedensliebe ins Gespräch gebracht. Die Ursachen für seine Verhandlungsvorschläge insgesamt

Jetzt bietet also Breschnew die Verhandlungen an, und die Bundesregierung lehnt ab. Der angebliche Doppelcharakter der Beschlusses entlarvt sich als reine Farce. Es ging den amerikanischen Imperialisten, die diesen Beschluß durchgesetzt haben, niemals um die Herstellung eines angeblich gestörten Gleichgewichts bei den Mittelstreckenraketen in Europa. Es ging ihnen ausschließlich darum, ihre neuen Atomwaffen in Westeuropa zu stationieren, um von hier aus dem Atomkrieg gegen die andere Supermacht führen zu können.

So hat die Reaktion der Bundesregierung auf Breschnews Vorschlag wieder einmal gezeigt, daß Bonn auch weiterhin ohne jede Kursabweichung im Fahrwasser Washingtons schwimmen will.



Die spanische Wand — das Militär wartet auf die nächste Gelegenheit

Kritische Lage in Spanien

Putschisten werden als Helden gefeiert

MADRID. — Während in Spanien immer neue Einzelheiten über die Verwicklung hoher Militärs in den gescheiterten Putsch ans Tageslicht kommen, ist eine vom König Juan Carlos persönlich angeführte Kampagne zur Verharmlosung und Rechtfertigung des Staatsstreichs angelaufen. Die Putschisten werden indessen in den Kasernen als Helden gefeiert.

Wie schon im letzten „Roten Morgen“ berichtet, war General Armada, stellvertretender Stabschef des Heeres und Vertrauter des Königs, der militärische Kopf des Staatsstreichs. Er sollte nach dem Gelingen des Putsches an die Spitze einer Militärjunta treten. Eingeweiht in die Verschwörung waren nach den letzten Erkenntnissen nicht nur die beiden militärischen Geheimdienste „Sibe“ und „Cesid“, sondern auch nahezu alle Militärgouverneure in den spanischen Provinzen.

Dennoch sind bislang nur vier Generäle verhaftet worden. Sie wurden jedoch nicht etwa in Gefängnisse gebracht, sondern in verschiedenen Kasernen unter Arrest gestellt. General Armada etwa hält sich gegenwärtig in der Luftwaffenbasis Getafe auf. Bezeichnend für die Haltung der Armee zu den gescheiterten Putschisten ist die Tatsache, daß die verantwortlichen Offiziere in Getafe dem General einen großen Empfang mit allen militärischen Ehren bereiten wollten. Armada erfreut sich genauso wie die anderen unter Arrest gestellten Generäle jeder Aufmerksamkeit. Er kann unter anderem alle Personen seiner Wahl (auch Mitverschwörer) empfangen und ungestört mit ihnen reden. Über die Umgebung der verhafteten Generäle berichtet die „Süddeutsche Zeitung“: „Um sie herum breitet sich eine Atmosphäre der Bewunderung aus.“

Den Anstoß dafür hat König Juan Carlos, der angebliche Retter der Demokratie, selbst gegeben. Er bezeichnete den Putsch in den letzten Tagen wiederholt als eine „unüberlegte Aktion“ von Leuten, die aus ehrenvollen Motiven gehandelt hätten, im Glauben nämlich, durch ihre Tat das Vaterland zu retten. „Eine offene und harte Reaktion der politischen Kräfte gegen die an der Subversion Beteiligten wäre“, so der König, „wenig ratsam“. Der Aufforderung von Juan Carlos, Kritik an den Putschisten zu unterlassen, ist inzwischen fast die gesamte bürgerliche Presse nachgekommen. Einige Zeitungen bringen jetzt sogar Selbstbe-

richtigungen: Sie hätten in den letzten Monaten mit ihrer Polemik gegen die bewaffneten Organe den Bogen überspannt — beispielsweise durch die Berichte über Folter in den Polizeikasernen — und dadurch das Militär gereizt.

In dieser Situation feiern die offen faschistischen Organisationen wie die „Fuerza Nueva“ die Putschisten in öffentlichen Massenveranstaltungen als Helden. Auch die in den Kasernen von Militär und Polizei am meisten gelesene Zeitung, der faschistische „Alcazar“, bringt Tag für Tag Artikel zum Ruhme der Verschwörer.

Kennzeichnend für die gegenwärtige Lage in Spanien sind die beiden folgenden Entscheidungen der neuen Regierung unter dem reaktionären Politiker Calvo Sotelo: Unmittelbar nach dem Putsch verkündete der Regierungschef, es werde keine Säuberungen in der Armee geben. In der vergangenen Woche beschloß die Regierung, die nach Francos Tod erlassene Amnestie nicht auf die noch unter Franco verhafteten Offiziere der „Demokratischen Militärunion“ (UMD) auszudehnen. In der UMD versammelten sich unter der faschistischen Diktatur illegal antifaschistische Militärs. Es ist inzwischen längst kein Geheimnis mehr, daß der Putsch von Armada auf militärischer Ebene gerade am Widerstand ehemaliger Mitglieder der UMD gescheitert ist, die offenbar auch das Ausrücken der für das Gelingen des Putsches entscheidenden Panzerdivision Brunete verhindert haben.

Jetzt wird also die von Franco verfügte Einkerkung von antifaschistischen Offizieren durch die Regierung bestätigt, während die Putschisten gefeiert werden und in aller Ruhe neue Putschpläne aushecken können. Deutlicher kann man die Weichen nicht stellen. Und wen sollte es da noch wundern, daß in der vergangenen Woche schon wieder ein hoher faschistischer Offizier, der Guardia-Civil-General Prieto, öffentlich mit einem Putsch drohte?

Schluß mit der Türkei-Hilfe

Türkei — ein Chile vor unserer Haustür

In der Türkei sind seit dem Putsch vom vergangenen September Ruhe und Ordnung wieder eingekehrt. So jedenfalls kann man es bei uns in den Zeitungen lesen. Die Militärjunta hat große Erfolge bei der Bekämpfung des Terrorismus errungen. Das stellte vor wenigen Wochen Bundeskanzler Schmidt in einem Interview fest.

Die Militärs in Ankara werden sich gerade über dieses Lob besonders gefreut haben. Und es wird sie ermutigen, die „Bekämpfung des Terrorismus“ noch unnachgiebiger zu betreiben. Beispielsweise so: Im Dezember versucht eine Gruppe von Kurden vor den Mordkommandos der Junta ins benachbarte Syrien zu fliehen. Soldaten stellen die Kurden an der Grenze. Sieben der Flüchtlinge werden einfach abgeknallt. Einigen gelingt es dennoch zu entkommen.

Darunter auch die Kurdin Necia Baksi mit ihrem kleinen Kind. Sie findet bei einem Bauern auf der syrischen Seite der Grenze Unterschlupf. Wenig später gewährt ihr die schwedische Regierung Asyl; Mutter und Kind können ausreisen, sind gerettet. Die Rache der Junta aber ist furchtbar. Der Bauernhof, in dem die beiden Flüchtlinge aufgenommen wurden, wird von türkischer Seite aus mit Artillerie beschossen und in Schutt und Asche gelegt. Alle Menschen in dem Haus sterben, darunter acht Kinder. Terroristenbekämpfung nach Art der Junta!

Die schwedischen Massenmedien berichten ausführlich über dieses grauenvolle Massaker. Im übrigen Westeuropa wird es verschwiegen — wie so vieles von dem, was gegenwärtig in der Türkei vor sich geht. In der Bundesrepublik ist es allein der fortschrittliche Publizist Jürgen Roth, der in einem Artikel in der „Frankfurter Rundschau“ über das Blutbad an der syrischen Grenze berichtet. Das allgemeine Schweigen hierzulande ist nur zu verständlich. Die Menschen in der Bundesrepublik sollen nicht erfahren, was das denn wirklich für Taten sind, denen der Kanzler das höchste Lob zollt.

US-Militärbasis Türkei

Und es ist ja nicht Schmidt allein, der so offen seine Befriedigung über das Wüten der türkischen Junta zum Ausdruck bringt. Anerkennung und Unterstützung finden die Generäle von Ankara bei den Spitzen aller NATO-Staaten. An erster Stelle stehen dabei — wie könnte es auch anders sein — die neuen Leute in Washington. General Haig zum Beispiel konnte nicht einmal auf seinen offiziellen Amtsantritt warten, als er seinen NATO-Kumpanen in Ankara vor einigen Monaten eine drastische Erhöhung der Militärhilfe in Aussicht stellte. Und der einflussreiche Senator Tower, der jüngst erst von Reagan zur Wehrkundetagung nach München geschickt wurde, brachte die herzlichen Beziehungen zur Junta auf die Formel: „Das Verhältnis zwischen den USA und der Türkei ist nun verständnisvoller als in der Vergangenheit.“

In Washington Reagan und seine Ultrareaktionäre im Amt, in Ankara eine blutige faschisti-

sche Junta an der Macht — das ist wahrlich eine gute Grundlage für freundschaftliche und verständnisvolle Beziehungen. In der Vergangenheit hatte es da tatsächlich einige Probleme gegeben. Unter dem Druck einer mächtigen Volksbewegung konnten sich die wechselnden Regierungen in diesem NATO-Land nicht dazu entschließen, auch noch die letzten Reste einer türkischen Souveränität an die amerikanische Supermacht zu verschleudern.

Da mußten eben die NATO-Bosse etwas nachhelfen und dafür sorgen, daß in der Türkei ein Regime in den Sattel gehoben wurde, das mehr „Verständnis“ für die amerikanischen Interessen aufbrachte und das imstande war, mit der demokratischen und revolutionären Volksbewegung radikal aufzuräumen. Wie eifertig die Junta die Forderungen des amerikanischen Imperialismus erfüllt, zeigte sich am 1. Februar bei der Unterzeichnung des Abkommens über die amerikanischen Stützpunkte in der Türkei, um das zuvor jahrelang zwischen Washington und Ankara gefeilscht worden war.



Einheiten der türkischen Armee in Kurdistan

Nach dem neuen Abkommen haben die USA jetzt nicht nur die uneingeschränkte Souveränität über ihre Stützpunkte auf türkischem Boden. Sie haben auch völlig freie Hand bei der Stationierung von Atomwaffen und die Junta hat den amerikanischen Truppen einen Freibrief für eine militärische Intervention in der Türkei selbst ausgestellt — für den Fall von „Bürgerkriegssituationen“. Weiter enthält das Abkommen eine Klausel über die militärische Zusammenarbeit auch über den Rahmen der NATO hinaus.

Damit sind die amerikanischen Imperialisten faktisch die Herren des Landes. Sie haben durch den von ihnen geförderten Putsch aus der Türkei einen gigantischen Militärstützpunkt gemacht, in dem sie nach Belieben schalten und walten können. Von diesem Stützpunkt aus können sie die „Befriedung“ des Nahen und Mittleren Ostens vorantreiben, das heißt ihren Feldzug zur Niederschlagung aller Kräfte in dieser Region, die sich dem Diktat der amerikanischen Supermacht nicht beugen wollen. Schon Carter hatte seinen Luftangriff auf den Iran von der auf türkischem Gebiet liegenden Basis Incirlik aus gestartet.

Für die von Reagan geplanten Aggressionen gegen die Völker des Mittleren Ostens wird sicher die Klausel über militärische Zusammenarbeit eine be-

sondere Rolle spielen. Denn sie besagt letztlich, daß die Junta der amerikanischen Supermacht nicht nur das Territorium der Türkei, sondern auch die türkische Armee als Instrument für solche Aggressionen zur Verfügung gestellt hat.

Arbeitsteilung

Für die amerikanischen Imperialisten ist die Türkei heute in erster Linie eine Bastion für ihre umfassenden Kriegsvorbereitungen im Nahen und Mittleren Osten. Eine solche Bastion aber muß auch ausgerüstet werden. Und das kostet Geld. Aber man hat ja noch die NATO. So wurde denn innerhalb des westlichen Militärblocks noch unter Carter eine sogenannte Arbeitsteilung erfunden, in deren Rahmen die Bundesrepublik die Rolle eines Geldgebers und Ausrüsters des türkischen Regimes übernehmen sollte. Die Bonner Regierung hat diese Rolle mit Freuden angenommen und spielt sie bis heute zur vollen Zufriedenheit der amerikanischen Kriegstreiber.

Zwei Monate nach dem Militärputsch wurde in Ankara ein



Solidaritätsdemonstration für den von der Junta ermordeten Genossen Erdal Eren

Wirtschaftshilfe

Darüber hinaus steht Bonn auch in vorderster Front bei der Organisation der Wirtschaftshilfe für die Türkei. Im letzten Jahr war es Finanzminister Matthöfer persönlich, der als Koordinator auftrat und insgesamt 1,116 Milliarden Dollar in verschiedenen Ländern zusammenkratzte, wobei die USA und die BRD je 300 Millionen Dollar zahlten. Nun könnte man ja meinen, daß im Gegensatz zu der Militärhilfe für die Faschisten wenigstens die wirtschaftliche Hilfe eine gute Sache wäre, geeignet, der schwer von der

setzen konnten. Sie scheiterten am Widerstand der Werktätigen.

Aber jetzt haben die „Helfer“ ja die Junta. Und die regelt das Problem auf ihre Weise. Sie hat neben den demokratischen politischen Organisationen auch die Gewerkschaften verboten. Aktive Gewerkschafter werden seit dem Putsch im ganzen Land gejagt, ins Gefängnis geworfen und gefoltert. Im Dezember erklärte die Junta selbst, daß gegenwärtig Verfahren gegen 2000 Mitglieder der fortschrittlichen Gewerkschaft DISK (mit 0,7 Millionen Mitgliedern der zweitstärkste Verband) eingeleitet würden.

Das Streikrecht ist vollständig beseitigt worden, ebenso das Recht für die Werktätigen, Kollektivverträge abzuschließen. In den Betrieben herrscht die uneingeschränkte Willkür der in- und ausländischen Konzernherren. Die Junta-Soldaten haben die Betriebe besetzt, und die Arbeiter müssen unter ihren Bajonetten schuften und wann immer sie wollen, unbezahlte Überstunden machen.

So ist die faschistische Türkei auch zu einem Profitparadies der westdeutschen Investoren wie Siemens, AEG, Mannesmann, Daimler oder Bayer geworden. Sie schlagen klingende Münzen aus der brutalen Knebelung der Arbeiterklasse — genauso wie die Bosse der Rüstungsindustrie in der BRD, die an den Waffenlieferungen für die Junta Millionen verdienen.

Hunger, Folter, Terror

Die wirtschaftliche Lage der Werktätigen in der Türkei hat sich seit dem faschistischen Putsch dramatisch verschlechtert. Die Inflationsrate liegt gegenwärtig bei etwa 100 Prozent; zum Jahreswechsel wurde schlagartig der Brotpreis um 11,8 Prozent, der Preis für Medikamente um 35 Prozent erhöht. Die Arbeitslosigkeit liegt heute schon bei 35 Prozent. Die von den imperialistischen Ländern geforderte und von der Junta inzwischen beschlossene Einstellung nahezu aller staatlichen Investitionen wird diese

Rate noch weiter in die Höhe treiben. (Dagegen wurde der diesjährige Militärhaushalt gegenüber 1980 um sage und schreibe 65 Prozent erhöht.) Unter solchen Bedingungen ist es nicht verwunderlich, daß jetzt schon aus den östlichen Regionen der Türkei Hungersnöte gemeldet werden.

Und das alles — Hunger, Folter und gnadenloser Terror gegen das Volk — ist ein Werk nicht nur der faschistischen Generäle, sondern auch ihrer Hintermänner in Washington oder Bonn. Wie sagte doch der „Türkei-Helfer“ Nr. 1, SPD-Ministerpräsident Matthöfer, im September auf die ersten Nachrichten vom Militärputsch? Das wäre ein ganz „heilsamer Schock“ für die türkische Demokratie. Und Paul Henze, Türkei-Sachbearbeiter im Nationalen Sicherheitsrat der USA (bezeichnenderweise der ehemalige CIA-Stationschef in Ankara) wurde noch etwas deutlicher: „Diese Türkei ist ein Modell für die Länder der dritten Welt besonders im Mittleren und Nahen Osten. Sie wird, wie Chile, zu einem Hort der Stabilität.“

Die demokratischen und antifaschistischen Kräfte in der Bundesrepublik dürfen dieses Chile vor unserer Haustür nicht hinnehmen. Unsere Klassenbrüder in der Türkei, die zu Zehntausenden eingekerkert, die gejagt und zu Tode geschunden werden, führen einen schweren Kampf, bei dem sie unsere solidarische Hilfe brauchen. Die Aktionen gegen das von den Bluthunden in Ankara vollstreckte Todesurteil an dem Genossen Erdal Eren, die Hungerstreik-Kampagne und die zahlreichen Demonstrationen der letzten Monate waren schon ein ermutigendes Zeichen dieser Solidarität. Angesichts der gegen alle Widerstände vorangetriebenen Unterstützung der türkischen Faschisten durch die Bonner Regierung muß auch die Demonstration am Samstag in Frankfurt zu einem neuen Höhepunkt der aktiven Solidarität mit den Werktätigen der Türkei werden.

**Weg mit der Türkei-Hilfe!
Nieder mit der faschistischen Junta!**

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
21.30-22.00	7310 5960 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5960 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



Dieser Katalog macht schon den wirklichen Charakter der Wirtschaftshilfe deutlich. Zum einen soll das Land unter die unbeschränkte Kontrolle des ausländischen Kapitals gebracht werden. Und zum anderen wollen Matthöfer und die anderen Helfer die türkischen Finanzen sanieren, indem den Werktätigen schier unglaubliche Lasten aufgebürdet werden. So ist es auch kein Wunder, daß weder die Regierung Ecevit, noch die Regierung Demirel dieses von den imperialistischen Mächten diktierte Programm voll durch-

Abkommen unterzeichnet, in dem die Bundesregierung der faschistischen Junta neben der regelmäßig im Rahmen der NATO geleisteten Militärhilfe noch eine militärische Sonderhilfe in Höhe von 600 Millionen Mark gewährt. Finanzminister Matthöfer, der noch vor wenigen Jahren die chilenische Junta als „Mörderbande“ bezeichnet hatte, fand nun nichts dabei, einige soziale Ausgabenposten in seinem Haushalt zusammenzustreichen, um die Waffenlieferungen an die türkische Mörderbande zu finanzieren.

Diese Hilfe für die Faschisten in Ankara hat zwei Gesichtspunkte. Zum einen dient sie der verstärkten Aufrüstung der türkischen Armee, um aus ihr ein brauchbares Werkzeug für eine amerikanische Aggression im Mittleren Osten zu machen. Zum anderen aber soll sie auch die Kampfkraft dieser Armee für den Bürgerkrieg erhöhen. Es sei hier daran erinnert, daß Bonn immer schon einer der wichtigsten Ausrüster der türkischen Militärs gewesen ist. So summiert sich etwa die Militärhilfe seit 1964 auf inzwischen 1,8 Milliarden Mark. Es sind deutsche Panzer gewesen, die schon vor dem Putsch die großen Arbeiterstreiks in Izmir niederwalzten. Und auch der Ausbau der Folterpolizei wurde und wird zum Teil aus dem Bonner Staatshaushalt finanziert.

Freiburg:

Brutale Polizeieinsätze gegen Hausbesetzer

Es hätte auch Tote geben können!

„Jetzt wird rigoros vorgegangen!“ — mit diesen Worten leitete der baden-württembergische Innenminister Lothar Späth einen neuen Höhepunkt polizeilicher Brutalität im Kampf gegen die Hausbesetzer und die mit ihnen Sympathisierenden ein.

In Freiburg übernahm der Staatssekretär im Innenministerium, Robert Ruder, die Leitung der Polizeiaktionen. Ihm war die örtliche Polizeiführung zu lasch.

Polizeihundertschaften besetzten den Schwarzwaldhof, ein seit langem besetztes Gebäude, ein bekanntes Spekulationsobjekt. Begründet wurde die Aktion mit Gewalttätigkeiten in der Freiburger Innenstadt. Man gab erst vor, den Schwarzwaldhof nach daran beteiligten Demonstranten durchsuchen zu wollen, trieb dann aber alle Bewohner auf die Straße. 98 Menschen wurden festgenommen. Jetzt ist das Gebäude immer noch besetzt — allerdings von der Polizei. Es wird von Beamten mit Maschinenpistolen bewacht. Zu ihnen gehören Mitglieder der berüchtigten Göppinger Spezialeinsatzkommandos, speziell ausgebildete Nahkämpfer und Scharfschützen.

Zu Protestaktionen gegen

diese Polizeiaktionen kam es unter anderem in Westberlin. Dabei nahm die Polizei sieben Menschen fest.

Ein Demonstrant berichtet

„Am Abend des 6. März formierte sich in Freiburg ein Demonstrationzug von 12000 Menschen. Ein riesiges Polizeiaufgebot stand bereit. Die Polizisten versuchten, sich an die Spitze des Zuges zu setzen und ihn zu dirigieren. Sie waren völlig verwirrt, als sich die Demonstranten zu vier kleineren Zügen formierten und auf vier verschiedenen Wegen durch die Stadt zogen. Auf der Schwabentorbrücke gab es eine Kundgebung.“

Danach zogen etwa 8000 Menschen zurück in die Stadt. Vor dem Landgericht erfolgte der erste brutale Polizeiberberber, bei dem auch Wasserwerfer eingesetzt wurden. Besonders mörderisch war das Vorgehen des Göppinger Spezialeinsatzkommandos. Diese Polizisten haben keine Schilde, wie die anderen bei ihren gewalttätigen Überfällen. Sie haben nur einen Helm auf und einen 1,50 Meter langen Knüttel und schlagen total ohne Hemmungen auf alle Leute, die ihnen in den Weg kommen.

Enthemmte Polizeischläger

An diesem Abend wurden sehr viele Demonstranten verletzt. Jetzt liegen immer noch 22 Schwerverletzte in der Uni-Klinik. Einer davon hat einen Wir-



Mit Maschinenpistolen sichern Sonderkommandos der Polizei den von ihnen besetzten „Schwarzwaldhof“.

belbruch.

Bei einer Kundgebung am Bertholds-Brunnen stürmten die Polizisten wieder vor und schlugen gnadenlos um sich. Danach gingen die ersten Schei-

ben zu Bruch. 20 Menschen wurden festgenommen. Ein weiterer Überfall ereignete sich in der Wallstraße, wo sich die Demonstration dann auflöste. Die Polizisten verfolgten einzelne Menschen in wilder Jagd, wen sie erwischten, wurde gnadenlos zusammengeschlagen.

Nachts zogen dann wieder einige Jugendliche in die Innenstadt und warfen Scheiben ein, sie wurden natürlich auch schwer verprügelt. Am 7. März demonstrierten wieder etwa 7000 Menschen durch die Stadt. An diesem Tag fand auch eine Demonstration zum Internatio-

nen angegeben. Man „interviewt“ drei Freiburger, die eine üble Hetze gegen die Demonstranten loslassen, darunter Sprüche wie: „Die sollten lieber arbeiten, dann könnten sie sich auch anständige Wohnungen leisten“. Diese Äußerungen bleiben unkommentiert, obwohl die Fernsehleute genau wissen, wie schwachsinnig sie sind. Es handelt sich hier offensichtlich um staatlich angeordnete Hetze. Die Herrschenden haben Angst vor der Entschlossenheit der Jugendlichen. Deshalb versuchen sie, einen Keil zwischen sie und der Bevöl-



Sonntag, 15. März, 21.05 Uhr, ARD

Zeugen. Karl Fruchtmann, Autor dieser Sendung und Überlebender des Holocausts, versucht in seinem zweiteiligen Film, das faschistische Programm der Judenvernichtung vor allem durch Zeugenaussagen von ehemaligen Häftlingen der Konzentrationslager sichtbar zu machen. Fruchtmann sagt zu seinem Film: „Ich möchte den Zuschauer die Einlieferung in eine faschistische Tötungsfabrik miterleben lassen. Die Kamera fährt diesen Weg nach.“

Sonntag, 15. März, 20.15 Uhr, ZDF

Die Auswanderer. Das ZDF bringt das große Epos des schwedischen Regisseurs Jan Troell über das Schicksal einer armen Bauernfamilie, die im vergangenen Jahrhundert keinen anderen Ausweg mehr sieht als die Auswanderung nach Amerika, in einer ungekürzten Fassung. Die Hauptrollen spielen Liv Ullmann und Max von Sydow.

Am gleichen Tag zeigt das ZDF um 22.50 Uhr ein Porträt des Regisseurs Jan Troell von Heinz Steike.

Montag, 16. März, 20.15 Uhr, WDR III

DGB — wohin? In diesem Beitrag wird vor allem die Programmdebatte im DGB dargestellt. Weiter wird über die Perspektiven der Gewerkschaftspolitik für die achtziger Jahre diskutiert.

Montag, 16. März, 22.00 Uhr, WDR III

Dies ist mein Land. In diesem Film setzte sich der französische Regisseur Jean Renoir im amerikanischen Exil mit den Problemen auseinander, die durch die Besetzung seiner Heimat durch die Faschisten entstanden waren. Mit Charles Laughton und Maureen O'Hara.

Montag, 16. März, 21.20 Uhr, ZDF

Die Auswanderer. Zweiter Teil des Films von Jan Troell

Dienstag, 17. März, 19.30 Uhr, ZDF

Die Neubürger. Fortsetzung der „Auswanderer“. Die schwedischen Bauern versuchen sich im amerikanischen Mittelwesten eine neue Existenz aufzubauen.

Nürnberg:

Bürgerkriegsübung und Massenverhaftungen

Mit aller Gewalt soll den Wohnungssuchenden klargemacht werden, daß die Staatsorgane eine Ausweitung der Hausbesetzungen nicht hinnehmen wollen. Die CDU/CSU-regierten Länder Bayern und Baden-Württemberg wollen eine Vorreiterrolle einnehmen, gemäß der Weisung von Franz Josef Strauß an Gerold Tandler: „Wir müssen uns darauf gefaßt machen, daß die Welle der Gewalttätigkeit auch bei uns spürbar werden kann. Ich halte es daher für notwendig, daß Sie schon jetzt alle Maßnahmen ergreifen, damit sich solche Vorgänge nicht ereignen können.“

Verhindern konnten Tandler und Co. die Besetzung von Spekulationsruinen nicht. Jetzt schlagen sie mit aller Gewalt zu.

Jugendzentrum geräumt

Nicht minder brutal als in Freiburg ging es in Nürnberg zu.

Hier kam die Polizei zu spät, um eine Demonstration in der Innenstadt auseinanderzuknüppeln. Da sie nicht unverrichteter Dinge friedlich wieder abziehen wollten, umstellten die Polizisten das bekannte Kommunikationszentrum „KOMM“, weil einige Demonstranten dorthin gegangen waren. Fünf Stunden lang belagerten sie das Haus, bis die Bewohner freiwillig herauskamen. Willkürlich wurden 172 Jugendliche festgenommen, erkennungsdienstlich behandelt und dem Ermittlungsrichter vorgeführt.

Auch in Nürnberg waren, wie man auf dem hier veröffentlichten Foto sehen kann, Mitglieder von Spezialeinsatzkommandos dabei.

141 Haftbefehle

Gegen 141 Menschen, die der Teilnahme an der genannten Demonstration beschuldigt werden, ist Haftbefehl erlassen worden!

Neben den Schwerverletzten von Freiburg markiert das den vorläufigen Höhepunkt der staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen im Versuch, der Massenbewegung gegen Wohnraumspekulation das Rückgrat

Hausbesetzer sind der Kern einer neuen terroristischen Bewegung.“

Aber auch diese Maßnahmen erhöhen nur die Empörung und Entschlossenheit der Betroffenen. Am Samstag gab es gleich eine Demonstration, auf der etwa 2000 Demonstranten gegen diesen Justizskandal protestierten und die Freilassung der Gefangenen forderten. Auf scharfe Kritik stießen die Haftbefehle auch bei Nürnberger



Spezialeinsatzkommandos waren auch in Nürnberg bei der Räumung des Jugendzentrums dabei (links im Bild).

zu brechen. Es ist eine bislang beispiellose Massenverhaftung. Wie immer ist Franz-Josef Strauß der Vorreiter staatlichen Terrors.

„Wir haben festgestellt, daß davon drei aus dem Umfeld des Terrorismus kommen“, ließ er über die „Bild am Sonntag“ verbreiten. „Die gewalttätigen

Rechtsanwälten, die Polizei und Justiz angriffen, weil diese den Staatsanwälten und Ermittlungsrichtern falsche Angaben gemacht haben. Mal davon abgesehen, daß die Verfolgung der Demonstranten sowieso ungeheuerlich ist, haben von den Verhafteten die meisten an der Demonstration gar nicht teilgenommen.“

nen Frauentag statt, die beiden Züge gingen schließlich zusammen.

Nach der Abschlußkundgebung am Bertholds-Brunnen zogen viele Leute zum Gefängnis. Die Polizisten, die den Weg erst abriegelten, zogen sich dann langsam zurück. Auf der Kundgebung vor dem Knast forderten die Demonstranten die Freilassung von zwei „Schwarzwaldhof“-Besetzern, die immer noch in Haft sind. „Laßt Schorsch und Martin frei!“ und „Freiheit für alle, sonst gibts Krawalle!“ sind einige Beispiele für Sprechchöre, die dort gerufen wurden.

Samstagabend fand eine Versammlung mit 1500 Menschen statt. „Großes Gewicht wird in den nächsten Tagen auf die Aufklärung der Bevölkerung, besonders in den Betrieben gelegt.“

Die „Nachrichten“-Sendungen verbreiten Lügen

Widerwärtig ist die Berichterstattung im Fernsehen am Samstag. Kein Wort fällt über die Provokationen und geplanten Gewalttätigkeiten der Polizei, kein Wort über die schwerverletzten Bürger. Zerstörte Fensterscheiben werden in bewußter Verdrehung der Tatsachen als Anlaß zu den Polizeieinsätzen

kerung zu treiben, besonders in Orten, wo die wahren Hintergründe der Ereignisse nicht genau bekannt sind. Helfen wir deshalb alle mit, die Wahrheit zu verbreiten!

Groß herausgestellt werden immer die paar zerhackten Fensterscheiben, als Beweis für die kriminellen Absichten „der Hausbesetzer“. Es ist klar, daß das Zerschlagen von Scheiben keine „vorantreibende Kampfform“ ist. Aber darum geht es gar nicht. Darüber lassen wir uns doch in keine Diskussion mit den Staatsorganen ein. Das sind Erscheinungen, für die bei Politikern und Polizei die volle Verantwortung liegt. Im übrigen sind oftmals Polizeispitzel als Provokateure dabei.

Die Aktionen gegen die kapitalistischen Spekulant, gegen Wohnraumvernichtung und Wohnungsnot verdienen breite Unterstützung angesichts der immer größeren Mittelkürzungen bei den staatlichen Sozialleistungen, angesichts sozialer Pläne wie der Staffelmiete und anderer Überlegungen, die es den Werktätigen immer schwerer machen, in anständigen Wohnungen leben zu können. Deshalb muß und wird dieser Kampf zunehmen. Der Staat ist auch in der Wohnungsfrage zum großen Raubzug gegen die arbeitenden Menschen angetreten. Schlagen wir diesen Angriff zurück!

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

4800 BIELEFELD 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.	44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.
4630 BOCHUM, Parteibüro der KPD, Dorstener Str. 86.	7100 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30-19.30 Uhr.
2800 BREMEN (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mi-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.	7500 KARLSRUHE 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve“, Goethestraße 25b (Nähe Kaiseralle), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 0721/848408.
4600 DORTMUND 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/832328, geöffnet: Mo., Mi., Fr., 17-19 Uhr.	2300 KIEL 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/567702, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18, Sa 10-13 Uhr.
4100 DUISBURG 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203/443014.	5000 KÖLN 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit“, Marienstr. 37a, Tel.: 0221/554956, geöffnet: Di, und Fr 17-18.30 Uhr.
4000 DÜSSELDORF (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17-19 Uhr, Sa 10-12 Uhr.	6700 LUDWIGSHAFEN, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621/523966.
6000 FRANKFURT (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/771200, geöffnet: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.	8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/438043, geöffnet: Mi.-Fr. 16-18 Uhr, Sa 11-13 Uhr.
7800 FREIBURG, Parteibüro der KPD, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.	4500 OSNABRÜCK, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstraße 5.
2000 HAMBURG 6, Buchladen „Roter Morgen“ Schulterblatt 98, Tel.: 040/430709, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.	7000 STUTTGART 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/432988, geöffnet: Mi 17-19 Uhr, Sa 10-12 Uhr.
3000 HANNOVER, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511/	SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo-Fr 16-18, Sa 11-13 Uhr.

Hanns Eisler, Komponist des deutschen Proletariats

„Die Mutter“, hervorragendes Beispiel revolutionärer Musik

Den nachfolgenden Artikel von S. Klaudius haben wir der Zeitung „Drita“, dem Organ des albanischen Schriftsteller- und Künstlerverbands, entnommen. Der Aufsatz ist in der Ausgabe vom 1. Februar 1981 erschienen.

„1918-1923, zur Zeit der Inflation, der Spartakuskämpfe, Räterepublik München, Budapest, die rote Armee von Warschau, rauchten sich die Musiker nur wegen rein technischer Dinge. Keinen gab es, der auch nur einen Hauch vom Atem dieser Zeit verspürt hätte.“ Dies schrieb am 15. Oktober 1927 der kommunistische Musiker und Komponist Hanns Eisler in der „Roten Fahne“, dem Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD).

Doch gab es auch Ausnahmen; der Autor dieser Zeilen war eine solche Ausnahme.

Neben seinen großartigen kämpferischen „Massenliedern“ wie z. B. dem „Einheitsfrontlied“ oder dem „Solidaritätslied“ (beide nach Texten von Bertolt Brecht), neben unzähligen Liedern nach Texten von Erich Weinert und anderen hervorragenden Dichtern des Proletariats, die zu zeitgemäßen Volksliedern in den Reihen der Werktätigen wurden, hat Eisler sich auch auf dem Gebiet der Bühnenmusik große Verdienste erworben. Eines der bedeutendsten Beispiele ist Eislers Musik zu dem Schauspiel „Die Mutter“, das B. Brecht nach dem gleichnamigen Roman des sozialistischen Realismus, Maxim Gorki, geschrieben hat.

Die Uraufführung fand am 17. Januar 1932 in Berlin statt und stieß zusammen mit den folgenden 29 Aufführungen auf große Zustimmung der werktätigen Massen.

Entsprechend fielen die Reaktionen der Bourgeoisie aus. Unverhohlen forderte man das Verbot der Aufführung.

„Theater als Bürgerkriegsschule!“ brüllte die Reaktion. „Kommunistische Propaganda für die legale und illegale Vorbereitung des bewaffneten Aufstands!“ zeterten die Liberalen.

„Die Mutter“ wurde in einer für die Zukunft der deutschen Arbeiterklasse und des gesamten deutschen Volkes schicksalsschweren Situation aufgeführt. Die Verelendung des Proletariats hatte bedrohliche Ausmaße angenommen; das Proletariat drängte zusammen mit seinen wichtigsten Bündnispartnern unter Führung der KPD mit Ernst Thälmann an der Spitze zum revolutionären Ausweg; drohend wuchs die faschistische Gefahr, genährt von den Millionenspenden der Monopole; der alte Revisionismus betrieb Zersetzungsarbeit in den Reihen der Arbeiterklasse zugunsten von Reaktion, Faschismus und Krieg.

Unter diesen Bedingungen nahmen sich Brecht und Eisler auf Grundlage der Kulturpolitik der KPD nicht nur der brennenden Tagesprobleme des Proletariats an, sondern propagierten auch den revolutionären Ausweg, den der Marxismus-Leninismus weist: die proletarische Revolution, die Diktatur des Proletariats, Sozialismus und Kommunismus.

Doch erfolgte dies keineswegs auf schematische Weise. Vielmehr wurde in der Hauptperson der „Mutter“, in Pelagea Wlassowa (Witwe eines Arbeiters und Mutter eines Arbeiters) auf dem Hintergrund der drei russischen Revolutionen eine Arbeiterin gestaltet, deren Reifeprozess vom unpolitischen, hilflosen, sich in sein Schicksal fügenden duldenden Objekt der Geschichte in ein revolutionäres, selbstbewusstes, die Geschichte umgestaltendes Subjekt gerade auf symbolhafte Art und Weise jenen Entwicklungsweg aufzeigt, den die kommunistische Agitation und Propaganda bei jedem einzelnen Werktätigen auslösen will.

Statt im folgenden einen groben Überblick des weiteren Inhalts des Stücks zu geben, soll besser auf einen der mitreißenden und erzieherischen Chöre eingegangen werden. Man sollte nur noch hinzufügen, daß die Lieder und Chöre in dem Schauspiel „Die Mutter“ gewissermaßen Dreh- und Angelpunkte der Handlung sind. Obwohl sie direkt mit den Vorgängen im Schauspiel selber zu tun haben, treten sie gleichsam auch aus ihnen heraus, unter-

sozialistischen Realismus bleiben der Text und mit ihm die Musik keineswegs bei der realistischen Beschreibung dieses traurigen Zustands stehen, sondern beinhalten auch gleichzeitig die notwendigen Konsequenzen, den Ausweg:

„Wir brauchen nicht nur den Flicker, wir brauchen den ganzen Rock. Wir brauchen nicht nur das Stück Brot, wir brauchen den Brotlaib selbst. Wir brauchen nicht nur den Arbeitsplatz, wir brauchen die ganze Fabrik, und die Kohle und das Erz und die Macht im Staat!“

Dieser Abschnitt ist als kämpferischer Marsch, voll von revolutionärem Optimismus komponiert, der aber niemals monoton und einschläfernd wirkt, weil der marschmäßige Viererrhythmus immer wieder durch Synkopen aufgelockert wird, um sich immer wieder neu durchzusetzen. Dadurch wird der Musik eine innere Spannung verliehen, die den Zuhörer stets in Atem hält und aufrüttelt. So ist dafür gesorgt, daß die starken durch die Musik erzeugten Emotionen niemals lähmend auf den Verstand wirken, sondern daß beide, sowohl



Hanns Eisler und sein bester Interpret, der Sänger Ernst Busch, 1929

brechen die Handlung, um bestimmte grundlegende Erfahrungen aus dem Klassenkampf zu verallgemeinern. Deshalb war es auch ohne weiteres möglich, die Lieder und Chöre aus dem Zusammenhang des Schauspiels herauszulösen und als Kantate aufzuführen, wie Eisler selber es getan hat. Kommen wir nun zum Lied „Der zerrissene Rock“:

Dieses Lied ist eine flammende Anklage gegen die verärrterischen Gewerkschaftsführer im Kapitalismus. Es wird gesungen von einer Gruppe revolutionärer Arbeiter; mit beißendem Hohn und sarkastischem Spott halten sie den Reformisten ihre Verräterei vor:

„Immer wenn unser Rock zerfetzt ist, kommt ihr gelaufen und sagt: ‚So geht das nicht weiter! Dem muß abgeholfen werden und mit allen Mitteln!‘ Und voll Eifer rennt ihr zu dem Herrn, während wir stark frierend warten, und ihr kehrt zurück und im Triumph zeigt ihr, was ihr habt für uns erobert: Einen kleinen Flicker!“

Die Musik dieses Abschnitts charakterisiert ihren gerechten Zorn über diesen ständigen Betrug durch jagenden Rhythmus; die Melodie schraubt sich in engen Intervallschritten nach oben, kehrt aber sozusagen als Ausdruck der ergebnislosen Verhandlungen wieder zum Ausgangspunkt zurück.

Doch als Kunstwerk des

Gefühl als auch Verstand sich gegenseitig ergänzen. Eislers Musik deckt nichts zu, sie ist präzise, aufklärerisch, entlarvend.

Ganz im Gegensatz übrigens zur reaktionären Massenkultur der Bourgeoisie, die sich auf musikalischen Gebieten im seichten Schlager ausdrückt. Diese Art von Musik appelliert einseitig an das Gefühl des Zuhörers (in den allermeisten Fällen haben die Schlager mit Liebe zu tun), doch nicht nur das; sie zielen auch darauf ab, die ehrlichen Gefühle der Werktätigen wie Liebe, Sehnsucht, Trauer etc. zu einfachen Waren des kapitalistischen Massenkonsums herabzuwürdigen und sie dadurch zu vergewaltigen und zu entstellen.

Sie gaukelt dem Menschen irrationale, utopische Wunschträume vor, denen er nachjagen soll, ohne sie jemals aufgrund seiner materiellen Lage erreichen zu können. Diese Musik, die verständlicherweise darauf angewiesen ist, den Verstand des Zuhörers wie eine Droge zu vernebeln, hat im wesentlichen zwei Funktionen, die im Zusammenhang mit den Klasseninteressen des Kapitals standen und stehen: Auf der einen Seite soll die Gefühlswelt der Werktätigen verroht und jede edle Empfindung verfälscht oder abgetötet werden; die Arbeiter sollen skrupellosen Egoisten gemacht werden, die im Kampf jeder gegen jeden einem vergeblichen

Lebensglück nachjagen und — damit kommen wir zum zweiten — nicht auf die Idee kommen, in einer Front gegen den gemeinsamen Feind vorzugehen. Das Klassenbewußtsein soll zerstört, der Klassenkampf verhindert werden.

Eisler hat das Proletariat und seine Kompositionskollegen stets vor dieser „süßen Droge“ gewarnt.

Stets hat er gefordert, nicht nur der Text, sondern auch die Musik müsse revolutionär sein.

Die Komposition solcher Stücke wie „Die Mutter“ setzt nicht nur einen Komponisten neuen Typs voraus, der sowohl über hervorragende fachliche Qualitäten verfügt, als auch in enger Verbindung mit der Arbeiterklasse und ihrer Partei stehen muß, sie erfordert auch den Musiker, den Sänger, den Chor neuen Typs. Eisler hat als eifriger Praktiker, der er war, stets darauf aufmerksam gemacht, daß z. B. für den „Zerissenen Rock“ ein völlig anderer Gesangsstil als für Chöre, sagen wir von Schubert oder Schumann nötig ist. Auch die Probenarbeit mußte den revolutionären Liedern angemessen sein.

Mit beißendem Spott hat er die reformistischen Arbeiterchöre angegriffen, die er als Helden der hohlen Phrase und des verlogenen Pathos bezeichnet hat. Ihre Gefühlsduselei, die unter allen Umständen jede Form von politischer Aufklärung verhindern sollte, hat er scharf geißelt, und nur auf diesem Hintergrund sind einige seiner scharfzüngigen Ratschläge für Arbeiterchöre zu verstehen:

„Vor allem muß man brechen mit einem für einen Gesangsverein typischen, schönen Vortrag“. Das gefühlvolle Säuseln der Bässe, der lyrische Schmelz, man kann auch manchmal „Schmalz“ sagen, der Tenöre ist (...) absolut unzweckmäßig.“

„Sehr wichtig ist, daß die Sänger den Text nicht als selbstverständlich annehmen, sondern in den Proben diskutieren.“

„Vor allem ist anzustreben nicht gefühlvolle Darstellung, sondern deutliche.“

Eine Grundvoraussetzung besteht dabei, die so bedeutend wie selbstverständlich ist. Was nützt alle Mühe, wenn der Zuschauer den Text nicht versteht. Jeder weiß, daß das A und O jedes politischen Liedes ein deutlich und verständlich gesprochener Text ist. Alles andere läuft auf eine sträfliche Vernachlässigung der erzieherischen, politisch-ideologischen Aufgabe des Sängers bzw. des Chores oder Chorleiters hinaus, auf Überheblichkeit gegenüber dem Publikum und Selbstverliebtheit in die Töne und nur in sie.

Jeder, der schon einmal den „Zerrissenen Rock“ gehört, gesungen oder sogar einstudiert hat, dem sind die abschließenden Worte Eislers bestimmt aus dem Herzen gesprochen:

„Der Text muß in jedem Moment von sämtlichen Zuhörern verstanden werden können. Am besten ist es, wenn der Chor, bevor er die Noten lernt, den Text im Rhythmus der Musik sprechen übt. Das ist vor allem wichtig, damit eine einheitliche Aussprache der Worte erreicht wird.“



Eisler und Busch in den frühen fünfziger Jahren

Über Hanns Eisler

Zum ersten Mal sah ich Hanns Eisler im Jahre 1930 oder 1931. Ich kannte seinen Namen. In den Notenhandlungen blätterte ich ein paarmal in seiner Kammermusik, die die Universaledition in Wien herausbrachte. Daß man derartiges bei uns zu Hause spielte, kam nicht in Frage. Wir machten viel Musik zu Hause, aber die Modernen waren verdächtig. Dieser Eisler, hörte man übrigens, mache politische Musik. Ich interessierte mich für ihn, weil mich Musik interessierte und weil ich gerade begonnen hatte, mich für Politik zu interessieren. Ich ging in eine Versammlung, bei der Eisler-Lieder vorgetragen werden sollten.

Der Saal, irgendwo im Berliner Norden, war eigentlich ein großes Zimmer und gehörte zu einer Gastwirtschaft. Unter Girlanden vom letzten Tanzvergnügen saßen auf eisernen Klappstühlen schweigsame Männer mit Schirmmützen in alten Lederjacken um kleine Tische, jeweils vier bis sechs Männer um einen Tisch, und tranken Bier. Vor einer Dekoration, wie einst Porträtfotografen sie benötigten und wie Surrealisten sie liebten, eine griechische Ideallandschaft darstellend, sprach jemand über die Sowjetunion. Dann rezitierte ein Schauspieler unter donnerndem Beifall aus dem gerade von Piscator inszenierten „Kaufmann von Berlin“ Walter Mehrings Song „In diesem Hotel zur Erde“ und Verse des Dichters der Pariser Commune Clément. Und dann kamen Eisler und Busch auf die kleine Bühne.

Ernst Busch hatte ich schon im Theater gesehen, und zwar als roten Bäcker in den „Webern“, in einer Inszenierung von Karl Heinz Martin. Hanns Eisler, scheint mir jetzt, sah damals genauso aus wie heute. Er dankte auch für den Applaus, der ihn empfing, ebenso verlegen, wie er das heute noch tut. Er setzte sich sofort ans Klavier, das man auf die Bühne geschoben hatte; es war sehr verstimmt. Ich hörte zum erstenmal jene Lieder, die ich mit unzähligen anderen Menschen nie vergessen habe, nie vergessen konnte — „Roter Wedding“, „Arbeiter, Bauern“. Eisler und Busch wandten sich an das Publikum und fragten nach seinen Wünschen. Von den Tischen her rief man ihnen die Titel der Lieder zu, die man hören wollte. Die Texte stammten von Brecht oder von Weinert. Ich weiß noch, daß ich mit einer Art von Entsetzen bemerkte, daß Eisler manchmal mit der geballten Faust auf die Tasten schlug. Zugleich belustigte mich meine eigene Empörung. Ich klatschte und schrie genauso, wie die anderen Zuhörer, obwohl ich es bis dahin nicht für

möglich gehalten hatte, daß man auf diese Weise Klavier spielen könne. Mit dieser drängenden, rufenden Musik war eine große Hoffnung in den elenden Tanzsaal gekommen. Erst später begriff ich, daß diese Musik der neuen Klasse aus der strengsten Schule kam, aus der Schule der Klassiker.

Stephan Hermlin

Ich habe oft bemerkt, wie das Singen und Hören Eislerscher Kompositionen weniger mimische (Ausdrucks-)Wirkungen hervorruft als ganz bestimmte Haltungen. Das ist wichtig.

Die Gesamthaltung ist revolutionär im höchsten Sinne. Diese Musik entwickelt bei Hörer und Ausübenden die mächtigen Impulse und Einblicke eines Zeitalters, in dem die Produktivität jeder Art die Quelle aller Vergnügung und Sittlichkeit ist. Sie erzeugt eine Zartheit und Kraft, Ausdauer und Wendigkeit, Ungeduld und Vorsicht, Anspruchsfülle und Selbstaufopferung.

Eisler musiziert ebenso naiv und ebenso konstruktiv wie die andern großen Komponisten des 18. und 19. Jahrhunderts, deren Werk er fortsetzt. Das gesellschaftliche Verantwortungsgefühl ist bei ihm lustvoll in höchstem Maße. Er schöpft seine Texte nicht einfach aus, er behandelt sie und gibt ihnen, was des Eislers ist. Aber so eigenwillig, unverkennbar, überraschend er sein mag, er ist kein Einzelgänger. In sein Werk ein tretend übergeben sie euch den Antrieben und Aussichten einer neuen Welt, die sich eben bildet.

Bertolt Brecht

Was ist das Hervorstechendste an der Erscheinung Hanns Eislers? Es ist zweifellos das Erkenntnis, die ihn schon in den frühen zwanziger Jahren befähigte, die großen Umwälzungen im Leben der menschlichen Gesellschaft zu erkennen und Konsequenzen fürs ein Schaffen daraus zu ziehen.

Eislers Persönlichkeit und Haltung zeichnet sich dadurch aus, daß es sein Anliegen war, den Inhalt seiner Musik allen verständlich zu machen und daß es allen nützen möge. Für diesen politischen Haltung verzichtet er, in den Konzertsälen zu brillieren.

Während der Zeit der großen Umwälzung riß es sich los von der gewohnten Musikproduktion der herrschenden Klasse und wurde zum Mitkämpfer des Proletariats.

Seine Musik ist geschrieben, um den tagtäglichen Kampf der Menschen für ein würdigeres Leben zu erleichtern. Sie ist im echten Sinne des Wortes Waffe für unseren Kampf.

Paul Dessau

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

ROTER MORGEN



Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 11 13. Mart 1981

Yıl: 15

1 DM

Yüzbinlerce metal işçisi ikaz grevine gitti

Görüşmelere son! Grev için genel oylama!

Gerçek ücretlerin güvencesi: yüzde 8 ücret zammı!

Metal işçileri sendikasının (IGM) uyarı grevlerine çağrı yapmasıyla, sadece geçen hafta Perşembe ve Cuma günü yüzbinlerce metal işçisi işi bırakma eylemine gitti. Metal sanayii fabrikalarında çalışan milyonlarca kadın ve erkek emekçi, kapitalistlerin ücretleri düşürme çabalarını boşa çıkarmak için kendilerini yeteri derecede güçlü hissediyor. Bu şartlarda bize yarar getirecek olan, iğne batırma taktiği değil, güçlü bir ücret mücadelesidir. Acil olan, toplu sözleşme kapsamına giren bölgelerde bütün işçilerin süresiz greve (Vollstreik) gitmesidir.

Gecen hafta Perşembe günü bütün Batı Almanya ve Batı Berlin çapında metal sanayiinde çalışan işçilerden yaklaşık 120 bini geçici olarak greve gitti. Bundan bir gün sonra, Cuma günü, greve gidenlerin sayısı 200 bini aştı. Bu grevlerini ağırlık noktasını otomobil sanayii teşkil ediyordu.

Sadece VW tekelinin yurtiçindeki altı fabrikasında Cuma günü öğleden önce yaklaşık 120 bin işçi ve memur greve gitti. Dikkate değer bir nokta, memurların bu grevlere etkili bir biçimde katılmasıydı. Aynı günün akşamı VW fabrikalarının akşam vardiyasında çalışan işçiler (Emden'in dışında) da uyarı grevine gittiler.

Sindelfingen'deki Daimler-Benz fabrikasında yaklaşık 12000 işçi işi bırakma eylemine katıldı. Bu eyleme katılan emekçiler daha sonradan şehir merkezine doğru bir protesto yürüyüşü yaptılar. Grevle giden di-

ğer pek çok şehirde de, grevci işçiler yürüyüşler düzenlediler.

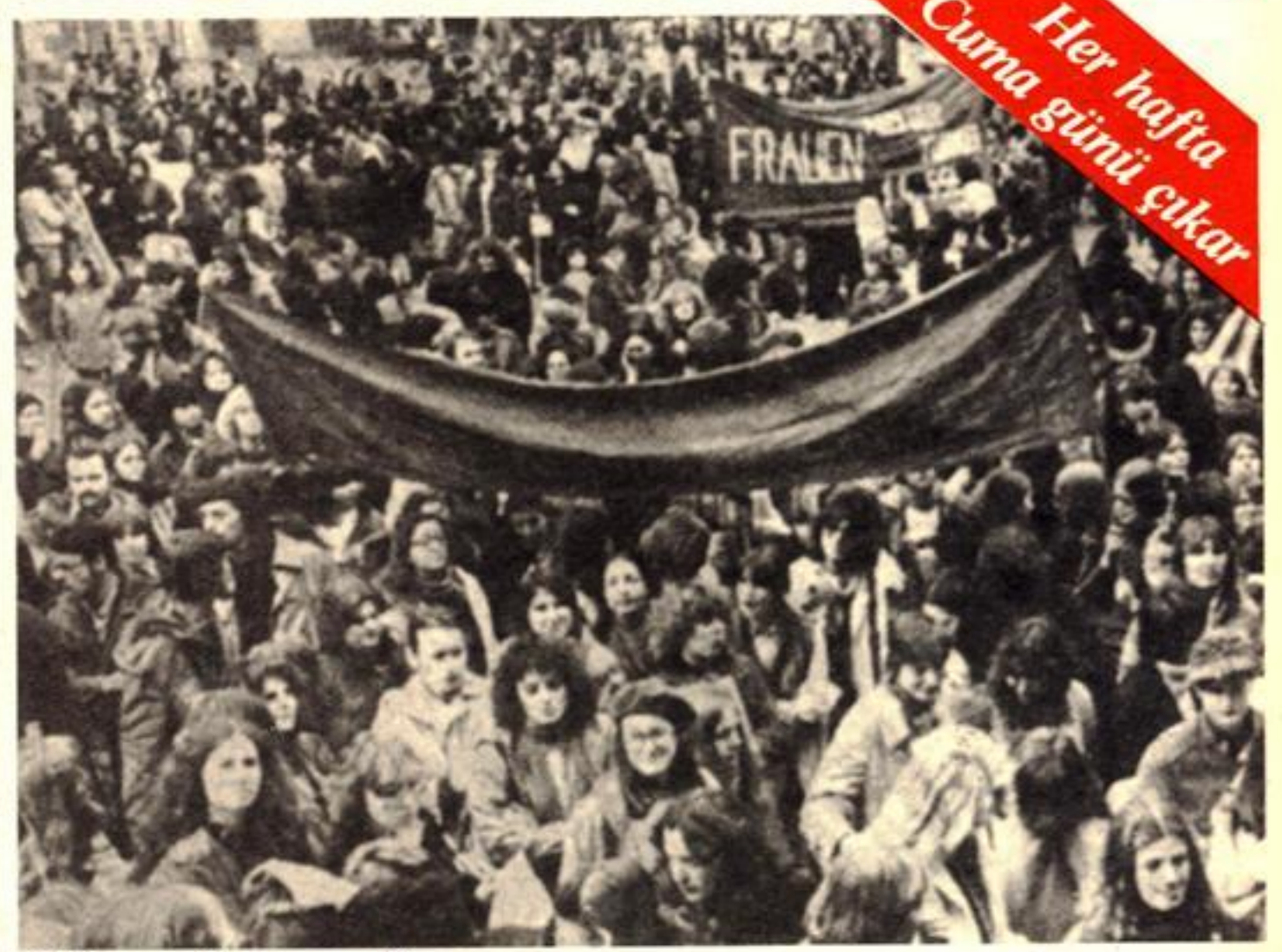
Metal sanayiinde çalışan emekçiler, gerçekleştirdikleri bu güçlü eylemlerle kapitalist sömürüye karşı gerçek mücadele gücünü gösteriyorlardı. Eğer, IGM yönetimi kapitalistlerin gerçek ücretlerin düşürülmesi yönünde başlattıkları saldırıları geri püskürtmek için birleşik ve süresiz bir greve çağrı yapacak olursa, şüphesiz metal işçileri kararlı bir biçimde mücadeleyi başlatacaklardır.

Ama, bunun yerine, IGM sendika ağaları gerçek ücretlerin düşürülmesi meselesi üzerine pazarlık yapmaya hazır olduklarına dair sinyaller vermektedirler. Bu sinyallerden birisi, IGM sendikasının metal depoları yapımında çalışan işçiler için yüzde 5 ücret zammıyla imzaladığı toplu sözleşmedir. Başka bir şekilde görüşme masasına dönmek istediklerini nasıl anlatabilirler ki? Yüzde 5 ücret

zammı, gerçek ücretlerin büyük oranda düşürülmesi demektir. Ücretlerden yapılan kesintilerin artması sonucu ele geçen net ücret zammı daha da düşecek ve 1981 yılı için tahmin edilen yüzde 5,5 fiyat artışlarının oldukça altında kalacaktır.

İşçiler uyarı grevlerini iğne batırma taktiği olarak nitelendirilmekte ve bu taktikle yan çizmek isteyen sendika ağalarının sert bir şekilde eleştirmektedirler. Geçen hafta yapılan eylemlerin çoğunda işçiler, toplu sözleşme kapsamına giren bütün fabrikalarda toplu greve gidilmesini talep ediyorlardı! Metal işçileri, bu taleplerini daha da güçlü bir biçimde yükselterek, IGM yönetimini gerekli adımlar atmak için zorlayabilirler ve zorlamalıdır. Yüzbinlerce metal işçisinin katılacağı bir toplu grev, kapitalistlerin kısa zamanda unutamayacağı sert bir şamar oldu!

("Schluss jetzt mit dem Verhandeln Urabstimmung" RM/Nr. 11, S. 1)



Her hafta
Cuma günü çıkar

Yasağa rağmen kadınlar yürüdü!

1000'e yakın Alman ve yabancı kadın, Uluslararası Kadınlar günü dolayısıyla geçen Cumartesi günü Frankfurt'ta bir barış yürüyüşü yaptı. Belediye Meclisi, "anarşist grupların taşkınlık yapacaklarından korkulmaktadır" gibi bir gerekçeyle yürüyüşü yasaklamıştı. Ama, ne Belediye Meclisi'nin yasağı ne de devreye sokulan yüzlerce polis kadınların eylemini engelleyebildi.

Federal Parlamento delegasyonu Türkiye'de

Faşist cunta güzel sözlerle övülüyor

Delagasyon açıktan açığa yalan söylüyor

ANKARA. — Beş başlı bir Federal Parlamento delegasyonunun Türkiye'ye yaptığı yolculuk, skandal denebilecek adı bir sonuca vardı. Faşist cuntanın insan haklarını ayaklar altına almasını sözde araştırmak isteyen bu beşli parlamento grubu, yaptığı açıklamada Türkiye'deki durumdan memnun kaldıklarını ifade ettiler.

Delagasyon, Ankara'da düzenlediği bir basın toplantısında Türkiye'de tutuklulara ve mahkumlara sistemli bir işkence yapıldığını söz konusu olmadığını söylüyorlardı. İşkence görenlerin yüzünü dahi göremeyen bu delagasyonun böyle bir şeyi iddia etmesi, gerçekten de iğrenç bir durumdur ve bilinçli bir yanıltma çabasıdır.

Delagasyon üyelerine sadece bir tane cezaevi gösterildi ve

kendilerinin de televizyonda açıkça belirttikleri gibi, bu bir "gösteri cezaevi" idi ve burada politik tutuklular yatmıyordu. Cunta tarafından yabancı ülkelere gelenlere gösterilmek için hazırlanan bu cezaevini görebilmelerine izin verildiğini de; "Türkiye'de insan hakları üzerine bizim ile tartışmaya hazır olduklarını belirten bir ifade" olarak değerlendiriyorlardı.

Delagasyon, aynı basın top-

lantısında Almanya'ya geri döndüklerinde cuntaya yapılan askeri ve ekonomik yardımların devam ettirilmesi için çalışacaklarını da ayrıca açıklıyorlardı. Faşist cunta ve onun arka adamları bu açıklamalar sevinebilirler. Ama, faşist cuntayı açıktan açığa destekleyen bu faaliyet te Batı Almanya'da "Türkiye-Yardımları"na karşı gelişen direnmeyi zayıflatamayacaktır. Delagasyon şu kişilerden oluşuyordu: CDU parlamenterleri Martes ve Ingeborg Hoffmann, SPD parlamenterleri Karsten Voigt ve Peter Corterier ve FDP kadın parlamenterleri Helga Schuchardt.

("Lobende Worte für die faschistische Junta" RM/Nr. 11, S. 1)

Yürüyüş!



Faşist cuntaya ve „Türkiye-Yardımları“na karşı yürüyüşe katılalım!
Cumartesi, 14 Mart, Saat 11.30 da
Frankfurt-Paulsplatz

Strauss karşı saldırıya geçti

Nürnberg'de 141 genç tutuklandı

NÜRNBERG. — Polisin ve adaletin gençlik kitleleri üzerine örneği görülmemiş bir saldırısı! Nürnberg'de yapılan bir yürüyüşün sonunda bir defasında 141 genç tutuklandı ve cezaevine atıldı. Polis, Perşembe günü geç saatlerde yapılan bir yürüyüşten sonra -yürüyüş sırasında birkaç cam kırılmıştı — bazı yürüyüşçülerin gittiği gençlik evini çember altına aldı.

Gençlik evinde bulunan gençler, direnmeden polise teslim olmaları için yalan sözlerle ikna edilmeye çalışıldılar. Ve sonradan Baviera Devlet aygıtı saldırıya geçti. 141 genç — ister yürüyüşe katılmış olsun, ister olmasın — derhal tutuklandı ve Baviera Eyaleti'ndeki çeşitli cezaevlerine dağıtıldılar.

CSU patronu Strauss, son zamanlarda ardı arkası kesilmeden yürüyüşçülere, özellikle de Brokdorf ve ev işgalleri eylemlerine katılanlara ve SPD'nin "gevşek" politikalarına karşı dizginsiz bir kışkırtma kampanyası başlattı. Kemikleşmiş bir gerici ve emperyalistlerin en gözde adamı olan Strauss,

Nürnberg gençliğini de yeni bir terörist-sezonunun çekirdeği olarak tanımlayarak, küfretmektedir. Ve hafiyeleri şimdi ustalarının verdiği bu emri yerine getirmektedirler.

Polis tarafından sürüklenen gençlerin nerede olduğu hakkında ailelerine günlerce bilgi verilmedi. Bir kadına, bir "teröristin anasıymış" gibi akılalmaz bir gerekçe ile çocuğuyla görüşme izni verilmedi. Hatta bir ailenin kalp hastası olan çocuğuna ilaç getirmesi istemi reddedildi. Tutuklu Nürnberg gençleri derhal serbest bırakılmalıdır!

("Massenverhaftung in Nürnberg" RM/Nr. 11, S. 1)



Polisin Nürnberg'deki „Komm“ gençlik evine karşı düzenlediği saldırı

GREV HAKKINA AMANSIZCA SALDIRILIYOR

DÜSSELDORF. — Sendikalar ile kapitalistler arasında toplu sözleşme mücadelesinin keskinleştiği bu günlerde metal işverenleri birliği Gesamtmetall, metal işçileri sendikasına (IGM) küfür edencesine saldırıya başladı. Gesamtmetall, bununla da yetinmeyerek, her zamankinden daha radikal bir biçimde işçi sınıfının grev hakkına saldırmakta, ücretlerin düşürülmesine karşı verilen sendikal mücadeleyi yasadışı eylemler olarak damgalamaya çalışmaktadır.

Metal Sanayi İşverenleri Birliği Başkanı Dieter Kirchner, "Handelsblatt" ve "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" gibi burjuva gazetelerinde yazdığı makalelerle metal işçilerinin haklı mücadelesine karşı sürdürülen kışkırtmalarda, kapitalistlerin kabadaylığını ve başözcülüğünü yapmaktadır.

"Vahşi grevler", "ikaz grevleri taşkınlıkları", "iş mücadelesi biliminin balkanlaştırılması" (kargaşalık yaratmak anlamında -RM), "iş barışı" süresinin dolmasından sonra metal sanayi kapitalistlerinin ücret dikmesine karşı uyarı grevleri yapılabileceğini bildiren IGM yönetimine, Gesamtmetall Başkanı Kirchner bu gibi terimlerle gerici yayın organlarında küfür ediyordu.

Ama, Kirchner saldırılarını sadece küfür etmekle sınırlamıyordu. O, daha da ileri giderek IGM sendikasını, açıkladığı sendikal mücadele önlemlerinden dolayı suçlayarak, "ev işçileri zihniyetiyle" hareket ettiğini söylüyordu. Bu suçlamalar ve küfürlerle hedeflenen asıl şey, kapitalistlerin gerçek ücretlerini düşürme çabasına karşı gelişen sendikal direnişi yasadışı ve cani olarak gösterip, cezalandırmaya çalışmaktır.

İşverenlerin sözcüsü Kirchner, 26 Şubat tarihli "Handelsblatt" gazetesinde yayınlanan uzun bir makalesinde, "iş barışı" süresi sona erse bile, toplu sözleşme görüşmelerinde önerdikleri taleplerin alınması amacıyla sendikaların hiç bir suretle otomatikmen greve gidemeyeceklerini savunmakta ve hukuki dayanaklar göstermeye çalışmaktadır.

Kirchner, "Ultima-Ratio-Sperre" denilen ve grev hakkı yasasını kapitalistlerin mantığıyla değerlendiren teoriye başvurarak, dümen çevirmektedir. Bu teoriye göre "zorunlu bir

greve" gidilebilmesi için, anlaşmaya giden yolların bütünüyle kapanması gerekir. Hatta, arabuluculuk yapılmadan önce de grevden söz etmek kesinlikle mümkün değildir.

Bu teoriler hareket noktası olarak alınacak olursa, grev hakkının boş bir sözden başka bir şey olmadığını kesinlikle bilmemiz gerekir. "Ultima-Ratio-Prensibi", işçi sınıfının kapitalistlere karşı en güçlü silahını teşkil eden grevi; işçilerin, daha doğrusu onların sendikalarının gerekli olduğu anda bağımsız olarak başvuracakları bir araç değil, sözde bağımsız mahkemelerin işçilere mücadele etmesinden sonra kullanabilecekleri "son çare" olarak açıklamaktadır. Kısacası, kapitalistlerin mantığına göre, burjuva mahkemelerinin izni olmadan işçiler greve gidemeyecekler.

Kapitalistlerin grev hakkını hukuki olarak bu şekilde yorumlamaları, onu doğrudan doğruya ve açık bir biçimde yok etme düşüncesinden başka bir şey değildir. Grev hakkına yapılan bu saldırı karşısında DGB yönetiminin kaçınılmaz görevi, işveren birlikleri ve burjuva adaleti tarafından grev hakkına yapılan her cinsten saldırıyı tavizsizce ve anında geri püskürtmek ve buna karşı mücadele etmek olmalı.

Ama, sendika ağaları bu saldırıları görememezlikten ve işitmemezlikten gelmektedirler. Bundan ötürü sendika tabanındaki işçilerin acil görevi, metal sanayii kapitalistlerinin bu türden adı saldırılarına hakettikleri en doğru cevabı vermeleridir. Grev hakkını savunmanın en doğru yolu, onu en iyi şekilde gerçekleştirmektir: Greve gitmektir!

("Hemmungslose Angriffe auf das Streikrecht" RM/Nr. 11, S. 4)



Bundan üç hafta önce de uyarı grevine giden Bosch işçileri

Bosch/ Reutlingen Sabahvardiyası yürüyüşe geçti

İŞÇİ MUHABİRİ. — 6 Mart günü Reutlingen'deki Bosch fabrikasında uyarı grevine gittik. Grevin yapıldığı gün bir işyeri toplantısı yapılacaktı. Sabah vardiyasında çalışan işçiler kahvaltı molasından sonra, fabrikanın çıkış kapısı önünde biriktiriler ve yürüyüşe geçmek için sıralara dizildiler.

Yürüyüşe geçildikten sonra toplantı salonuna giden direk yoldan değil, VWI (Güney Württemberg-Hohenzollern Metal Sanayi Birliği) binasının önün-

den geçmek amacıyla dolaylı bir yoldan yürüdük. İşçilerin binanın önünde yürümesi patronları korkutmuş olmaları gerekir. Çünkü, bütün kapılar ihtiyatlı bir biçimde arkadan sürgülenmişti.

Bu eyleme yaklaşık 1000 işçi katıldı. Atılan sloganlardan biri şöyle idi: "Eğer VWI işçilere savaş açarsa, öyle bir şımar atacağız ki, olduğu yerde çatırdasın". ("Frühschicht demonstrierte" RM/Nr. 11, S. 3)

Demiryolu ve şehiriçi taşımacılıkta fiyat artışları

Biletlere gelen zam, devletin soyguncu politikasının bir parçasıdır

Federal Demiryolları ve şehiriçi taşımacılıkta bilet fiyatlarına arka arkaya zam gelmektedir. Ruhr bölgesinde (Dortmund, Essen, Bochum vs.) otobüs, tramvay ve tren biletlerinin fiyatları yüzde 12 civarında artırıldı. Emekçilerin satınalma gücünün giderek düştüğü, sosyal giderlerin kısıtlandığı ve silahlanma

Federal Demiryolları yönetim kurulu Şefi Wolfgang Vaerst 23 Şubat günü aynen şöyle açıklıyordu: Federal Demiryolları (DB) gelecekte "dinamik bir fiyat politikası" ezleyecektir. Bununla ifade edilmek istenen, şimdiye kadarkinden farklı olarak, kısa mesafeli hatlarda bilet fiyatlarının yükseltilmesidir. Daha açıkçası; Demiryollarında bir yıl içinde biletlere birkaç defa zam gelecek. Ve bu zamlardan ilkinin Nisan ayında gelebileceğini hesaplamak gerekir.

Benzin fiyatlarının devlet tarafından yükseltilmesi sadece şehirlerarası ve şehiriçi kamu taşımacılık işletmelerinde fiyatların artışına bir bahane teşkil etmedi. Aynı zamanda şehiriçi özel taşımacılık işletmeleri için de bilet fiyatlarının pahalılaşmasına bir bahane oldu. Çoğu şehirlerde ve kasabalarda otobüs ve tramvay biletlerine son günlerde birdenbire zam geldi ve diğer yerlerde de gelecek.

Önümüzdeki dönemde Federal Demiryollarında biletlere gelen zammı haklı göstermek için, yolcu taşımacılığındaki kalitenin sözde yükseldiği sık sık tekrarlanmaktadır. Ve buna örnek olarak da, Inter-City trenleri gösterilmektedir. Ama, her gün küçük yerlerden veya kasabalardan emekçilerin, büyük şehirlere çalışmaya gittiği bölgelerde en ufak bir düzelmeye yok. Aksine bu gibi kısa hatlarda tren yolları arka arkaya kaldırılmaktadır. Çünkü, bu kısa hatlar yeteri kadar "randıman verememektedir"; yani istenilen kârı sağlamamaktadırlar.

Federal Demiryollarının, ülkemizdeki emekçi insanların ihtiyaçlarına cevap veren bir hizmet kurumu olduğu hiç kimsenin aklından geçmesin! Bu alandaki devlet yatırımlarında sürekli olarak kısıtlamaya gidilmektedir. Geçen yıla rağmen, içinde bulunduğumuz yılda bu alandaki yatırımlarda 500 mil-

bütçesinin alabildiğine artırıldığı bu dönemde, benzin ve taşımacılık fiyatları yükseltilerek, emekçiler daha fazla soyulmak istenmektedir. Ve bu soyguncu politikanın asıl yürütücüsü burjuva devlet mekanizmasıdır.

Bu bölgede büyük bir toplu taşıma tekeli olan "Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr", bilet ücretlerine yüzde 12 civarında zam getirdi. Ve bu zam 1 Mart'tan itibaren yürürlüğe girdi. Sadece basit bir gidiş 2,30 DM oldu. Bunu hangi emekçi devamlı ödeyebilir ki?

Yolcu taşımacılığındaki bu

binlerce emekçi, bu soygunculuğu protesto etti. Buna rağmen zamlar geri alınmadı.

Ama, henüz son söz söylenmiş değildir! Hayat koşullarına yapılan bu saldırıya karşı emekçi halk arasında kin ve nefret duyguları gittikçe yükselmektedir. Devlet, kapitalistler ve sen-



Bilet fiyatlarına yüzde 12 civarında zam gelmesi Dortmund'da da protesto edildi

yon DM kısıtlama yapıldı. Federal Demiryollarında ve diğer alanlarda yapılan bu kısıtlamalar savunma bütçesine aktarılmakta ve bunun ile Batı Alman emperyalist burjuvasının silahlanma giderleri karşılanmaktadır. Bütün bu gelişmelerle amaçlanan sözde "enerji tasarrufu" yerine, devletin asıl hedefini açıkça ortaya çıkarmaktadır: Bu da emekçiler üzerindeki soygunu iki katına çıkarmak.

Şehiriçi kamu taşımacılığında fiyatların en çok yükseldiği bölge, Batı Almanya'nın sanayii merkezi olan Ruhr bölgesidir.

fiat artışları, önümüzdeki toplu sözleşmelerde ücretleri yağmalanmak istenen emekçileri sert bir biçimde etkilemektedir. E-gemen sınıfların cebimizdeki parayı dahi çekip alma yönünde başlattıkları bu saldırılara karşı kararlı bir mücadele vermek zorundayız.

Bilet fiyatlarına gelen bu zamlar her yerde emekçilerin nefretlerine ve direnişlerine yolaçmaktadır. Bu zamları protesto etmek amacıyla Bonn'da 11 000 imza toplandı. Ayrıca Bonn, Wuppertal, Köln, Essen ve Dortmund'da yürüyüş yapan

dika ağaları; kitlelerin buna karşı mücadelesini engellemek için el ele vermiş bulunmaktadırlar.

Fiat artışlarının hayatın her alanını etkilediği, emekçilerin yaşam koşullarının düştüğü bu şartlarda Partimize önemli görevler düşmektedir. Emekçi halkın devlet ve kapitalistler tarafından soyulmasına güçlerini birleştirelim, mücadeleyi edelim, eylemler örgütleyelim.

("Fahrpreiserhöhung-Bestandteil der staatlichen Raubzugs-politik" RM/Nr. 10, S. 2)

Hamburg'taki Still fabrikasında uyarı grevi:

İşçiler grev oylamasını talep ediyor!

Still fabrikasında KPD işletme hüccresinin muhabiri

Hamburg'taki Still fabrikasında bir uyarı grevi yapıldı. Toplam 1500 kişinin çalıştığı bu fabrikada, yapılan uyarı grevine yaklaşık 1000 işçi katıldı. İş bırakma eylemi saat 9,30 sıralarında başladı ve 11,30'a kadar devam etti.

Grev hazırlığının yapıldığı günlerde fabrikada işçiler arasında birbirinden farklı düşünceler vardı. IG Metall sendikasının "yeni hareketlilik" dediği uyarı grevlerinin genişletilmesi, sık sık işçiler tarafından bir sapma manevrası olarak değerlendiriliyordu. Şu gibi tartışmalar oluyordu: "Gerçekten sendikaya niçin aidat ödüyoruz?" veya "İlk uyarı grevini yaptık, şimdi bu kadarı yeter artık" vs.

Bu gibi olumsuzluklara rağmen, işyeri sendika temsilciliğinin önerdiği taktik, daha fazla sayıda işçi arkadaşları hareketle geçirmemize yardımcı oldu: Fabrikanın içinde iki blok halinde yürüyüşe geçtik ve bu şekilde kararsız olan pek çok arkadaş yürüyüşe çekebildik.

Fabrikada işçilerin kitle halinde yürüyüşe geçtiği dışarda görülür görülmez, cadde üzerinde sesler yükselmeye başladı. Yürüyüşe katılan işçi arkadaşların büyük çoğunluğu ya hiç, ya da uzun zamanın beri herhangi bir yürüyüşe katılmamıştı.

Yürüyüşün başında taşınan bir plakartın üzerinde şu slogan yazılıydı: "Ücret diktesini kıracağız!" Ayrıca Still fabrikasın-

daki RGO işletme grubunun girişimiyle hazırlanan ve yürüşte taşınan bir plakartta şu sloganlar yazılıydı: % 2,5 — bir provakasyon! Daha fazla ücret için grev oylaması talep ediyoruz! % 7,7 — en azından 125 DM".



Grev oylaması talep eden Still fabrikası işçileri

Yürüyüş konvoyu sanayii bölgesi olan Billbrook'un içinden geçerek, Billstedt çarşısının merkezindeki Marktplatz'a geldi ve toplandı. (yaklaşık 1 km

yüründü) İşyeri sendika temsilciliğinin zorlaması sonucu IGM yerel yönetimi tarafından bölge halkına yönelik bir bildiri basıldı ve bu bildiri yürüyüş sırasında dağıtıldı.

İşçi arkadaşlar yürüyüşü bir bütün olarak olumlu değerlendirdiler ve kararlı geçtiklerinden ötürü sevinçliydiler. Ama oldukça çok sayıda da eleştiri geldi. Eleştirilerin çoğu, o gün Hamburg'da greve gidilen tek fabrikanın Still oluşu, yürüyüş konvoyu-

atılmak için tespit ettiği sloganlar pratik olarak işçiler tarafından atılmadı. İşçilerin bu sloganları atmamalarında hayret edilecek bir durum yoktu. Örneğin sloganlardan biri şöyleydi: "Görüşmeler bize bir şey getirmedir, şimdi uyarı grevleriyle işi ciddiye alacağız" Bu sloganda işçilerin alaya alındığı sezilenmektedir. Çünkü, "ciddiye alma" kelimesinden başka bir şey anlaşılmamaktadır. Doğrusu bu gibi sözlerle işçiler oyalanmaktadır.

Bizim değerlendirmemiz: Uyarı grevi bir bütün olarak o şekilde örgütlenmişti ki, mümkün olduğu kadarıyla az sayıda işçi, işçi sınıfının gerçek mücadelesini gözlemleyebilsin. Bir gün içinde sadece bir fabrikada grev yapılır ve buna da sadece işçilerin bir bölümü katılırsa, tabii ki, bu durum işçilerin gerçek mücadeleye gücünü ortaya koyamaz.

Bu taktiğin sürekli olarak uygulanması, işçileri böler ve yıldırmaya yarar. Bundan sonra atılacak ilk adım, grev oylaması ve greve gitmek olmalı. Bu hava uyarı grevi yapıldıktan sonra işçiler arasında da hüküm sürmektedir. Grev oylaması talep etmek amacıyla işçi arkadaşlar derhal imza toplamaya başladılar.

("Kollegen fordern Urabstimmung" RM/Nr. 11, S. 3)

IGM sendikasının yürüyüşte

Siemens/ Witten:

İŞÇİLER PATRON UŞAĞI REIN'E KARŞI MÜCADELE EDİYOR

KPD, sınıf mücadeleciler işçileri temsil eden
"Personel Listesi"ni destekliyor

WITTEN. — Witten şehrindeki Siemens fabrikasında büyük çoğunlukla kadın işçiler çalışmakta ve a-kort iş yaptıklarından dolayı oldukça yıpranmaktadır. Ruhr bölgesinin doğusundaki bu fabrikada işçiler, patron uşağı sendika ağalarına karşı mücadele etmektedirler. Bu yılki işyeri işçi temsilciliği seçimlerinde muhalefetteki mücadeleciler işçiler "Belegschaftliste" (Personel Listesi) adında bir liste oluşturdular. Liste başkanı altı seneden beri işçi temsilcisi olan RGO üyesi Annette Schnoor'dur.

"Personel Listesi" altı kadın ve bir erkek işçiden oluşmakta ve yıllardan beri Siemens/Witten'de işçi temsilcileri başkanı olan Rein'in ağılığına son vermek istemektedir. Rein, Siemens patronlarının gerici bir uşağı olduğu gibi, IGM içinde de üzerinde "tartışılan" birisidir. Geçen işyeri işçi temsilciliği seçimlerinde Rein IGM listesinde aday olarak gösterilmedi. Bunun üzerine o, kendi başına çıkardığı bir listede adaylığını koydu ve RGO işyeri işçi temsilcilerinin direnişlerine karşın, IGM listesinden birkaç işçi temsilcisinin desteğiyle yeniden işçi temsilciliği başkanlığına seçildi.

Şimdi, IGM yerel yönetiminin kararı; aynı Rein, sadece yeniden IGM listesine alınmadı, aynı zamanda işyeri sendika temsilcileri tarafından liste başına getirildi. Rein'in IGM listesine yeniden alınmasını protesto eden bir işyeri sendika temsilcisi, bu kararın alındığı toplantıdan sonra IGM listesinden geri çekildi ve "Personel Listesi"nde adaylığını koydu.

Siemens/Witten'deki KPD işletme hücresi, çoğunluk seçimlerini savundu. Aynı şekilde RGO işçi temsilcileri de, işyeri sendika temsilciliğine açık bir mektupla başvurarak, çoğunluk seçimlerinden yana olduklarını

Gegen die Diktatur
der DGB-Bonzen!
Mitgliederrechte!



Annette Schnoor (pankartla), Witten/Siemens'de işçi temsilcisi, 1 Mayıs yürüyüşlerinden birinde.

Telefunken/ B. Berlin-Schweidenstrasse

RGÖ AYRI LİSTEYİLE SEÇİMLERE KATILIYOR

BATI BERLİN. — Schweidenstrasse'deki Telefunken fabrikasında patronların ve sendika ağalarının RGÖ listesi "Lichtblick" in seçimlere katılmasını engellemek çabaları boşa çıktı. RGÖ işletme grubundan üç kadın işçi, liste halinde işçi temsilciliği seçimlerine katılmaktadırlar. Bu kadın adaylardan ikisi, 1978 yılındaki işçi temsilciliği seçimlerine bir muhalefet listesiyle katılıp, oyların yüzde 15'ni almışlardı ve işçi temsilciliğine seçilmişlerdi.

RGÖ işletme grubu, patronların ve sendika ağalarının oyunlarına ve engelleme çabalarına karşı işçilerle birleşerek mücadele etti. Bu mücadelenin sonucu seçimlere katılma başarısı elde edildi.

RGÖ işletme grubu, 26 Ocak günü IG Metall'e başvurarak, çoğunluk seçimleri (Mehrheits-

wahl veya Persönlichkeitswahl) yapılmasını önerdi. Ama, bu başvurudan bir gün sonra IGM seçim kurulunu tayin etti, bundan da bir kaç gün sonra seçim duyurusu çıkarıldı. Ve IGM listesi için imza toplamaya başlandı. Aynı zamanda fabrika yönetimi de bir duyuru asarak, imzaların sadece teneffüslerde toplanacağını açıkladı.

Sendika ağalarının bu aceleciliği ve patronların bu yasağı, RGÖ listesinin seçimlere katılmasını engellemek için gerekli olan imzaları toplamamayı hedefliyordu. Ama bu ve bunun gibi oyunlar sökmeyi ve RGÖ kısa zaman içinde gerekli olan imzalardan daha fazlasını topladı. Ve çekilen kurda birinci sırayı aldı.

("RGÖ Liste 'Lichtblick' steht gegenkürzt-" RM/Nr. 10, S. 3)

açıkladılar. Ayrıca 400 işçi arkadaş, geçen yılın Aralık ayında açılan imza kampanyasında çoğunluk seçimlerini talep etmişlerdi.

Ama, işçi düşmanı Rein ve koltuklarının ellerinden gideceğinden korkan bazı unsurlar çoğunluk seçimlerinden yana değillerdi. Böyle bir seçimden en çok korkan da Rein idi. Çünkü, çoğunluk seçimlerinde alacağı oy düşük olabileceğinden, işçi temsilciliği başkanlığına gelebileirdi. Bütün çabalara rağmen çoğunluk seçimleri kabul edilmedi. İşyeri sendika temsilciliği daha bu sorunu görüşmeden önce kendilerini liste başı



olarak tayin eden bazı kişiler imza toplamıştı. Ve bu imza toplama esnasında dolandırıcı bazı yöntemlere başvurmışlardı. Çoğu işçi arkadaşlar, böyle bir girişimin çıkarıcı çevrelerin bir entrikası olduğunu tahmin etmektedir. Partimizin işletme gazetesi "Roter Lautsprecher", bu konuyla ilgili şöyle yazıyordu: "Eğer bazı kişiler, koltukları ellerinden gider korkusuyla panik kapılmasalardı, diğer birçok işletmede olduğu gibi, Siemens'de de çoğunluk seçimleri mümkündür. Bu kişiler, liste seçimlerinde daha karlı olduklarını hesaplamaktadırlar".

Bu durumda işçilerin gr-



bunda beş liste vardır. Şayet bu kadar fazla liste olmasaydı, "Personel Listesinde" yer alan 7 adayın hepsi de seçilme şansına sahip olabilirdi ve sendika ağası Rein işçi temsilciliği başkanlığından düşürülebilirdi. Rein'in düşürülmesi için toplam oyların yüzde 45'i gereklidir ki, bu oldukça yüksek bir rakamdır. Geçen seçimlere 4 liste katılmıştı ve RGÖ listesi oyların yüzde 30,9'nu almıştı. Rein'in devriliş devrilmeyeceği belli değil, ama çoğu işçi arkadaşlar, özellikle de kadın işçiler, "Personel Listesi"nin en fazla oy alan liste olduğundan ve hatta IGM listesini de geçeceğinden emindirlir.

"Personel Listesi"nde orada fabrikadaki en mücadeleciler işçiler yer almaktadır. Annette Schnoor ve diğer üç Alman kadın ve bir erkek arkadaşın yanı sıra, Yunanistanlı bir kadın işçi ve Türkiye'den bir işyeri işçi temsilcisi kadın arkadaş yer almaktadır.

İşyerinde patronlar çıkarlarını değil, işçilerin çıkarlarını savunan ve gerçek bir muhalefet yürüten personel listesi, diğer bir çok talebin yanında çalışma koşullarının düzeltilmesini, a-kortun yükseltilmemesini ve düşük ücret gruplarının kaldırılmasını talep etmekte ve işçileri bu taleplerin gerçekleşmesi için mücadeleye çağırmaktadır. ("Sechs Frauen und ein Mann gegen Altböze Rein und Co.-gekürzt-" RM/Nr. 10, S. 3)

Stahlwerk/ Peine:

MUHALEFET LİSTESİ ÇIKARILDI

PEİNE. — Stahlwerk Peine işletmesinde tesviyeciler olarak çalışan Jürgen Eggers, işçi temsilciliği seçimlerinde IGM listesinde adaylığını koymak istemişti. Ama, IGM'in Peine'deki sendika ağaları bunu engellediler. Gerekçe olarak da, Jürgen'in Halk Cephesi üyesi olduğunu ve bunun "sendika düşmanı" bir örgüt olduğunu söylüyorlardı. Sendika ağalarının korkutan bir diğer şey de, bu arkadaşın IGM içinde işçilerin çıkarlarını savunan aktif bir sendikacı olmasıydı.

İşyeri sendika temsilcileri, Jürgen arkadaşın adaylığını destekledikleri halde, adayların belirlendiği işyeri sendika toplantısında IGM'in Peine 1. sorumlusu buna karşı çıktı ve Jürgen Eggers'in yukarıda belirtilen nedenlerden dolayı IGM listesine alınmasının söz konusu olamayacağını söyledi.

Jürgen, sendika ağalarının bu tehditlerine ve saldırılarına boyun eğmedi ve dağıttığı bir bildiride, işçilerin çıkarlarını

savunan sendikacıların işçi temsilciliğine seçilmesinden yana olduğunu açıkladı ve sendika ağalarını teşhir etti. Halk Cephesi'nin sendika düşmanı bir örgüt olmadığını, aksine faşizme ve gericiliğe karşı mücadele eden bir örgüt olduğunu, işçi sınıfının haklı taleplerini savunduğunu belirtti.

Jürgen, daha sonra işçi arkadaşların desteğiyle çıkardığı bir listede işçi temsilciliğine adaylığını koydu. Bunun için gerekli olan imzaları toplayarak seçim kuruluna verdi.

IGM Peine yönetimi, dağıttığı bir bildiriyi eski suçlamalarını artırdı ve Jürgen'in bölücü birisi olduğunu ve Halk Cephesi'nin KPD/ML ile aynı olduğunu söyledi. Jürgen, dağıttığı karşı bir bildiriyi IGM'i tekrar teşhir etti ve asıl bölücülerin ve sendika düşmanlarının sendika ağaları olduğunu vurguladı. ("Jetzt erst recht: Oppositionelle Liste.-gekürzt-" RM/Nr. 10, S. 3)

Aday teklif listeleri

Aday teklif listeleri için en az aday sayısı belirtilmemiştir. Tek bir aday bile bir listeyi oluşturabilir. Bir işyerinde en az altı aydır çalışmakta olduğunu kanıtlayan her seçmen adaylığını koyabilir.

Her listenin, ait olduğu grubun en az onda biri ve en az üç seçmen tarafından imzalanmış olması gerekir. Her iki halde gruba dahil yüz seçmenin imzası gereklidir. Ortak seçimde, toplam seçmen sayısı temel alınır. Gerekli imza sayısının saptandığı gün (Stichtag), seçim duyuru genelgesinin yapıldığı gündür. İmzacılardan birinin, liste temsilcisi olarak gösterilmesi gerekir. Aksi takdirde listedeki ilk imza, liste temsilcisi kabul edilir. Liste temsilcisi, seçim kurulu ile olan tüm görüşmeleri yürüten kişidir ve bu nedenle hukuk konularında biraz bilgili olmasında yarar vardır.

BVG'ye (İşyeri Teşkilat Yasası) göre her seçmen yalnızca tek bir listeyi imzalayabilir. Personel Temsilciliği Yasası'nda ise böyle bir sınırlama yoktur. İşyeri Teşkilat Yasası'na bağlı bir işyerinde bir arkadaş birden çok listeyi imzalamışsa, seçim kurulunun çağrısına uyarak, kendisine tanınan süre içinde ve en geç üç işgünü bitiminden önce bu listelerden hangisini desteklediğini açıklamak zorundadır. Bu durumda diğer listelerdeki kendi imzası silinir. Eğer bu arkadaş verilen süre içinde açıklama yapmamışsa, otomatik olarak, kendi imzasının bulunduğu listeler içinde seçim kuruluna ilk olarak iletilmiş olan geçerli kabul edilir. Bunu bilmekte yarar var, çünkü DGB aygıtı, örneğin, CDU'nun bölücü çabalarına karşı koyalım yollu çağrılarla, mümkün olduğu kadar çok imzayı kendi listesine çekiyor. Ondan sonra da arkadaşlara, artık bundan başka bir liste imzalamayacaklarını söylüyor. Sıra RGÖ listesine imza toplamaya gelince, bu arkadaşlar işten geçmiş olduğunu, artık RGÖ listesini desteklemeyeceklerini sanıyorlar. Oysa bu hiç te böyle değil. Bu arkadaşlar, yani daha önceden DGB listesini imzalamış olanlar, buna rağmen RGÖ listesini de imzalayabilir ve seçim kurulunun işyeri adresine yazılı olarak başvurarak, yalnızca RGÖ listesine verdikleri imzayı tanıdıklarını ve daha önce DGB listesine vermiş oldukları imzanın silinmesini bildirebilirler.

Liste için, iş saatleri içinde imza toplamak ilkesel olarak mümkündür. Çünkü İşyeri Teşkilat Yasası'na göre "hiç bir

işçiye, aktif ve pasif seçme hakkının kullanımında sınırlamalar getirilemez". Ama bu çeşitli şekillerde yorumlanabilir. Adaylar, imza toplama sırasında diğer arkadaşlardan daha güvencelidirler. Liste temsilcisi, aktif seçme hakkının kullanımında gerekli faaliyet konusunda, diğer adaylara oranla daha avantajlıdır.

Bu faaliyetler, aktif seçme hakkının kullanımı için gerekli faaliyetler çerçevesinde olmalıdır. Esas olan budur. Örneğin tüm işyerinde gereken imzadan çok daha fazlasını toplamaya çalışmak lüzumsuzdur. Böyle bir durumda, işyeri yönetimi yazılı bir ihtar verilmesini sağlayabilir. Ama, işletme yönetiminin, listelere gözeterek ne kadar imza toplanmış olduğunu denetleme hakkı yoktur. Yine de, kendi ajanlarının tanık ifadelerine dayanarak bunu öğrenebilirler ve bu nedenle de dikkatli olmak gerekir.

Listelerin, seçim duyuru genelgesi gününden sonraki iki hafta içinde seçim kurulunun işletme ardesine iletilmesi gerekir. Aday teklif listeleri şu koşulları yerine getirmelidir:

1. Adayların soyadı, adı, doğum tarihi, işletmedeki işi ve ait oldukları grup yazılmalı.
2. Gerekli sayıda imza toplanmış olmalı.
3. Adayların, bu listeden adaylıklarını kabul ettiklerine ilişkin yazılı ifadeleri eklenmeli.
4. Adayların listedeki sıralanmaları açıkça belli olmalı.
5. Liste, kendine ait bir simge taşımalı (örneğin: RGÖ).

Eğer böyle bir simge listeye konmamışsa, listedeki ilk iki adayın adları simge olarak alınır.

Seçim kurulu, listenin kendine iletilmiş olduğu tarihi yazılı olarak tasdik etmekle yükümlüdür. Seçim kurulu, listeyi, kendisine iletilmekten sonraki iki işgünü kapsayan süre içinde derhal incelemek zorundadır. Eğer listede geçersizliği veya itirazı gerektirici hususlar varsa, seçim kurulunun, liste temsilcisini derhal yazılı ve gerekçeli olarak bu durumdan haberdar etmesi gerekir.

Liste temsilcisi, seçim kuruluna gerekli açıklamaları yapmakla ve listede itirazı gerektiren hususları düzeltmekle yetkili ve yükümlüdür. Seçim kurulu, açıklama ve kararlarını doğrudan liste temsilcisine bildirir. Bu nedenle liste temsilcisinin daima kolayca ulaşılır yerde olması gerekir. Aksi takdirde, seçim kurulunun süre aşımını sonradan kanıtlamak çok zordur.

Bir listeyi geçersiz kılan nedenler

1. Listeyi, tanınan süre içinde seçim kuruluna iletmemek.
2. Listedeki adayların sırasının açıkça belli olmaması.
3. Listenin gerekli sayıda imza taşınamaması.

Bunlardan ilki, listenin iletilme tarihi seçim kuruluna yazılı olarak tasdik ettirmekle önlenir. Kurul bu yazılı tasdigi verimle yükümlüdür. Listeyi geçersiz kılan ikinci nedenlerden kaçınmak için yapılacak en doğru şey, listedeki adayları numaralamak ve liste üzerinde adayları yanyana değil alt alta yazmaktır. Gerekli sayıda imza toplanmış olmayı sağlama bağlamak için ise, gereken sayıdan biraz daha fazla imza toplamalıyız. Böylece, sonradan bazı adlar silinse bile yine de gerekli sayıyı tutturmuş oluruz. İmzaların okunaksız olması, sık sık, ad silmek için bahane olarak alınmaktadır.

İmza listelerinde aranacak şekilsel koşullar yasalarda tam olarak belirtilmiş değil. Bu nedenle, itiraza ve geçersizliğe neden oluşturabilecek şeyleri olabildiğince önleyebilmek için aşağıdaki noktalara dikkat etmeliyiz:

1. İmza listelerinin her sayfasında, adaylar, numaralandırılmış sırada ve aday teklif listeleri için gereken bilgiler de (adayın soyadı, adı, doğum tarihi, işletme içindeki görevi, hangi gruba ait olduğu) verilerek suretiyle yazılmalıdır.
2. Ondan sonra şöyle bir açıklama yer almalı: İşyeri işçi temsilciliği için yukarıdaki aday teklif listesini desteklediğimi bildiririm.
3. Bunun altında da imza kısmı olmalı ve bu kısım şu bilgileri içermeli: İmzalanın soyadı, adı, doğum tarihi, ait olduğu grup, çalıştığı bölüm, imza.

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

"Roter Morgen" sayısından
itibaren ısmarlamak istiyorum

● yıllık 60 DM ● 6 aylık 30 DM ● Deneme sayısı

Adı ve Soyadı:

Cadde:

Şehir:

Tarih: İmza:

Başvurudan sonra elin'ze bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız:
Verlag "Roter Morgen", Wellinhofer Str. 103, Postfach 3005 26
4600 Dortmund 30.